

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 26 Mk. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einzelne Nummer 5 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt die ersten 20 Worte, jedes weitere Wort 10 Pf. Die übrigen Worte und Schließwörter kosten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erhalten täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. Juli 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Das Anschwellen der Rüstungen.

Von Richard Gädle.

Mit höchster Befriedigung stellt die „patriotische“ Presse an der Hand des neuen „Nautikus“ fest, daß im laufenden Jahre Deutschland von allen großen Militärstaaten der Welt sich die größten Rüstungsausgaben leistet. Offenbar ein Rekord, auf den wir alle Ursache haben, stolz zu sein! Leider Gottes ist es uns noch immer nicht gelungen, auch auf den Kopf der Bevölkerung die höchste Rüstungslast zu werfen. Frankreich allerdings, dessen musterhafter Patriotismus bisher dem fähigen deutschen Steuerzahler in den höchsten Löhnen gerühmt wurde, ist auch auf diesem Gebiete von uns geworfen worden; aber Großbritannien ist uns immer noch über. Kein Wunder, daß „Nautikus“ — wie un schwer aus seinen verschiedenen Aufsätzen herauszulesen ist — uns für die kommenden Jahre noch erhöhte Flottenforderungen in Aussicht stellt: stärkere Indiensthaltung von Schiffen, stärkere Auslandsflotten. Was daraus in der Agitation des Flottenvereins und des Wehrvereins werden wird, können wir leicht erraten. Ich wette darauf, daß man auch mit größeren Forderungen für Neubauten an Unterseebooten, Luftzeugen und dergleichen, vielleicht aber auch an Großkampfschiffen kommen wird. Diese werden ohnehin von Jahr zu Jahr teurer; und von der Möglichkeit einer Verringerung ihrer Größe hütet sich „Nautikus“ zu reden.

Nun muß man immer wieder darauf hinweisen, daß die Berechnung der Rüstungsausgaben auf den Kopf der Bevölkerung nur und lediglich agitatorischen Wert hat, aber für den tatsächlichen Druck, mit dem der Steuerzahler in den einzelnen Ländern belastet ist, gar keine Bedeutung besitzt. In einem wohlhabenden Volke kann der einzelne Steuerzahler natürlich mehr militärische Ausgaben ertragen als in einem ärmeren oder ganz armen. Nicht die absolute Ausgabe, sondern ihr Verhältnis zu seinen Einnahmen und zu seinen sonstigen Leistungen für den Lebensunterhalt seiner Familie ist das Entscheidende. Der einzelne Engländer kann ohne Schaden eine Anzahl Mark mehr für Heer und Flotte anlegen, weil er im Durchschnitt mehr verdient als der einzelne Deutsche und weil eine stark progressive Einkommen- und Erbschaftsteuer die Lasten hauptsächlich auf die wohlhabenden Schichten der Bevölkerung wirft. Und andererseits wird der einzelne Russe, obwohl er nur 11,5 Mark an Wehrausgaben zahlt, dadurch mindestens ebenso bedrückt werden, wie der Deutsche, dem fast das Dreifache ausbezahlt wird.

Aber mit dieser Kopfberchnung gehen unsere Rüstungsschwärmer immer noch krebzen und fangen so manchen Dummen ein.

Davon abgesehen sind natürlich die Angaben des „Nautikus“, wie die ganze amtliche deutsche Statistik, mit größter Vorsicht zu genießen. Sie berechnen die deutschen Rüstungsausgaben zu gering und nehmen sich nicht die Mühe, die Budgets der einzelnen Großmächte, die nach recht verschiedenen Gesichtspunkten aufgestellt sind, zu vergleichbaren Größen umzugestalten. Aber selbst mit dieser Beschränkung beweisen sie immerhin, in wie erschreckendem Maße die Wehrausgaben von Jahr zu Jahr gestiegen sind, und wie sie mehr und mehr die Mittel für Kulturaufgaben und soziale Verbesserungen zu beschneiden beginnen, oder soll ich nicht lieber sagen: fortzuführen?

Nach „Nautikus“ zahlt Deutschland im laufenden Jahre für Heer und Flotte 2 338 Mill. Mark. In Wahrheit fehlen hier noch — außer einer Zahl kleinerer Ausgaben — rund 140 Millionen für Pensionen und mindestens ebensoviel an Zinsen für die zu kriegerischen Zwecken (Festungen, Schiffe, Waffen, Vorräte aller Art) aufgenommenen Anleihen. Die wirkliche Ausgabe wird also nicht sehr weit von 2,7 Milliarden entfernt bleiben.

Aber legen wir einmal die ungenauen Zahlen des „Nautikus“ zugrunde, so folgen zurzeit die Großmächte in folgender Ordnung aufeinander, wobei für Deutschland der auf 1914 entfallende Wehrbeitrag und für Frankreich die neueste Anleihe von 800 Millionen Franz mitgerechnet sind.

Deutschland . . . . .	2 345 Mill. M.	
Frankreich . . . . .	1 933	
Rußland . . . . .	1 835	
England . . . . .	1 641	in runden
Vereinigte Staaten 1 011		Zahlen
Oesterreich-Ungarn 727		
Italien . . . . .	630	
Japan . . . . .	306	
	10 402 Mill. Mark	

Wir sehen wahrhaftig: Deutschland in der Welt voran! Ich darf hierbei nochmals darauf hinweisen, daß z. B. Japan, das mit seinen 55 Millionen Einwohnern nur hinter Rußland, den Vereinigten Staaten und Deutschland zurücksteht, dennoch trotz seiner verhältnismäßig geringen Rüstungsausgaben von ihnen fast erdrückt wird und in schwerster finanzieller Bedrängnis sich befindet.

Die obige Ziffer von 10 1/2 Milliarden Mark ist sicherlich erschreckend hoch; sie wird aber noch viel höher, wenn man die vom „Nautikus“ diskret verschwiegenen Millionenausgaben hinzurechnet. Und dann ergibt sich noch sinnfälliger, wieviel glücklicher in dieser Beziehung die neue Welt dasteht, obwohl auch dort die militärischen Ausgaben allmählich steigen.

Die Vereinigten Staaten zählen 99 Millionen Einwohner; Deutschland und Frankreich zusammengekommen nur 10 Millionen mehr, sie geben aber erheblich mehr als das Vierfache für kriegerische Zwecke aus. In so ungeheurer Nähe wird den Staaten der alten Welt der friedliche, kulturelle Wettbewerb mit denen der neuen erschwert. Und diese ganze Rüstungswut läßt sich schließlich auf das gespannte, das mißtrauische, das zerrüttete Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland zurückführen, das in den breiten Volksschichten längst im Schwinden wäre, wenn es nicht von den herrschenden Klassen immer wieder geschürt würde. Wenn hier die Einsicht wahrhaft patriotischer Leute auf beiden Seiten, die zugleich im besten Sinne des Wortes internationale Patrioten wären (ich wage das Wort), durchbräche, dann träte man das Uebel in seinem Kern und dann, aber auch nur dann, könnte man hoffen, zu einer Befundung zu gelangen. Denn an den Unsinn, daß diese Rüstungen nötig seien, um die Völker manhaft, kräftig, lebensfähig zu erhalten, glauben heutzutage nicht einmal die mehr, die ihn so geschäftig verbreiten.

Zählt man alle militärischen Ausgaben zusammen, wie es sich gehört, so werden allein die sechs Großstaaten Europas Jahr für Jahr jetzt 10 Milliarden Mark für unstrukturbare Zwecke ausgeben, und diese Lasten zeigen noch immer das Bestreben, weiterzusteigen. Rechnen wir allein die Ausgaben, die Deutschland in den zehn Jahren 1905 bis 1914 für seine Wehrfähigkeit getragen hat, so gelangen wir (beträchtlich höher als „Nautikus“) zu der riesigen Summe von **16 Milliarden Mark!**

Aber die Liebert, Reim und Köster meinen, das sei noch nicht genug!

## Neue Militärforderungen für — strategische Zwecke.

Von einem Mitgliede des Reichstages wird uns aus Südtirol geschrieben:

Ich war mehrere Tage von jeder Verbindung mit der Presse abgeschnitten. In Vozen las ich daher erst heute (18. Juli) in den „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß man sich in der politischen Welt streitet über die bei uns nie abbreitende Frage: Neue Steuern oder nicht? Es wird Bezug genommen auf eine Aeußerung des bayerischen Kriegsministers v. Krefz, daß ihm von einer Rüstungsvorlage „nichts bekannt“ sei. Der Mann hat offenbar mehr diplomatische Qualitäten als sein preussischer Kollege. Er hat zwar nicht die ganze Wahrheit gesagt, aber auch keine Unwahrheit. In Wahrheit gibt es eine Vorlage, die weit mehr als eine halbe Milliarde fordert, — für „strategische Zwecke“. Das braucht natürlich nicht notwendigerweise eine „Rüstungsvorlage“ zu sein, von der Herr v. Krefz nichts weiß, aber sie könnte sich doch — um nur ein Beispiel zu nennen — auf Eisenbahnbauten beziehen. Ich kann Ihnen weiter mitteilen, daß mit dem Gedanken gespielt wird, diese Vorlage eventuell zur Auflösung des Reichstages zu benutzen. Ich betone, daß ich aus sehr guter Quelle geschöpft habe.

## Die angeblich verbotene Sammlung.

Sie muß der Reid unserer Gegner lassen: sie sind auf dem Posten und versuchen es auf jede nur denkbare Art und Weise, der Sozialdemokratie an den Krügen zu kommen. Nun wieder die Einleitung einer Untersuchung gegen die Unterzeichner und Verbreiter des Aufrufs für die Opfer des Charlottenburger Denkmals-Prozesses.

Man sagt sich an den Kopf: ist denn so etwas möglich, kann es strafbar sein, die Willkür der Menschen für die Familien derer in Anspruch zu nehmen, die einen leichtfertigen Streich mit schweren Gefängnisstrafen zu büßen haben? — O ja, so etwas ist möglich. Man braucht sich bloß auf den Standpunkt zu stellen, daß hier eine öffentliche Kollekte veranstaltet wird. Das preussische Allgemeine Landrecht aus dem Jahre des Heils 1794 verbietet unbefugtes Kollektieren teils als einen Eingriff in das Besteuerungsrecht des Staates, teils als eine Art des Bettelns, und nach einer Oberpräsidialinstruktion, die vom 31. Dezember 1826 datiert, bedürfen alle öffentlichen Kollekten der Genehmigung durch den Oberpräsidenten.

Aber haben wir es im vorliegenden Falle mit einer Geldsammlung in diesem Sinne zu tun? Das Allgemeine Landrecht hat ohne allen Zweifel unter einer Kollekte das Einsammeln von Gaben von Haus zu Haus verstanden, und das preussische Kammergericht hat sich gelegentlich auf den Standpunkt gestellt, daß zum Begriff der Kollekte die Tätigkeit des Einsammelns gehöre, das mehr sei als ein bloßes Sammeln und begrifflich eine Einwirkung von Person zu Person, eine unmittelbare körperliche Tätigkeit, vorausgesetzt. Dergleichen hat das Kammergericht nach dem Vorgang des preussischen Obertribunals erlangt, daß eine öffentliche Aufforderung zur Leistung von freiwilligen Beiträgen zu einem bestimmten Zwecke als Veranstaltung einer Kollekte nicht anzusehen sei. Will sich das Gericht also nicht selbst ins Gesicht schlagen, so muß es den Aufruf zugunsten der Opfer des Charlottenburger Urteilspruchs ungestraft lassen.

Nun hat man aber auch ein Verfahren gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankischen Volkstribüne“ in Wahrenth eröffnet. Für ihn gelten die bayerischen Bestimmungen, die infolgedessen etwas anders lauten, als sie alle Sammlungen von Geldbeiträgen, soweit sie sich über mehrere Regierungsbezirke oder über das ganze Königreich erstrecken oder für politische Zwecke oder für das Ausland bestimmt sind, verbieten. Vielleicht bietet diese Fassung der Behörde eine bessere Handhabe, aber hier ist eben zu beachten, daß der verantwortliche Redakteur des bayerischen Blattes als Veranstalter der Sammlung nicht angesehen werden kann.

Der Vollständigkeit halber sei endlich noch auf den § 16 des Preßgesetzes hingewiesen, nach dem öffentliche Aufforderungen zur Aufbringung der wegen einer strafbaren Handlung erkannten Geldstrafen und Kosten verboten sind. Aber es handelt sich ja nicht um Aufbringung irgendwelcher Kosten, sondern um die Unterstützung von Familien, die zeitweise ihres Ernährers beraubt sind. Das Preßgesetz kann also gleichfalls keine Anwendung finden.

Alles in allem: Der vom Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow erlassenen Aufforderung steht kein gesetzliches Hindernis im Wege. Wird das Verfahren gegen Verfasser und Verbreiter durchgeführt, so muß es mit einer Niederlage der Behörde enden. Aber man verfuhr's halt einmal, und man rechnet damit, daß sich am Ende wenigstens Sammler und Zahler einschüchtern lassen. Darin wird sich, wie wir bestimmt annehmen, die Polizei am meisten geläufigt sehen.

Also: wer für die Familienangehörigen der Opfer des Charlottenburger Urteils etwas geben will, der gebe, je schneller und je mehr, desto besser.

## „Unter dem alten Schwarz-rot-goldenen Banner der Freiheit“.

Roburger Wahlbetrachtungen

von Konrad Haenisch.

II. (Schluß.)

Soll ich nun noch des langen und breiten erörtern, in wie elend demagogische Weise die fortschrittliche Agitation die sozialdemokratische Reichstagsfraktion als „Feindin“ der Beamten hinzustellen suchte, während in Wahrheit doch gerade die Fortschrittler selbst es gewesen sind, die bei den jüngsten Kämpfen um die Besoldungsreform die Lebensinteressen der Beamten kamplos preisgaben, indem sie vor dem Stimmzettel der Regierung zusammenklappten wie die Taschmesser? Einen besonderen „Hachmann“ hatten sich die Fortschrittler zu diesem erhabenen Zweck verschrieben! Es war der freisinnige preussische Landtagsabgeordnete Debus-Galle, der neben dem Koch und Wiemer, neben den Licht, Raumann, Anders, Piesching usw. den Reich in diesem Sinne für die Fortschrittler zu bearbeiten hatte.

Soll ich erst noch erwähnen, daß die Schwarz-Rot-Goldenen es auch fertig brachten, das rein nationalistische Attentat, dem kürzlich das österreichische Thronfolgerpaar zum Opfer fiel, gegen die Sozialdemokratie auszuspielen? Immer in trauerlicher Seelengemeinschaft mit „Post“ und „Deutscher Tageszeitung“! Soll ich noch ausführlich erzählen, wie diese waderen Demokraten sich nicht schämten (auch Herr Koch schämte sich dessen nicht!) die Kaiserhoch-Affäre in den Wahlkampf hineinzutragen? (Zur Notiz für einige überängstliche Genossen: speziell mit diesem Argument lodten die Fortschrittler keinen Hund hinter dem Ofen hervor, damit wurden sie einfach ausgefacht!) Soll ich weiter die ekelhaft verlogene Agitation schildern, die diese Leute mit der drei Jahrzehnte ungefährt zurückliegenden Affäre des „sozialdemokratischen Soldatenfinders“ als Neustadt bei Koburg betrieben? Der Fasel steigt mir noch jetzt in die Kehle, wenn ich an alle diese Erbärmlichkeiten denke, mit denen wir uns drei, vier Wochen lang herumschlagen mußten und mit denen wir uns nun noch eine weitere Woche werden herumschlagen müssen!

Das es auch an — allerdings nur vereinzelt — Lokalabteilungen nicht fehlte, daß die Fortschrittler uns in ihren Versammlungen nur zehn Minuten Zeit zu „Anfragen an den Herrn Referenten“ gewährten, während wir selbstverständlich, wie immer und überall, vollständig unbeschränkte Redefreiheit gaben, daß wenn wir wirklich einmal zu Worte kamen, auch unsere sachlichsten Ausführungen durch tosenden Lärm erstickt wurden, das alles brauche ich wohl kaum erst zu erwähnen. In dieser — oder wahrlich nicht nur in dieser — Beziehung stand die fortschrittliche Wahlagitiation noch tief unter der des Reichsverbandes, die wir in Vorna-Pegau im letzten Frühjahr erlebt haben!

Ein Wort auch noch über den schamlosen Terrorismus, den die freisinnigen Fabrikanten „ihren“ Arbeitsskandalen gegenüber ausübten! Das ach so zartbesaitete „Berliner Tageblatt“ entrüstet sich über das Wort „Terrorismus“, das ich am Abend des Wahltages in meinem an den „Vorwärts“ gerichteten Telegramm über den Wahlausfall gebrauchte. Ich bin gespannt, ob es sich auch über die Sache entrüsten wird, die ich ihm jetzt erzählen werde (sie betrifft nur einen Fall von vielen!): zwei Tage vor der Wahl, am Mittwochabend, sprach ich in dem Fabrikorte Deslau bei Koburg für die Versammlung war nicht nur eine ausgedehnte schriftliche Agitation betrieben worden, es war auch durch einen sehr geschickten und erfahrenen Hausagitor, den wir für mehrere Tage in dem

Orte stationiert hatten, jeder Arbeiterwähler persönlich besucht und eingeladen worden. Mit Tränen in den Augen sahen die Besuchten und besonders deren Frauen und Genossen an, er möge doch so schnell wie möglich ihre Wohnung verlassen — erfahre der Fabrikant, daß ein Sozialdemokrat sie besucht habe, so müßten sie mit der Gefahr der Verhaftung und der Wohnungsentziehung rechnen. (Es besteht auch in dieser Gegend nämlich das fluchwürdige „Wohlfahrts“-System der Fabrikwohnungen, das die Proletarier zu Sklaven erniedrigt). Wie bedrückt diese Angst war, sollte sich sehr bald zeigen. In die Versammlung, so erklärten die armen Leute übereinstimmend, könnten sie unter keinen Umständen kommen.

In der Tat war die Versammlung denn auch (der Ort zählt mehrere hundert Wähler) von knapp dreißig Personen besucht. Darunter anscheinend auch einige Fabrikpöbel. Denn am folgenden Morgen um 10 Uhr wurde zwei Arbeitern, die es gewagt hatten, meinen Ausführungen zuzustimmen, in der Tat auf Knall und Fall die Wohnung gekündigt! Ohne jede Angabe von Gründen. Da die Arbeiter, wenn sie im Orte keine Wohnung mehr haben, doch natürlich auch nicht mehr arbeiten können, daß sie also wirtschaftlich aufs schwerste geschädigt werden, versteht sich von selbst.

Ich bin nun natürlich davon überzeugt, daß (genau wie in anderen Fällen ähnlicher Art in diesen letzten Wochen!) die Fabrikanten jeden Zusammenhang zwischen Versammlungsbesuchen und Verhaftung mit dem Verstoß der Ueberzeugung bestreiten werden. Aber solche Heuchelei macht die Sache nur um so widerlicher.

Die modernen Vorkämpfer, die mit Ernst und Stolz einst in den Tagen des Vormärz ihr ehrliches Schwarz-Rot-Gold trugen, würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie erführen, was der Kapitalismus bei ihren Nachfahren aus dem alten Schwarzrotgoldenen Freiheitsbegriff gemacht hat! Die Freiheit, die sie meinen, ist die Freiheit der Ausbeutung, die Freiheit schamloser Unterdrückung und Anechtung. . . .

Nimmt man alles in allem, so darf man sagen, daß der Wahlausfall, so wenig er und bedrückend kann, doch keinerlei Anlaß zur Entmutigung gibt. Während den Rationalisten ihre Wähler in hellen Scharen davonliefen (sie verloren reichlich 1200 Stimmen!) sind von den sozialdemokratischen Wählern nur etwa 800 nicht, wie es nach den ersten, unvollständigen Meldungen schien, 600) auf den Niederfüßbacher Weim gekrochen und auf den Hausindustrienschwindel hereingefallen. Die Stadt Koburg selbst hat sich ehrenvoll gehalten und in nicht weniger als dreihundert Dreißigern vermochte wie unsere Anhänger trotz alledem und außerdem sogar zu steigern. Trotz Niederfüßbacher rangiert die Sozialdemokratie immer noch an erster Stelle unter den konkurrierenden Parteien! Nur in Reustadt, dem Wohnsitz des Niederfüßbachers, und in den umliegenden kleinen Hausindustriedörfern verloren wir trotz der denkbar intensivsten schriftlichen und mündlichen Aufklärungsarbeit Hunderte von Wählern.

Doch die Ernüchterung wird auch hier nicht ausbleiben. Herr Arnold, der Fabrikbesitzer a. D., wird, sollte er wirklich in den Reichstag einziehen, eben unseren Heimarbeitern nicht helfen und die Niederfüßbacher Millionen werden nicht ins Land kommen. Und auch Kleinbahnen wird Herr Arnold im Reichstage nicht bauen!

Inzwischen aber gehen wir mit ungeschwächten Kräften und ungebrochenem Mut erst einmal in den Stichwahlkampf. Koch sind viele Hunderte von Arbeiterwählern, die im ersten Wahlgange der Urne fernblieben, zu gewinnen. Und vielleicht gehen schon bis zum Freitag, den 17., dem Stichwahltag, doch auch noch manchem Arnold-Wähler die Augen darüber auf, welchem grössten Schwindel er am Tage der Hauptwahl zum Opfer gefallen ist. Die Fortschrittler und ihr „Berliner Tageblatt“ sollten den Tag nicht vor dem Abend loben und noch hat Herr Arnold sein Mandat nicht in der Tasche!

Doch gehe die Stichwahl aus wie immer sie ausgehen mag: die Reaktion, die in den letzten Wochen und Monaten jene heillosen Justiz- und Preßhege gegen die Sozialdemokratie inszenierte, hat am allerwenigsten Anlaß, im Trüben zu fischen und — wie sie es hier und dort schon zu tun versucht — für ihre sonderbaren Pläne aus der Koburger Wahl Kapital zu schlagen! Während die Sozialdemokratie sich wenigstens leidlich zu halten vermochte ist ihr Kandidat, der rechtsnationalistische Herr Dr. Stoll, für den der Bund der Landwirte geschlossen ins Feld rückte und der die begeisterte Unterstützung von Blättern vom Schlege der „Neuzzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ fand, elend aus dem Felde geschlagen worden; Herr Stoll hat von allen Parteien keine weitestgehenden Stimmen erhalten und nicht einmal die Stichwahl gelangt die hier nationalliberal firmierende Reaktion, die bisher das Mandat inne hatte! Und wenn man aus diesem grössten und ganz und gar unpolitischen Wahlkampf nun einmal überhaupt irgendwelche politischen Schlüsse ziehen will, so sprechen diese Schlüsse ganz gewiß nicht zugunsten der Reaktion und der Schwarzmärcherei, die in Koburg vielmehr ein schmähtliches Fiasko erlebte!

## Um das Koalitionsrecht.

Die immer dreisteren Angriffe auf das Koalitionsrecht sind offensichtlich auf die christlichen Gewerkschaften nicht ohne Eindruck geblieben. In der nicht unberechtigten Sorge, daß es auch ihnen an den Krügen gehen könnte, bekommen sie ein gewisses Anlehnungsbedürfnis an die großen freien Gewerkschaften. Diese Stimmung offenbar auch ein Leitartikel, den sich die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 625) von einem christlichen Arbeiterparlamentarier schreiben läßt. Es heißt da:

Die Frage des Koalitionsrechtes der Arbeiter wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, in den nächsten Jahren Gegenstand lebhafter politischer Kämpfe werden. Im preussischen Herrenhaus ist noch kurz vor Schluss ein heftiger Vorstoß gemacht worden, um die Regierung zu schärferen Maßnahmen gegen die gewerkschaftlichen Organisationen zu drängen, insbesondere zu einem Verbot des Streikpostens und gleicher Zeit zu weitgehender Unterstützung der selben Verbände zu veranlassen. Die Haltung der preussischen Regierung bewegt sich zwar im allgemeinen in den Richtlinien, welche der Reichstag im Reichstage vorgesehnet hatte, aber mit einer sehr starken Abneigung gegen die Gewerkschaften und warmen Sympathie für die Weiden. Sie sich immerhin jemand zu Einzelstrafen des Koalitionsrechtes stellen mag, der Politiker muß sich darüber klar sein, daß mit der neuerdings entfalteten Bewegung gegen das Koalitionsrecht ein Kampf entzündet wird, der alle Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, soweit sie auf eine selbständige Gewerkschaftsbewegung und Vertretung der Arbeiterinteressen Wert legen, in geselliger Abwehr sind. Das Justizgesetz vom Jahre 1890 ist durch die gewaltige Abwehrbewegung der Arbeiter im Lande geworden.

Dieser Kern des Artikels ist in eine lange Polemik gegen die Sozialdemokratie eingewickelt, weil diese nicht recht an die

Zuverlässigkeit des Zentrums und die Energie der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Fragen des Koalitionsrechtes glaubt. Eifrig wird demgegenüber beteuert:

Gerade die christlich-nationalen Arbeiter waren es, welche durch eine eindrucksvolle, in ganz Deutschland beachtete Kundgebung den Kampf gegen die neuzeitlichen Gegner des Koalitionsrechtes auf ihrem Kongress in Berlin zuerst aufgenommen haben, und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat erst kürzlich in einem wirkungsvollen Aufruf zu einem Abwehrkampf aufgefordert und zur Sammlung von Materialien aus der Gewerkschaftspresse über willkürliche Koalitionsbeschränkungen angeregt.

Gut so weit. Aber richtig ist auch, daß auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress, der die große Kundgebung erzielte, Konservative, d. h. geschworene Feinde des Koalitionsrechtes, als gefeierte Ehrengäste saßen. Die scheinen also den Protest nicht gar so ernst genommen zu haben.

Und die Zuverlässigkeit des Zentrums? In welcher Frage des Koalitionsrechtes hat es bisher standgehalten? Ist es nicht Tatsache, daß neben den christlichen Arbeiterabgeordneten in derselben Fraktion Feinde des Koalitionsrechtes sitzen? Das alles mahnt zur Vorsicht. Die freien Gewerkschaften können jedenfalls nur auf sich und die Sozialdemokratie bauen. Stellen sich die christlichen Gewerkschaften mit ins Treffen, werden wir sie nicht daran hindern.

## Politische Uebersicht.

### Ein Gegenstück zum Denkmalsprozeß.

Vor dem Schöffengericht Lützingen wurden im August 1909 drei Schüler des Gymnasiums Lörrach mit Geldstrafen bedacht, und zwar erhielt Karl v. Offe, 19 Jahre alt, gebürtig in Strahburg, 200 M., Albert Verendach, 16 Jahre alt, von Bad Rheinfelden, und Walter Kirschmann in Lörrach, 16 Jahre alt, je 120 M. zudiktiert. Diese drei hatten am 19. Mai 1909, an welchem Tage die Untersekunda des Gymnasiums auf einem Ausflug die Ruine und die Wirtshaus „Hohentwiel“ besucht hatte, das Bildnis und namentlich den Kopf des dort angebrachten Kaiserbildes durch Schüsse verletzt, auch dasselbe mit roten und blauen Strichen besudelt. Nachdem zuerst die Gymnasialisten sämtlich gelugnet hatten, diese Beschädigungen verübt zu haben, wurden durch die Ermittlungen, die das Amtsgericht auf dem „Hohentwiel“ vornahm, die jetzt verurteilten Gymnasialisten als Täter festgestellt.

So berichteten damals die „Singer Nachrichten“. Unsere Parteipresse warf nun die Preisfrage auf: Wieviel Geldstrafe oder wieviel Jahre Gefängnis hätten Arbeiter, sagen wir einmal Sozialdemokraten erhalten, wenn sie das „geheilte Antlitz“ der Majestät als Zielscheibe für ihre Schießübungen sich ausgesucht hätten? Und welches Indignergeheul hätte in diesem Falle die bürgerliche Presse von Konstanz bis Königsberg angestimmt!

Und nun war es nicht einmal das Antlitz eines Monarchen, das beschädigt wurde; und nicht einmal waren es Schüsse, die darauf abgegeben wurden. Aber dennoch gab es 5 1/2 Jahre Gefängnis, und dennoch gab es ein Indignergeheul nicht bloß von Konstanz bis Königsberg, sondern sogar von der Rechten bis zur äußersten bürgerlichen Linken.

Infame Heuchler!

### Ein Zentrumabgeordneter, der sich selber ohrfeigt.

Vor kurzem erhaltete der Reichstagsabgeordnete für Wülheim-Gummersbach-Wipperfurth vor seinen Wählern in einer Versammlung zu Wülheim Bericht über die Tätigkeit des Reichstages. Herr Oberlandesgerichtsrat Marx ist im Rheinland bekannt wegen der Bedenkenlosigkeit in der Wahl seiner Mittel und Behauptungen. Er legte davon auch diesmal Zeugnis ab. Als Beweis für den Tiefstand, auf dem der Reichstag durch die Wahl von 1912 gebracht sei, führte er an, daß ein Mann wie Trimborn erseht worden sei durch einen Mann, der sich Hofrichter nennt, und daß in Düsseldorf an Stelle des im Handel und in der Industrie verdienten Zentrumskandidaten der Sozialdemokrat Haberland, ein Mann von chronischer Heiserkeit, gewählt worden sei. Herr Marx ist bekanntlich der Führer im Kampfe für christliche, d. h. ultramontane Erziehung. Es scheint, daß er durch solche Unansändigkeiten den Ausweis der Befähigung für diese Aufgabe zu bringen versucht.

Wie Herr Marx versichert, haben die Sozialdemokraten außer langen Reden im Reichstag nichts geleistet. „Kein Reichstag war so vollstündlich, so schwach wie der Reichstag mit den 111 Voten“ — sagte Herr Marx nach dem gewiß genauen Bericht des Wülheimer Zentrumskandidaten. Die Sozialdemokratie hat nicht einmal Vorschläge gemacht, um die Militärausgaben zu mildern und der Preissteigerung entgegenzuwirken — meint Herr Marx, der, nach diesen Ausführungen zu urteilen, entweder im Reichstage geschlafen oder dauernd die Sitzungen geschwänzt hat. Aber es kommt noch besser. Man höre:

„Ueberhaupt hat nie eine solche Verworfenheit und eine derartige Arbeitsunlust geherrscht wie in diesem Reichstag. Ganze Kommissionen ruhten nicht, was die Regierung eigentlich wollte. Die Sozialdemokraten hatten die Hand im Spiele, und es gehört ein sehr großer Teil Opfermut dazu, um mit den Leuten überhaupt noch im Parlament zu verhandeln. Im Reichstag sah die Sozialdemokratie allerdings in strenger Disziplin. Dort dürfen sie keine Zwischenrufe, keinen Reden machen, um ja nicht den vielgeliebten Präsidenten in Verlegenheit zu bringen. Stundenlang wurden die roten Abgeordneten fast täglich in Fraktionsitzungen gedrückt und nur einige bekannte Führer traten im Plenum auf. Das hatte alles seinen tiefen Grund.“

Die Regierung ließ den Reichstag und seine Kommissionen im unklaren über ihre Absichten — schuld daran ist die Sozialdemokratie, sie hatte „ihre Hand im Spiele“ — wie Herr Marx geheimnisvoll versichert. Die Sozialdemokratie benimmt sich, wie Herr Marx ausdrücklich feststellt, tadellos im Reichstage — dennoch ist es unmöglich, „mit den Leuten zu verhandeln“. Ihre ganze Arbeitsleistung, so hörten wir von Herrn Marx, bestand im Reden — und gleich darauf läßt er uns wissen, daß im Plenum nur einige ihrer bekannten Führer auftraten. Kein Reichstag war so schwach, so verworren, so arbeitsunlustig, so vollstündlich wie dieser — und bald darauf verkündet Herr Marx:

In diesem Reichstag ist die Stellung des Zentrums, das man doch 1912 schwächen wollte, eigentlich eine noch viel härtere als früher. Das Zentrum ist in der Lage, mit der Sozialdemokratie eine Mehrheit zu bilden, um das abzulehnen, was Sozialdemokratie und Zentrum nicht gefällt.“

Man weiß, daß in der Zeit von Mitte der neunziger Jahre bis Ende 1906 das Zentrum im Reichstage ausschlaggebende, regierende Partei war. Damals war sie mächtig. Ist sie jetzt, wie Herr Marx versichert, noch viel härter, dann muß sie geradezu all-

mächtig sein. Der Vorwurf, daß der Reichstag schwach, arbeitsunlustig und vollstündlich sei, richtet sich dann aber nicht gegen die in den meisten Fällen isolierte Sozialdemokratie, sondern gegen die härter als je sich fühlende Zentrumspartei. Wie Herr Marx feststellt, beruht die Stärke des Zentrums darin, daß es mit der Sozialdemokratie, die nach seinen früheren Versicherungen zu nichts nütze ist, eine Mehrheit zur Abwehr von Dingen bildet, die beide verhüten wollen. Warum sich das Zentrum dieser Mehrheit nur zur Abwehr schädlicher und nicht auch zur Durchsetzung nützlicher und dringlicher Forderungen bedient, darüber sagt Herr Marx nichts. Man wird annehmen dürfen, daß das — um seine eigenen Worte zu gebrauchen — „seiner tiefen Grund“ hat.

Die Rede des Herrn Marx fand nach dem Bericht des Wülheimer Zentrumskandidaten starken Beifall, und der Vorsitzende der Versammlung dankte dem Redner für den interessanten und lehrreichen Vortrag. Die Rede verdient diese Anerkennung, sie ist in der Tat interessant und lehrreich. Sie zeigt, was man den durch die Zentrumsschule gegangenen Klassen bieten darf, daß ein Redner in diesen Kreisen auch dann noch auf starken Beifall rechnen kann, wenn jeder Satz eine Widerlegung des vorhergehenden und das Ganze nichts anderes ist als eine fortlaufende Nebung des Redners, sich selber zu ohrfeigen.

### Der Gemeindevahlrechtsraub in Anhalt

Ist am Montag vom Landtag sanktioniert worden. Gegen vier Stimmen wurde die neue Gemeindeordnung, die der Arbeiterklasse in Anhalt jeden Einfluß in den Gemeindeparlamenten nimmt, in breiter Lösung angenommen. Das neue anhaltische Gemeindevahlrecht, das von den koalitierten Konservativen und Nationalliberalen gemacht wurde, hat bei der Bevölkerung Anhalts große Empörung ausgelöst. Bei den nächsten Landtagswahlen, die im Herbst stattfinden, werden voraussichtlich die Sozialdemokraten, Demokraten und Fortschrittler geschlossen gegen die Konservativen und Nationalliberalen kämpfen, denn nur durch ein geschlossenes Vorgehen der Linken ist es möglich, der Reaktion die Mandate in den untersten Abteilungen zu entreißen.

### Der Ausschluß der Öffentlichkeit bei Kriegsgerechtsverhandlungen.

Vor dem Kriegsgericht der 1. Marineinspektion in Kiel hatte sich kürzlich der Hauptmann v. Reiberg, Kompaniechef der 2. Kompanie des 1. Seebataillons, zu verantworten, und zwar wegen mangelnder Beaufsichtigung Untergebener und außerdem wegen Mißhandlung und Beleidigung eines Untergebenen. Während der Verhandlung über den Teil der Anklage, der von der Mißhandlung und Beleidigung handelt, wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Vorsitzende gab dafür folgende, ganz neuartige Begründung: Die Öffentlichkeit soll ausgeschlossen werden, um vorzubringen, daß die Tatsachen in der Presse anders dargestellt werden, als sie vor Gericht sich ergeben. Erfahrungsgemäß werden die Tatsachen in der Presse anders dargestellt, als sie sich vor Gericht abspielen.

Der Vorsitzende hat sich nicht bemüht, den Beweis für die von ihm ausgesprochene Verdächtigung der Presse zu erbringen. Seine Begründung lassen wir deshalb so auf: Er will nicht, daß ein Offizier durch Belästigung aller der vor Gericht zur Verhandlung kommenden Einzelheiten bloßgestellt wird. Das schädigt das Ansehen des Offizierskorps, das uns kein Staat der Welt nachmacht.

Der Hauptmann wurde von der Anklage der mangelnden Beaufsichtigung freigesprochen; wegen der Mißhandlung wurde das Vergehen eingestuft. Aus der öffentlichen Begründung des Urteils ging hervor, daß der Angeklagte einen Seejungen mit dem Säbelgriff einen Stoß in den Rücken gegeben und ihm beim Greifübenden das Gewehr zurechtgeführt und dabei gestochen hatte. Der Soldat hat beidemal Schmerzen verspürt. Das salomonische Urteil lautete: Es sei dem Angeklagten zu glauben, daß er in Erregung gehandelt habe und die Haltung des Soldaten nur korrigieren wollte. Obgleich liege eine Schmerzverletzung vor, es sei jedoch nicht festgestellt, daß der Angeklagte das Bewußtsein gehabt habe, daß er dem Soldaten Schmerzen zufügen würde. Immerhin hätte er es vermeiden können; es liege deshalb eine fahrlässige Handlung vor, die als vorstrafwürdige Behandlung anzusehen sei. Dafür sei jedoch schon eine Bestrafung im Disziplinarwege erfolgt.

Wie hoch diese Bestrafung war, erfuhr man vor Gericht nicht.

### Landesverratsprozeß Pohl.

Der Prozeß gegen den Bismarckweibel Walter Pohl vom 1. Westpreussischen Pionier-Bataillon Nr. 17 wegen Verrats militärischer Geheimnisse an Rußland begann am Dienstag vor dem Kriegsgericht der Berliner Kommandantur. Pohl wurde Anfang dieses Jahres als Schreiber der 1. Ingenieurinspektion nach Berlin kommandiert. In dieser seiner Eigenschaft waren ihm auch Festungspläne, Skizzen und andere sehr wichtige Dokumente zugänglich. Pohl hatte nicht unerhebliche Schulden; auch wollte er heiraten. Um sich Geld zu verschaffen, setzte er sich mit dem Militärattaché der russischen Botschaft in Verbindung und brachte diesem Skizzen von den ostpreussischen Festungen Pilsau und Boyen. Er hat hierfür 500 M. erhalten. Inzwischen hatte sich Pohl verdächtig gemacht und so gelang es ihm infolge seiner Verhaftung nicht mehr, die Festungspläne von Pilsau und Pilsau auszuliefern. Kopien von den Plänen hatte Pohl bereits angefertigt. Die Ermittlungen ergaben auch, daß Pohl mit dem Berliner Kaufmann Kurt Kaul, der sich als Dr. Blumenthal in Dresden auslistet und ebenfalls für Rußland Spionagetriebe in Verbindung stand, Kaul war, um unbedächtiger zu sein, von Rußland mit dem Dokortitel versehen worden.

Pohl war sofort geständig. Zur Verhandlung waren fünf Zeugen geladen. Bei der Feststellung der Personalien wurde bekannt, daß Pohl einmal wegen Mißhandlung zu 15 Tagen Mittelarrest verurteilt und später wegen Schuldenmachens verworren worden ist. Trotzdem lautet sein Zeugnis: dienstlich und moralisch vorzüglich.

Die Verhandlung wurde wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Nach mehrstündiger Dauer wurde in öffentlicher Sitzung folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen Verrats gegen das Gesamtdeutschland vom 8. Juli 1893 und wegen Verletzung zu einer Gesamtsstrafe von 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust, Ausstoßung aus dem Heere und Zulassung der Polizeiaufsicht verurteilt. Die beim Angeklagten vorgefundenen 500 M. wurden für die Staatskasse beschlagnahmt. Die Begründung des Urteils wurde aber in nichtöffentlicher Sitzung gegeben.

### Antliches Ergebnis

#### der Reichstagsersatzwahl in Koburg.

Bei der Reichstagsersatzwahl am 10. d. Mts. in Wahlkreis Koburg-Gotha 1 wurden bei 17 123 Wahlberechtigten 14 866 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Rechtsanwalt Hofmann-Hof in Bayern (Soz.) 5751, Fabrikant Arnold-Reustadt bei Koburg (Fortsch. Rp.) 5627 und Amtsgerichtsrat Dr. Stoll-Koburg (nack.) 3486 Stimmen. Versplittert waren zwei Stimmen. Es ist engere Wahl zwischen Hofmann und Arnold erforderlich, die am 17. d. Mts. stattfinden wird.

### Todesopfer des Militarismus.

Wie zu erwarten war, antwortet das „Völkische Telegraphen-Bureau“ auf unsere Mitteilung, daß beim Grenadier-Regiment

Nr. 12 in Frankfurt a. D. infolge eines anstrengenden Marsches bei großer Hitze zwei Todesfälle und zahlreiche Erkrankungen vorgekommen sind, mit einer Art Dementie, in welchem verlegt wird, die Vorkommnisse möglichst abzuschwächen.

Es heißt in der jedenfalls vom Kriegsministerium ausgehenden Schilderung:

„Die Meldungen über zahlreiche Erkrankungen an Dyschlag beim Grenadier-Regiment Nr. 12 in Frankfurt a. D. stellen sich nach den von zutüchtiger Seite eingezogenen Erläuterungen als stark übertrieben heraus. Dem Garnisonlazarett sind im Anschluß an die Uebung nur elf Leute zugeführt worden. Von diesen wurden noch an demselben Tage acht wieder entlassen. Von den drei Schwere erkrankten, die im Lazarett zurückblieben, ist einer, der Einjährig-Freiwillige Geseite Künzler, an den Folgen eines Dyschlages gestorben. Die beiden andern Leute sind zwar noch in Lazarettbehandlung, aber bereits außer Gefahr. Der irrtümliche Eindrud, daß zahlreiche Leute an Dyschlag erkrankt seien, ist offenbar dadurch entstanden, daß die Bataillone des Regiments beim Rückmarsch in den Standort mehrere Leute, die Anzeichen von Schwäche zeigten, auf Fahrzeugen befördern ließen. Im ganzen haben 28 Leute die elektrische Straßenbahn benützt, um in die Kaserne zurückzufahren. Sechzehn sind auf Befehl befördert worden, elf zu Fuß nach Hause marschiert, nachdem sie zum Zwecke einer längeren Rast hinter der Truppe zurückgelassen worden waren. Alle diese Leute haben keinen Schaden an ihrer Gesundheit genommen, was schon der Umstand beweist, daß an dem auf die Uebung folgenden Tage kein einziger von ihnen rekrutkrank war.“

### Wie die Kosaken in den Straßen von Petersburg.

Am Freitag beginnt vor der 1. Strafkammer des Landgerichts in Kiel die Hauptverhandlung gegen die Genossen F. Karsti und Karl König wegen Verleumdung unseres herrlichen Kriegsheeres. Es ist das eine Erinnerung an die Heldentaten von Zabern. Dort sind bekanntlich Gerichtsverfahren von den Männern des Obersten Meuter auf der Straße verhaftet worden und Staatsanwalt Krause sagte dann als Zeuge in dem Prozeß, der sich an diese Vorgänge knüpfte, unter anderem: die Soldaten hätten sich benommen wie die Kosaken in den Straßen von Petersburg. Genosse Karsti knüpfte in seinem Artikel, der in der Kieler „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ und in anderen Parteiblättern erschien, an diesen Ausdruck des berufenen Vertreters der Staatsautorität einige Bemerkungen und suchte zu ergründen, wie es denn komme, daß brave deutsche Soldaten sich benehmen „wie die Kosaken“, die mit Recht als Verkörperung der Noheit gelten. Er glaubte die Erklärung darin zu finden, daß das System des Militarismus überall, wo es besteht, zur Verrohung führt. In dieser Ausführung sah der Kriegsminister v. Falkenhahn eine „Verleumdung der Angehörigen des preussischen Heeres, insbesondere der Offiziere und Unteroffiziere“ und stellte Strafantrag. Genosse Karsti, der nicht den Vorzug hat, preussischer Unterthan zu sein, wurde dann auf Veranlassung der Kieler Staatsanwaltschaft in Berlin-Steglitz verhaftet und hatte Gelegenheit, vom 8. bis 25. April im Moabitler Untersuchungsgefängnis über deutsche Pressefreiheit nachzudenken, bis er gegen Bürgschaft freigelassen wurde. Jetzt wird er mit Genossen König, der den Artikel in dem Kieler Blatte verantwortliche zeichnete, vor Gericht stehen. So ergibt sich Gelegenheit, die Zaberner Vorgänge zu rekapitulieren und der Vertreter der objektivsten Behörde wird die Aufgabe haben, zu beweisen, daß die Verhaftung der friedlichen Zaberner Bevölkerung und die Verhaftung von Nichtern ein harmloser Spott war, daß in dem herrlichen Kriegsheer von Noheit keine Spur ist, daß in Preußens Kaserne Kultur und Humanität blühen. Vielleicht kommt es freilich auch anders.

Die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Spiegel-Kiel und Dr. Levi-Frankfurt a. M.

### Der Bürgermeister von Zabern.

Der Zaberner Gemeinderat hat mit siebzehn von dreißig abgegebenen Stimmen den durch seinen Konflikt mit dem Obersten von Meuter bekannt gewordenen Bürgermeister Knöppler wieder der Regierung zur Ernennung vorgeschlagen.

### Der Aufstand in Albanien.

Durazzo, 14. Juli. Man befürchtet, daß Salona innerhalb zwei Tagen fallen wird. General de Meer beabsichtigt Salona mit der Besatzung zu verlassen, da die Stadt wegen ihrer ungünstigen Lage und der geringen Besatzung den Aufständischen nicht standhalten könne. Zwei italienische Dampfer befinden sich unterwegs nach Salona, um die italienische Kolonie in Sicherheit zu bringen.

### Die Abdankung Huertas.

Washington, 14. Juli. Olvera hat dem Staatssekretär des Neuhern Bryan telegraphiert, daß die Abdankung Huertas zugunsten Carbajals für heute oder Mittwoch erwartet werde. Bryan hat nicht offiziell mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten Carbajal nicht anerkennen würden, daß er aber bereit sei, mit ihm nicht offiziell zu verhandeln, bis die Macht den Konstitutionalisten übertragen würde.

In der Stadt Mexiko glaubt man, daß Huerta heute nach Vera Cruz abreisen wird, um sich dort einzuschiffen.

Die Insurgenten durchstreifen die ganze pazifische Küste Mexikos. Die Städte werden geräumt. Überall wird Waffenstillstand verkündet und die Gefangenen werden ausgetauscht. In Santa Rosalia kamen die Bundesstruppen und die Föderalisten getrennt zusammen und beschloßen, mit Carranza gemeinsame Sache zu machen. In Guaymas wurde ein Waffenstillstand bis zum 20. Juli vereinbart. Inzwischen nehmen vier große mexikanische Handelschiffe schnell die Föderalisten an Bord, die in wenigen Tagen Guaymas verlassen haben dürften.

### Frankreich.

#### Der Senat gibt nach.

Paris, 14. April. Bei der Beratung des Postetats im Senat kam es heute zu einer lebhaften Debatte über den Kredit für die Wohnungsgelder der Postbeamten, deren Abrechnung zu dem Zustand vom 28. Juni geführt hatte. Minister Thomson und Ministerpräsident Viviani sprachen sich beide für die Bewilligung des Kredits aus. „Man solle nicht“, so sagte der Ministerpräsident, „Taufenden von bescheidenen Beamten die bedauerlichen Fehler einer zu Ausschreitungen neigenden Minderheit entgelten lassen.“ Den Wünschen der Minister entsprechend, wurde der Kredit für die Unterbeamten mit 146 gegen 113 Stimmen bewilligt.

#### Die Enthaltungen über das Kriegsmaterial.

Paris, 14. Juli. Die Enthaltungen des Senators Humbert über den Zustand des französischen Kriegsmaterials und die daran geknüpfte Debatte haben im Parlament

und in der Presse das größte Aufsehen hervorgerufen. Der Zustand des Kriegsmaterials dürfte heute auch in der Kammer zur Sprache kommen, da der bonapartistische Deputierte Lafitte beabsichtigt, an den Kriegsminister eine Anfrage über die gestrige Senatsdebatte zu richten. Jaurès schreibt in der „Humanité“:

„Wußte denn der Senat nicht, daß die Militärverwaltung schablonenhaft und ohne jede Voraussicht arbeitet? Hat der Stab des Kriegsgesetzes, das nur die von den Bureaus des Kriegsministeriums begangenen Fehler verdecken soll, nicht genügt, um dem Senat die Augen zu öffnen? Die Enthaltungen Humberts haben auf die Senatoren wie die Explosion einer Bombe gewirkt. In der Kammer sind zwar viel schlimmere Tatsachen enthüllt worden, aber man wollte nichts hören und begreifen. Diesmal jedoch scheint der Senat aufgerüttelt worden zu sein. Ein Defizit von einer Milliarde, das amtlich in der Kammer eingestanden wird, die Zerrüttung unseres ganzen Verteidigungssystems, die im Senat verurteilt wird, ohne daß die Minister das Land sofort beruhigen können — dahin ist es mit und gekommen, soweit hat die seit einigen Jahren betätigte rückwärtliche militärische und koloniale Politik Frankreich gebracht.“

Der „Radical“ schreibt:

„Zwei Stunden lang haben die Senatoren mit Verstärkung die furchtbare Anklage gehört, die jemals gegen den Großen Generalstab gehalten wurde. Denn niemand kann heute mehr leugnen, daß nur der Generalstab an den Fehlern und ungläublichen Nachlässigkeiten die Schuld trägt, welche Senator Humbert enthüllt hat.“

Dagegen sucht die rechtsstehende Presse alle Schuld der radikalen Regierungen zuzuschreiben.

#### Budget und Kredit für nationale Verteidigung.

Paris, 14. Juli. Der Senat nahm mit einigen Abänderungen das Budget in seiner Gesamtheit einstimmig an. Dann wurde die Debatte über die einmaligen Ausgaben der Ministerien des Krieges und der Marine für die nationale Verteidigung fortgesetzt.

Der Senat hat einen Antrag angenommen, der die Seereskommission beauftragt, ihm bei seinem Wiederkommen einen Bericht über die Beschaffenheit des Kriegsmaterials vorzulegen. Dann wurde der Entwurf für die einmaligen Ausgaben in Meer und Marine mit allen Stimmen der 281 antwortenden Senatoren im ganzen angenommen.

Die Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung mit 373 gegen 126 Stimmen das Budget im ganzen mit einigen Abänderungen an, die seine Zurückweisung an den Senat notwendig machen.

### Portugal.

#### Blutige Krawalle.

Lissabon, 14. Juli. In Porto kam es bei der Ankunft und Abreise des Führers der Partei der Evolutionisten, Almeida, der sich auf einer Bahlagationsreise befindet, zu blutigen Zusammenstößen, wobei mehrere Personen durch Messerstiche und Schüsse verletzt wurden. Die Menge drang ferner in das Gebäude der katholischen Zeitung „Liberdade“ ein, so daß die Polizei mehrere Verhaftungen vornahm. Die Regierung hielt eine außerordentliche Beratung ab, um die Ordnung in Lissabon aufrechtzuerhalten.

In Lissabon selbst kam es heute am Schluß einer Versammlung, die sich mit der politischen Lage und namentlich mit einigen Alfonso Costa zugeschriebenen Maßnahmen beschäftigte, zu einem Handgemenge, bei dem Schüsse abgegeben und Steine geschleudert wurden. Mehrere Personen wurden verletzt. Kavallerie und die republikanische Garde zerstreute die Menge. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

### Japan.

#### Der Bestechungsprozeß.

Tokio, 14. Juli. Die Angeklagten im dem Marinebestechungsprozeß wurden zu folgenden Strafen verurteilt: Pooley zwei Jahre Gefängnis und eine unerhebliche Geldstrafe, Hermann ein Jahr, Bündell zehn Monate und Kaga vier Monate Gefängnis. Die Strafvollstreckung wurde für sämtliche Verurteilte, außer für Pooley, um drei Jahre hinausgeschoben. Pooley und Hermann haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.

### Aus der Partei.

Der 10. Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß, dessen Tagung am 23. August in Wien beginnen wird, ist zugleich ein Jubiläumsfest der Arbeiterbewegung. Denn es ist jetzt ein halbes Jahrhundert seit der Gründung der alten Internationale vergangen und 25 Jahre sind verflossen, seitdem der erste neue Internationale Sozialistenkongreß in Paris stattgefunden hat.

Der österreichische Parteivorstand hat die Herausgabe einer Festschrift beschlossen, die Ende Juli zur Ausgabe gelangt. Sie wird das Format der Wiener Zeitschrift haben, aber 20 Seiten stark und auf Kunstdruckpapier gedruckt sein. Die Zeitschrift, ein künstlerisches Lesebuch mit den Bildern der Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureau, unter denen sich alle bekannten Vorkämpfer der europäischen und der überseeischen Arbeiterbewegung befinden, wird ein Bildschmuck für Wohnungen und Vereinslokale sein. Die Festschrift wird also um 8 Seiten stärker sein als die Wiener Zeitschrift.

Für die Festschrift hat Karl Hensel, der bedeutendste sozialistische Dichter der Gegenwart, ein Festgedicht beigezeichnet. Interessante Abhandlungen der hervorragendsten Wortführer der Internationale, wie Viktor Adler, Karl Kautsky (Berlin), Edward Bailant (Paris), Hermann Greulich (Zürich), sowie wertvolle Beiträge von Karl Renner, N. Masanoff, Friedrich Adler und Robert Danneberg erzählen über den Werdegang, die Bedeutung und die Einrichtungen der alten und der neuen Internationale. Ein reicher Bilderschmuck, etwa 90 meist noch nie veröffentlichte Bilder, ziert die Festschrift, welche somit eine illustrierte Geschichte der Internationale darstellt. Da das Papier für die Festschrift besonders angefertigt werden muß, hat die Wiener Volksbuchhandlung Jganz Brand u. Co., Wien VII., Gumpendorfer Straße 16, um rasche Befanntschaft des Bedarfs ersucht.

Der Preis der Zeitschrift wurde trotz des reichen Bilderschmucks und des großen Umfangs mit nur 30 Heller festgesetzt.

#### Aus den Organisationen.

Auf der Generalversammlung des Wahlkreisvereins Kottbus-Spremberg gab Genosse Schadow den Jahresbericht, der ergibt, daß die Mitgliederzahl um 80, also auf 2673 Mitglieder ist. Seit dem Jahre 1905 ist die Mitgliederzahl von 1404 auf 2673, also um 1269 gestiegen. Der Kreis hat 3451 Leser der „Märkischen Volksstimme“. Rund 51 Pros. der Mitglieder sind Leser des Blattes. Rund 90 Pros. der Gewerkschafter sind politisch organisiert. 243 Mitgliederversammlungen, 89 öffentliche und 15 Frauenversammlungen wurden abgehalten. Versammlungslokale haben wir 52. Auch die Zahl der Gemeindevertreter ist gestiegen. 96 795 Flugblätter sind verteilt worden sowie Agitationsbroschüren. Die Kreisliste hatte 10 756 M. Einnahme und 6475 M. Ausgabe.

In seinem Referat zum Parteitag führte Reichstagsabgeordneter Karl Giebel u. a. zur Debatte über das Kaiserhoch aus: Ich habe für die neue Taktik der Fraktion gestimmt. Zu Unrecht wird versucht, der Sache eine neue grundsätzliche Bedeutung zu geben. Wie ward sonst? Die bürgerliche Presse höhnte sonst die Reichstagsfraktion, weil sie beim Kaiserhoch „fluchtartig“ den Saal verlassen hätte. Wir haben nicht Lust, uns ferner verhöhnen zu lassen.

Ferner: haben nicht die bürgerlichen Parteien bei einer ähnlichen Gelegenheit die Taktlosigkeit befohlen, plötzlich ohne unser Wissen, in unserer Abwesenheit einen Vertagungsantrag Schulz-Bromberg anzunehmen? Aus solchen Gründen haben wir Republikaner beschlossen, beim Kaiserhoch im Sitzungssaal zu bleiben und nicht aufzusteigen. Es handelt sich also um einen politischen Akt und nicht um einen neuen Grundtag. Würde man darin einen neuen Grundtag erblicken, so wäre damit ausgedrückt, daß wir bisher grundsätzlich falsch gehandelt haben.

Nach kurzer Debatte wurde folgender Antrag Parteis einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung stimmt den Ausführungen ihres Abgeordneten zum Parteitag zu. Insbesondere ist sie mit seinem und der Fraktion Verhalten bei der Beamtenbefolgungsnovelle und dem Kaiserhoch einverstanden.“

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Wahrheitssozialistenhege.

Neuen Verbrechen ist der Wahrheitssozialist Seitz auf die Spur gekommen. Der Herr Staatsanwalt behauptet: Als verantwortlicher Redakteur einer Zeitung dürfe nur der Leiter der Redaktion angegeben werden. Das sei in Wahrheits Redakteur Buchta, nicht der als „Verantwortliche“ wirkende Redakteur Gade. Also haben die beiden Redakteure das Freigeßel übertrieben und dürfen beim Kraken genommen werden. Doch nicht genug damit. Der Geschäftsführer Hugel und der Buchhalter Hertzig sind auch noch da. Hugel und Hertzig sind zweifacher Sünden schuldig befunden worden: Sie sollen erstens die eben geschilderten Untaten der beiden Redakteure geduldet und zweitens Ähnliches verübt haben, indem sie als Verantwortliche für den Inzeratenteil den Genossen Hugel angaben, obwohl Hugel öfters von Wahrheits abwesend ist und Hertzig die Vertretung hat, ohne daß er als Inzeratenverantwortlicher angegeben wäre. Die vier Verbrecher wurden in der vorigen Woche vom Untersuchungsrichter verurteilt, waren aber alle miteinander so erschrocken, daß sie auf keine einzige Frage eine Antwort geben konnten.

### Aus Industrie und Handel.

#### Ein amerikanischer Eisenbahnskandal.

Wie aus Washington telegraphiert wird, veröffentlicht die Handelskommission das Ergebnis ihrer Untersuchung über die finanziellen Angelegenheiten der New-Haven-Eisenbahn in einem Bericht, in welchem das Geschäftsgeschehen der Gesellschaft als einer der offenkundigsten Fälle von leichtsinniger Verwaltung gekennzeichnet wird, der bisher in der Geschichte des amerikanischen Eisenbahnwesens aufgedeckt worden sei. Die Kommission hebt hervor, daß den jetzigen Direktorenrat der Bahn kein Vorwurf treffe, der Tadel richte sich gegen den Direktorenrat unter der Präsidentschaft Mellens. Der Bericht erklärt weiter, daß die durch Verschwendung und Mißverwaltung entstandenen Verluste der New-Haven-Bahn auf schätzig bis neunzig Millionen zu schätzen seien. Die Direktoren sollten für die Art und Weise, wie sie sich ihren Pflichten entzogen hätten, zivil- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Der Bericht macht den Direktoren prächtige Nachlässigkeiten zum Vorwurf. Anwälte, die eine Minderheit der Aktionäre vertreten, haben die jetzigen Direktoren der Bahn ersucht, mit ihnen gemeinsam die früheren Direktoren der Bahn auf Erstattung einer Summe von annähernd 150 Millionen zu verklagen, die, wie die Anwälte erklären, von den früheren Direktoren infolge Pflichtvernachlässigung verfehlt angelegt worden sei. Unter denen, die verklagt werden sollen, befinden sich William Rockefeller, Lewis Ray, Lebdard und der Nachlaß Pierpont Morgan.

#### Eine Gefahr für das Kalifundikat.

Den deutschen Kalifundirern, die sich dank des Alleinbesitzes Deutschlands an Abraumsalzen eines Weltmonopols erfreuen, wurde durch Reichsgesetz ein außerordentlich hoher Preis gewährleistet, der zu einer wüsten Spekulation führte, wodurch die Industrie schwer schädigte und natürlich auch die deutsche Landwirtschaft als Hauptkonkurrentin von Kali benachteiligte. In dem Auslande aber wurde das Bestreben wach, das deutsche Weltmonopol zu brechen und nationale Kalifundirer zu gründen. In den Vereinigten Staaten, in Rußland, Galizien und in Spanien werden Bohrungen veranstaltet. Zu einem greifbaren Resultat ist man bereits in Galizien gelangt, wo sich vor kurzem eine Gesellschaft zur Ausbeutung der Kalivorkommen gebildet und mit den Erschließungsarbeiten begonnen hat. In Rußland und den Vereinigten Staaten ist man bisher über Anläufe nicht hinausgekommen. In Spanien aber erwacht das deutsche Kalifundikat Kalifelder, um einen unliebsamen Wettbewerb auszuschießen. Die spanische Regierung will aber nicht müßig zusehen, daß das Aufblühen einer Industrie, für die die natürlichen Vorbedingungen gegeben sind, verhindert und durch das Preisdiktat der deutschen Kalimonopolisten die spanische Landwirtschaft geschädigt wird. Sie hat deshalb einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem künftig die Förderung von Kalisalzen und der sonstigen zu Düngemitteln oder deren Herstellung dienenden Mineralien der staatlichen Regelung unterworfen sein soll. Die Kongressionen haben nur unter der Bedingung Zustimmung, daß die Saline ohne Unterbrechung, sei es zu Untersuchungs- oder Ausbeutungszwecken bearbeitet werden. Dieser Gesetzentwurf entspricht zweifellos einem dringenden Erfordernis der spanischen Volkswirtschaft. Für die deutsche Kalifundirie enthält er aber die dringende Mahnung: Runter mit den Kalipreisern!

### Letzte Nachrichten.

#### Tod des russischen Hof-Gesundbeters.

Petersburg, 14. Juli. Der bekannte Mönch Kasputin, der dieser Tage das Opfer eines Uebelfalles seitens einer Frau wurde, ist den erlittenen Verletzungen erlegen.

#### Zur Aussperrung der Solinger Waffenarbeiter.

Solingen, 14. Juli. Nachdem am Freitag bereits die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes den Vorstand beauftragt hatte, mit dem Verbanne der Solinger Fabrikantenvereine eine allgemeine Aussperrung in die Wege zu leiten, hat heute abend die Generalversammlung des Verbandes der Fabrikantenvereine ebenfalls die Generalaussperrung beschlossen, falls vorherige Verhandlungen im Einigungsamt in aller kürzester Zeit nicht zu einer Einigung führen. Von der Aussperrung wurden 13 000 organisierte und etwa 6000 nichtorganisierte Arbeiter betroffen.

#### Die Hingarde im Haag.

Haag, 14. Juli. Der Straßenbahnarbeiterstreik im Haag hat gestern abend mehrere Zwischenfälle zeitigt. Die Unruhen dauerten die ganze Nacht, wobei 15 Personen schwer verwundet wurden. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

#### Unfall auf einem französischen Kriegsschiff.

Rochefort, 14. Juli. Nach einem hier eingelaufenen Radiotelegramm ist an Bord des Kriegsschiffes „Loiret“ ein schwerer Unfall vorgekommen. Die „Loiret“ hatte Rochefort am Montag abend verlassen und war nach Tanger unterwegs. Heute morgen, als das Schiff auf hoher See fuhr, explodierte plötzlich ein Dampfesselrohr. Drei Mann der Besatzung wurden von dem ausströmenden Dampf schwer verbrüht. Die „Loiret“ ist infolgedessen nach Rochefort zurückgekehrt.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreise.  
13. Abt. Bezirk 635a.  
Am Sonntag, den 12. Juli, verstarb unser Genosse, der Schlosser

**Hermann Hoegel**  
III-Roabit 42.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Einäscherung findet morgen Donnerstag, den 16. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfahrer

**Hermann Kiehl**  
von der Firma Engelhardt am 12. ds. Mts. im Alter von 40 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Juli, nachmittags 1/2 6 Uhr, von der Leichenhalle des Gethemane-Kirchhofes, Nordend, aus statt.  
06/15 Die Bezirksverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Schwiegermutter  
**Emilie Kleinschmidt**  
am 12. Juli sanft entschlafen ist.  
Um ihres Beldes willen  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Juli, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelshafen-Kirchhofes in Nordend aus statt.  
10391

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Hermann Höge**  
III-Roabit 42, am 12. Juli an Lungenleiden gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 16. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
122/1 Die Ortsverwaltung.

Am Montagmorgen 9 Uhr entfiel nach langem schweren Leiden unsere innigstgeliebte und unersetzliche Tochter und Schwester  
**Hildegard Mathews**  
im Alter von 1 Jahr 1 Monat.  
Dies zehnte Schmerz erfüllt an die tiefbetäubten  
**Eltern und Schwester.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Luisen-Kirchhof am Fürstenbrunner Weg aus statt.

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Gustav Krause**  
(Goldener Straße 37)  
im Alter von 51 Jahren gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Juli, nachmittags 1/2 5 Uhr, von der Halle des Gethemane-Kirchhofes in der Freienwalder Straße aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
90/9 Die Ortsverwaltung.

**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Danksagung.**  
Für die herzliche Teilnahme an dem Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Sozialdemokratischen Wahlverein für den VI. Berliner Reichstagswahlkreis unseren aufrichtigsten Dank.  
12394  
**Ww. Gertrud Noa**  
nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Begräbnis meines Mannes, des Restaurateurs  
1394  
**Paul Hartwich**  
sage allen Teilnehmern besten Dank.  
Ww. Pauline Hartwich.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben unversehrlichen Onkelchen sagen wir herzlichsten unseren innigsten Dank.  
803  
**Frau Marie Hartig**  
nebst Angehörigen.  
Köpenick, den 13. Juli 1914.

**Mohrenstr. 37**  
Kolonnen.  
Gr. Frankfurter Str. 115  
**Trauer-Magazin**  
Kleider, Hüte etc.  
Außerste Preise  
**Farbige Konfektion**  
in größtem Maßstabe zu billigsten Preisen  
**Westmann**

**Danksagung.**

Bei dem am 8. Juli d. J. erfolgten Deckeneinsturz in unserer neuen Fabrik sind zu unserem tiefsten Bedauern fünf brave Arbeiter tödlich verunglückt.  
Es sind dies die Herren

**Paul Alex  
Otto Eichholz  
Ernst Jahn  
Johann Nowack  
Robert Zingel.**

Die Beerdigung der Verstorbenen hat heute vormittag unter ungewöhnlich großer Beteiligung aus allen Schichten der Bevölkerung, insbesondere der Behörden, der Geistlichkeit und unserer gesamten Beamten- und Arbeiterschaft, stattgefunden.  
Wir werden den Verunglückten ein dauerndes Andenken bewahren.

Es ist uns nun ein Bedürfnis, allen denen, die uns sowohl unmittelbar nach Ausbruch der Katastrophe als auch später, dann bei Gelegenheit der Bestattung in so hilfreicher und freundlicher Weise zur Seite gestanden haben, an dieser Stelle unseren herzlichsten Dank zu sagen.

Inbesondere gilt dieser Dank den Beamten des Königlichen Polizei-Präsidiums Lichtenberg, den Herren Vertretern des Magistrats der Stadt Lichtenberg, den Feuerwehren von Lichtenberg und Berlin, den Freiwilligen Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz und von der Arbeiterschaft, den Herren Aerzten, dem Augusta-Viktoria-Krankenhaus zu Lichtenberg, den Herren Geistlichen, die die Toten zur letzten Ruhe bestatteten, und dem Arbeiter-Gesangverein, der die Trauerfeier durch seinen Gesang so erhaben gestattete, und dem Arbeiter-Gesangverein, der die Trauerfeier durch seinen Gesang so erhaben gestattete, sind wir zu besonderem Danke verpflichtet. Schließlich danken wir unserer Beamten- und Arbeiterschaft, die uns in jeder Beziehung mustergültig zur Seite gestanden hat.

Berlin-Lichtenberg, den 13. Juli 1914.

**Die Direktion**  
der  
**Knorr-Bremse Aktiengesellschaft.**  
Vielmeier. Hildebrand.

**Garbáty**  
Cigaretten  
**Qualität**

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter**  
Filiale Groß-Berlin.

Freitag, den 17. Juli 1914, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelster 14:

**Generalversammlung**

- Tagesordnung:  
1. Der Gewerkschaftskongress in München.  
Berichterstatter: Gauleiter Kollege Fritz Wäntner-Belzig.  
2. Wahl eines Bevollmächtigten und eines Agitationsleiters.  
3. Kassenbericht für April/Juni 1914.  
Berichterstatter: Kollege Karl Hoffmann.  
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.  
Die Ortsverwaltung.

35/6

**Theater und Vergnügungen**

Mittwoch, den 15. Juli 1914.  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
**Volgt-Theater.** Durch fremde Schuld.  
Anfang 5 Uhr.  
**Vollage-Theater.** Kino-Varieté.  
Potsdamer Naturtheater. Alt-Potsdam.  
Anfang 7 Uhr.  
**Westen.** Götterdämmerung.  
Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Mit dem Imperator nach New York.  
Schiller O. Mattha.  
Berliner. Wie einst im Mai.  
Königsgräber Straße. Fr. Su. Thalia. Wenn der Frühling kommt.  
Theater an der Weidenbammer Brücke. Der müde Theodor.  
Kofe. Der Silberberg.  
Metropol. Die Reise um die Erde in 40 Tagen.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Statliner Sängers.  
Walhalla-Theater. Varieté und Lustspiele.  
Berliner Prater-Theater. Origi.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Kleines.** Der Kleid.  
Theater am Nollendorfplatz.  
Der Juxbaron.  
Walhalla. Der Hund von Baster.  
Hilf.  
Folies Caprice. Amordragoner.  
Bell Napoleons.  
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.  
Friedrich-Wilhelmstädter Theater.  
Leutnantsliebchen.  
Luffen. Die Amordemens.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Reibenz.** Die verfluchte Liebe.  
Admiralspalast. Im Tangoklub.  
Eines Nollendorf-Theater.  
Das Wirtel.

**Theater in der Königsgräber Straße**  
Täglich 8 Uhr:  
**Mr. Wu.**  
**Berliner Theater.**  
Zum 282. Male. 8 Uhr:  
**Wie einst im Mai.**  
**Friedrich-Wilhelmst. Th.**  
8 1/2 Uhr. d. Operettenspieler:  
**Leutnantsliebchen.**  
**Theater am Nollendorfplatz 5.**  
8 1/2 Uhr:  
**Der Juxbaron.**  
**Theater an d. Weidenbammerbrücke**  
Täglich 8 Uhr, zum 132. Male, und 31. Juli zum letzten Male:  
**Der müde Theodor.**  
Schwanz m. Gesangs- u. Tanzszenen.  
**Theater des Westens.**  
Mittwoch, Donnerstag, 7 Uhr:  
**Götterdämmerung.**  
**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Die Leibwäscherin.**  
**Die Amordragoner.**  
**Das Bett Napoleons.**  
Ah - da staun' ich.

**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
(Zum 224. Male!)  
**Mit dem „Imperator“ nach New York.**

**Puhmanns Theater**  
Schönl. Allee 148. Kastanienallee 97/99  
Unter neuer Leitung  
der beliebten Direktion W. Herrmann.  
**Konzert, Theater, Spezialitäten.**  
Zum Schluß: **Wo hast du dein Weib' Weibchen!** Anfang 4 Uhr.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
**Der Silberkönig.**  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag: Die rasierten Studenten  
— Auf der Gartenbühne —  
Mund um die Zypre. Fr. Revue.  
Bother Konzert. Spezialitäten.

**ZOOLOG**  
ischer Garten  
Täglich  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Eintrittspreise:  
Zoo 1 M., von 5 Uhr ab 50 Pf.  
Aquar. 1 M. v. d. Str., 50 Pf. v. Zoo  
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.  
**Neu! AQUARIUM**  
8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 108/114  
Heute Mittwoch, den 15. Juli 1914:  
**Elitetag!**  
**Großes Kinder-Erntefest**  
mit Ernte-Umzug  
und Gratisverlosung für Knaben und Mädchen.  
Hauptgewinn: je 1 goldene Uhr.  
Außerdem täglich:  
**Oberbayern**  
mit vollständig neuer Alpendekoration.  
Bayrische Kapellen. Bayrische Madels.  
Entree 15 Pf.

**Metropol-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**

**Voigt-Theater**  
Badstraße 58.  
Jeden Mittwoch: Großer Elitetag.  
**Durch fremde Schuld.**  
Orig. Volksstück mit Gesang u. Tanz  
in 3 Akten von Seelen u. Richter.  
Gänzlich neue Spezialitäten.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Sommertheater „Urania“**  
Wrangelstr. 11, Nähe Köpenicker Str.  
Täglich erstklass. Varietévorstellung  
Im Garten 2000, im Saal 900 Sitzplätze  
Sonnabends und Sonntag: **Ball!**  
Saal für Vereinsbälle kostenfrei.

**WINTER GARTEN**  
Neues Programm!  
**Saharet**  
die australische Tanzdiva  
Fernina Kaufmanns  
Pagagelen Veronaycycle  
Kabarett Truppe  
und eine Kette  
hervorragender Kunstkräfte!  
Entreeplatz wochentags  
M. 0.60.  
— Rauchen gestattet! —

**Passage-Panoptikum.**  
Lebend!  
**Die letzten weiblichen Azteken!**  
AGA  
die schwedische Jungfrau.  
Buddhas Geistertafel.  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Admiralspalast.**  
Eis-Arena.  
Berlins kühler Aufenthalt.  
Abends 1/2 9 Uhr: „Im Tangoklub“  
und „Die lustige Puppe“.  
Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.  
Für den Inhalt der Zuvor  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**Sachse-Oper.**  
Schiller-Theater O. Theater.  
8 Uhr:  
**Martha.**

**Reichshallen-Theater.**  
Heute: Letzte Soiree  
der Statliner Sängers  
(von ihrer Feiertagsfeier)  
**Der Dorfschulmeister.**  
Heinrich Generebild  
von Meyel.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: I. Galt-  
spiel d. Dresdener  
Viktoria-Sängers.

**SPREE-HAVEL-GESELLSCHAFT**  
Stern  
Neu! Jeden Wochentag Neu!  
8 1/2, 10, 11 ab Janowitzbrücke (Belvedere)  
(1/2 Std. später von Schles. Tor) nach dem schönen  
**Freibadstrand Müggelsee**  
Jahrg. ein. Fahrt: **Müggelschloß** Kinder:  
**25 Pfg.** Jeden Dienstag, Sonntag **10 Pfg.**  
Militär-Freikonzert.

Gewerkschaftliches.

Liberalismus und Angestellte.

Ich möchte hier ein für allemal erklären, daß der deutsche Handlungsgehilfenstand, wie ich ihn kenne, feststeht auf nationalem Boden und auf diesem Boden feststehen bleiben wird.

Also sprach am 4. Mai der nationalliberale Handlungsgehilfenführer Marquart im Reichstag, um damit zu dokumentieren, daß die Angestellten weder bisher noch künftig als Anhänger der Sozialdemokratie in Frage kämen.

Kleines Feuilleton.

Der Berliner Studenten-Ausschuß hat sich am Montag konstituiert. Dabei kam es zu Szenen, die für das Wesen der neu-deutschen Studentenschaft bezeichnend sind.

Eine Elegie auf Hosen. Die französische Kammer hat beschlossen, die berühmten roten Hosen in der Armee abzuschaffen, die als sichtbare Schießscheiben dardieten.

Eine abgelehnte Schauspielersforderung. Bei den Vorberatungen des kommenden deutschen Theatergesetzes haben die Schauspieler gefordert, daß ein amtlicher Theaterinspektor angestellt würde.

die Fortschrittliche Volkspartei in Angestelltenkreisen an Kredit nicht mehr viel zu verlieren hat.

„Nun aber die fortschrittliche Fraktion und ihre Vertretung in Sachen der Konkurrenzklause, besonders aber in Sachen der Sonntagsruhe so wenig Sinn für die berechtigten Forderungen der Handlungsgehilfen zeigte, sollen wir uns mit den Erväugungen fraktioneller Parteischwierigkeiten genüge sein lassen?“

Es wird dann das flüchtige Umsfalten der Liberalen in feinen Einzelheiten geschildert und über die Behandlung der Angestelltenfragen innerhalb der liberalen Fraktionen folgende treffliche Kennzeichnung gegeben:

„Bei unseren Angelegenheiten legen sich aber die Kleinräumer-Bähler ins Mittel und bringen Sachisführer wie den Abgeordneten Fischel mit einer einzigen Verammlung in Berlin zur Erklärung, daß die fortschrittliche Fraktion von allen Verbesserungsanträgen — anderer Parteien — absehen und auf den Boden der Regierungsvorläge zurücktreten werde.“

Der Artikelschreiber, der selbst noch als „fortschrittlicher“ Handlungsgehilfe bezeichnet, fordert schließlich zur politischen Organisierung der Angestellten auf und schreibt:

„Daß wir als Handlungsgehilfen nach alledem, was vorgefallen, den Anschluß an die fortschrittliche Volkspartei nicht und versehen empfehlen können, tut uns selbst sehr leid, ist aber einzig und allein die Schuld der heute noch maßgebenden Herren in der Fraktion...“

Wenn organisierte Mitglieder der liberalen Parteien sich schon mit solchem Notschrei in die Öffentlichkeit flüchten, dann wird Herr Marquart mit seinen nationalen Mitteln die natürliche politische Entwicklung der Angestellten auch nicht mehr aufhalten können.

„Wenn das Liberalismus ist,“ so heißt es in der Zuschrift, „daß man den Mantel nach dem Winde dreht, dann ist mir konservativ bedeutend sympathischer.“

Die Haltung Bötthoffs gegenüber den Verbänden ist aber nur symptomatisch für die Unzuverlässigkeit der liberalen Parteien überhaupt; das kommt in der Zuschrift ebenfalls zum Ausdruck, indem gesagt wird:

„Es wäre nun immerhin tröstlich, wenn der Fall vereinzelt dastände, aber ist es nicht in Arbeiter- und Angestelltenfragen im Parlament ebenso? Das Verhalten der bürgerlichen Parteien bei sozialpolitischen Gesetzentwürfen liefert den besten Beweis.“

Noch zutreffender freilich wäre es, zu sagen: „Die Liberalen wollen den Arbeitgebern helfen, ohne es mit den Angestellten als Wählermasse ganz zu verderben.“

Sollte es beispielsweise endlich festgelegt werden, daß der Direktor die Kosten für das beanspruchte moderne Kostüm zu tragen hat; wer könnte ihn hindern, eine kostspielige Kostümrulle einer Dame zuzuschleppen, die durch ihre körperlichen Reize besonders reich dotiert ist?

Die „Etagenrose“. Der französische Blumenzüchter Germain aus Rouillon ist plötzlich ein sehr berühmter Mann geworden, weil er in seinem Garten eine Art „Etagenrose“ entdeckt hat: eine Rosenblüte, aus der eine zweite Blüte herausgewachsen ist.

Der trockene Jagow. Bei den Gewittern, die letzter Tage, so auch gestern, die Berliner Vororte heimsuchten oder vielmehr beglückten, hat es allgemeine Verwunderung erregt, daß es immer nur die Vororte sind, denen eine Abfällung beschieden ist.

können. Auch für sie wird letzten Endes ihr wirtschaftliches Arbeitnehmerinteresse für die Bildung ihrer politischen Weltanschauung ausschlaggebend sein müssen.

Berlin und Umgegend. Zum Streik der Holzbildhauer.

Während der letzten Verhandlungen mit den Holzindustriellen wurde von diesen wiederholt erklärt, es sei eigentlich noch viel zu früh zu Verhandlungen. Sie nahmen wohl an, in einigen Wochen könne der Streik sich wesentlich zu ihren Gunsten wenden.

Deutsches Reich.

Und willst du auch mein Bruder sein, Ich schlag dir doch den Schädel ein!

Im Herbst 1911 streikten in Simsborn in Holsheim, einem Orte, in dem die Lederindustrie in ziemlich großem Umfange betrieben wird, die Lederarbeiter.

Es wird der Regen auf der Straße verflucht. Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Zusammenstößen erfolgt Einschreiten.

Notizen.

Kritik der Kritik. Das Tiboll-Theater in Bremen, eine Operettenbühne, die dem Komponisten Gilbert gehört, hat unfernen hiesigen Parteiblatt die Referentenarten entzogen.

Die himmlische Regie. Der Tod des österreichischen Besandten in Belgrad, des Herrn von Hartwig, der am Freitag erfolgte, nachdem acht Tage vorher, also gleichfalls an einem Freitag, das ermordete Erzherzogpaar von der Wiener Hofburg zum Westbahnhof geleitet worden war, entlockt der Wiener „Reichspost“ folgendes Gebet: „Es wird viele geben, die in diesem merkwürdigen Zusammentreffen von Umständen „den Finger Gottes“, die Hand der Vorsehung, zu erkennen geneigt sind.“

Sache-Oper. Die Uraufführung des „Postillon von Lonjumeau“ ist auf Freitag, den 17. d. M., verlegt worden. Donnerstag wird Richard Wagners „Lohengrin“ wiederholt.

Den Oceanflug um die 200000 Mark-Prämie will auch Graham White mitmachen. Sein Apparat erhält vier Motore und soll 40 Stunden ohne Zwischenlandung fliegen können.

Schillers Leben. Bei Gelegenheit von Rodenbergs Tode erzählt man aus einem Nachruf, daß die Schillerstiftung, deren zweiter Vorsitzender er war, außer von Paul Manasse, Alfred Gottschalk und Jidder Landau auch von Paul Lindau und Oskar Blumenthal geleitet wird.

ein sogen. „Arbeiterheim“, zu dem die gesamten Schornacher Betrieben und auf das diese jetzt nicht wenig stolz sind. Indessen blieb ihre Freude nicht ungetrübt, denn fast alle Tage galt es, einen Streik zu unterdrücken. In die Reihen der verflochtenen Streikbrecher war eben keine Disziplin hineinzubringen. An einem Tage ging es besonders schlimm her. Der Arbeiter Weulert, ein schlimmer Kolling, war mit einem anderen Bewohner des „Arbeiterheims“ in Streit geraten, der sofort in Fälligkeiten ausartete. Weulert schlug dabei seinem Widersacher den Schädel ein, und nur einem glücklichen Zufall war es zu verdanken, daß der Verletzte mit dem Leben davonkam. Das Altonaer Landgericht verurteilte den rohen Verrichten nunmehr zu zwei Jahren Gefängnis. Auch auf andere Anlässe des „Arbeiterheims“ treffen die Worte zu: „Wehe, wenn sie losgelassen!“ Ja, ja, ein verstärkter Schutz der Arbeitwilligen ist eine bittere Notwendigkeit!

**Streik im Tabakgewerbe.** Wegen Ablehnung des neuen Tarifvertrages haben die Arbeiter von vier Nochtabakfabriken in Mannheim die Arbeit niedergelegt.

### Ausland.

#### Strafe für betrügerischen Streikbrecherfang.

Der Senfer Baumunternehmer Rubin engagierte in Sitten 23 Maurer unter der unwahren Angabe, daß der dortige Bauarbeiterstreik beendet sei. Als die in Genuf angekommenen Arbeiter vom Fortbestehen des Streiks erfuhr, vertweigerten sie die Arbeitsaufnahme und verlangten vom Unternehmer die Rückzahlung der Reiseauslagen sowie den Lohn für drei Arbeitstage. Das Senfer Gewerbegericht gab der Klage Folge und verurteilte den betrügerischen Streikbrecherfänger zur Entschädigung an die 23 Arbeiter mit 25 bis 32 Franken. Das gerechte Urteil werden sich nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer und Streikbrecherfänger für die Zukunft merken.

#### Das Taylorsystem in der schweizerischen Schuhindustrie.

Die große, mit ca. 4000 Arbeitern produzierende Schuhfabrik Vallu A.-G. in Schönenwerde hat, wie der Professor Ballch mitteilt, beschlossen, das Taylorsystem in ihren Betrieben einzuführen. Vier Herren der Firma seien schon seit einem Jahr mit dem Studium des Verfahrens in den Vereinigten Staaten beschäftigt. Nach dem Iocher für das Geschäftsjahr 1912/13 veröffentlichten Geschäftsbericht hat die mit 24 Millionen Franken Aktien- und Obligationenkapital arbeitende Messenfirma einen Rohgewinn von 4 208 308 Fr. erzielt, aus dem nach reichen Abschreibungen von 1 459 110 Fr. die Aktionäre eine Dividende von 8 Proz. erhalten und die Verwaltungsräte und Direktoren, diese zu ihren großen Gehältern hinzu, sechs Lantlemen. Gegenüber 1911/12 ist der Reingewinn um 80 000 Fr. größer, aber es soll durch das Taylorsystem noch mehr Profit aus den Arbeitern herausgeholt werden. Dabei ist von den 4000 Arbeitern fast niemand gemeinschaftlich organisiert. Vielleicht macht der „Herr Taylor“ die bauerliche Halb- und Ganzproletariat endlich reif für die Gewerkschaftsbewegung.

### Soziales.

#### Gege gegen eine Ortskrankenkasse.

Unter den erschwerten Umständen mußte am 1. Januar 1914 in Nürnberg die neugegründete gemeinsame Ortskrankenkasse in Funktion treten, nachdem der reaktionäre Rathhausfreisinn es bis zur letzten Minute verstanden hatte, die Einrichtung einer Ortskrankenkasse nach dem alten Krankenversicherungsgesetz zu verhindern. Jahrgesundheitlang konnte die Nürnberger Arbeiterschaft nur in der ganz unzulänglichen Gemeindefrankenkasse versichert werden, die infolge ihres ungewöhnlichen Beitragssystems und sonstiger anderer Mängel trotz geringer Leistungen für die Mitglieder, der Stadt, die viele Jahre die Defizits decken mußte, Hunderttausende von Mark gekostet hat.

Als die Ortskrankenkasse in Kraft trat, mußte sie alle bisherigen Mitglieder der Gemeindefrankenkasse mit allen ihren Rechten übernehmen, erhielt aber nicht einen roten Heller Vermögen oder den Reservefonds der Gemeindefrankenkasse, weil das hier böhmische Dörfen waren. War kein Geld mehr da, mußten eben die Steuerzahler eintreten. Die ganze Einrichtung der Kassenzimmer, die hauseigene Instandsetzung der Büroräume usw. mußte ausgeführt werden, ohne daß ein Pfennig Geld vorhanden war. Dazu kam, daß die Gemeindefrankenkasse der Ortskrankenkasse bei Beginn des Betriebes sofort über 4000 fränke Mitglieder überwiegt, für die in den ersten zwei Monaten 300 000 M. bare Unterstützungsgelder ausbezahlt werden mußten, ohne daß für sie auch nur ein Pfennig Beitrag an die Ortskrankenkasse gezahlt worden wäre. Daß unter solchen Umständen die Ortskrankenkasse pflichtgemäß von dem ihr zustehenden Rechte Gebrauch machte, und von der Stadt 300 000 M. Vorschuß forderte, den sie auch erhielt, ist mehr als begreiflich. Außerdem nahm sie bei einer Bank ein Darlehn auf, das sofort zurückgegeben wird, wenn ein neuer Antrag an die Stadtgemeinde auf weitere 200 000 M. Vorschuß genehmigt worden ist.

Für jeden objektiv streitenden sind diese Verhältnisse infolge der erschwerten Umstände bei dem Inkrafttreten der Nürnberger Ortskrankenkasse ganz natürliche unvermeidbare Folgen fortschrittlicher Lommuner und sozialer Rückständigkeit. Die arbeitserfindliche Presse verbreitet nun einen Artikel über Mißwirtschaft in der „sozialdemokratischen“ Ortskrankenkasse und schwindelt die Vorschüsse in ein Defizit von 500 000 M. um. In dem jetzt herausgegebenen ersten Halbjahresbericht über die Vermögensverhältnisse der Kasse wird nachgewiesen, daß der Bankkredit überhaupt nur 85 000 M. beträgt, wovon bereits wieder 20 000 M. abbezahlt worden sind. Ferner wird festgestellt, daß nach Einzug der zurzeit noch ausstehenden 500 000 M. an Beiträgen die Kasse nicht nur keine Unterbilanz, sondern eine Mehreinnahme von 53 000 M. habe. Von einer Mißwirtschaft in der Kasse kann also gar keine Rede sein.

#### Handlungsgehilfin oder Gewerbegehilfin!

Gegen die Deutsche Hotel-Aktiengesellschaft als Inhaberin des Hotels Esplanade richtete sich vor dem Gewerbegericht die Klage einer Kassiererin.

Es erkannte das Gericht auf Reberweisung an das Kaufmannsgericht. Zu den Obliegenheiten der Klägerin gehörte das Ausschreiben der Kasseneinträge nach den Vons der Kellner, das Abrechnen mit den Kellnern und die Kassenzahlung. Eine gleichartige Sache aus dem Jahre 1911 gegen das Restaurant „Zoologischer Garten“ ist durch alle Instanzen in gleicher Weise beurteilt worden und auch die Handelskammer hat sich auf denselben Standpunkt gestellt.

Der Vertreter der Beklagten erklärte, in ganz Deutschland würden diese Angestellten als Gewerbegehilfin betrachtet und mit nur 14tägiger Kündigungsfrist angestellt. Das mag zutreffen. Daraus folgt aber nur, daß entgegen der zwingende Vorschrift des Gesetzes in einer Reihe von Fällen mit Kaufmannsgehilfin, denen eine sechsmonatliche Kündigungsfrist zum Quartalschluß zusteht, eine kürzere vereinbart wird. Eine solche Vereinbarung ist ungültig. An ihre Stelle tritt die gesetzliche von sechs Wochen zum Quartalschluß. Nehnliche ständige Verstöße gegen zwingende Rechtsnormen, die zu niedriger Gehältern getroffen sind, haben wir wiederholt niedriger abgibt. Wir erinnern z. B. an die sogenannten Bäder- und Fleischermamsells, die lediglich mit dem Umzug der Waren zu tun haben, und deshalb die Rechte von Handlungsgehilfin haben, nicht aber die kürzere Kündigungsfrist der Gewerbegehilfin.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

### Intendanturmusik.

Der Bureaudienet der Intendantur Köln war auch Zeiter einer Musikkapelle und als solcher zuletzt mit drei Mann für die Niebed-Druckerei tätig. Am 15. Juni wurde er mit seiner Kapelle plötzlich entlassen und forderte nun wegen fristloser Entlassung für einen halben Monat 301 M. Vereindart waren pro Tag 20 M. und für die Sonntage 20 M. für die gesamte Kapelle. Darüber, ob dem Kläger die beanpruchte Kündigungsfrist zustehe, herrichte zwischen den Parteien Streit. Das Gewerbegericht, Kammer 6, hatte gestern zu entscheiden.

Das Gericht kam zur Klageabweisung. Es stützte sich dabei auf die Aussage eines Direktors der Beklagten, der dem Kläger bei seinem Engagement gesagt hatte, es sollen dieselben Bedingungen gelten wie bei dem Vorgänger. Da habe aber tägliche Entlassung erfolgen können.

Von besonderem Reiz sind die Umstände, unter welchen das Engagement zu stande kam. Nach der eigenen Darstellung des Klägers, der wie schon erwähnt Intendanturdienet ist und nur nebenher in seinen dienstfreien Stunden den Berufsmusikern das Brot nimmt, spielte sich der Vorgang wie folgt ab: Ein Vertreter der Druckerei hatte ihn aufgesucht, um die Bierlieferung für die Intendantur zu erhalten. Dabei kam das Gespräch „zufällig“ auf die musikalischen Eigenschaften des Klägers, der seinerseits die Frage aufwarf, ob er nicht von der Druckerei engagiert werden könne. Der Vertreter soll hierauf geantwortet haben: „Warten Sie mal, wir haben zwar eine Kapelle, aber die wird sofort rausgeschmissen.“ Das Engagement kam auch wirklich zu stande. Wie es mit der Bierlieferung wurde, darüber verlaute nichts.

### Berichtszeitung.

#### Schwere Angriffe gegen die „Frauenbank“, G. m. b. H.,

bilden den Gegenstand einer Beleidigungsklage, welche gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Assessors Seidenschneider beschäftigte. Als Kläger traten die Vorstandsmitglieder der „Frauenbank“, Fräulein Anna Hoffmann und Frau Inni v. Wunsch, vertreten von den Rechtsanwälten Dr. Dalen und Dr. Frey, gegen den Vörfenschriftsteller Bruno Buchwald auf, der von Rechtsanwalt Dr. Alsbereg verteidigt wurde.

Einige Zeit nach Gründung der „Frauenbank“ erschien in der „Welt am Montag“ ein von dem Beklagten Buchwald verfaßter Artikel, der eine Art Warnruf vor der Beteiligung an der Bank darstellte. Es wurde unter anderem gesagt, daß das größte Mißtrauen gegen die Frauenbank am Plage sei, da schon die Angabe, daß die Bank mit einem Kapital von einer Million Mark arbeite, unwahr sei. Es seien nämlich auch die Kasssummen, die doch nur im Falle eines Konkurses herangezogen werden, als „Kapital“ angeführt worden. Die angeblichen Gewinne der Bank ständen lediglich auf dem Papier, und zwar werde, um die „Gewinne“ zu erzielen, folgende rein lausmännisch als Bilanzverschleierung zu beziehende Manipulation vorgenommen. Die Bank erwerbe mit einem erheblichen Damno zweifelhafte Hypotheken und setze dann diese nicht etwa mit dem Ankaufspreise, sondern zu dem Nominalwert unter der Rubrik „Vorfensfähige Effekten und Wertpapiere“ in ihre Bilanz ein. Die Mitglieder würden hierdurch in einem schweren Irrtum verfehrt und es müsse mit aller Entschiedenheit vor dem Institut gewarnt werden; nicht zuletzt im Interesse der Frauenbewegung selbst, die durch solche Manipulationen diskreditiert werden könne. — In einem anderen Artikel wird gesagt, daß sich die Frauenbank zu „Hypothekenschiedungen schlimmer Art“ hergebe. Auf eine von der Frauenbank beantragte Verurteilung erklärte Buchwald in einem weiteren Artikel, daß es natürlich sehr leicht sei, die von ihm behaupteten Tatsachen in geradem unechter Weise zu verdrehen. Von der Frauenbank wurde nunmehr gegen Buchwald eine einstweilige Verfügung herausgebracht, nach welcher ihm verboten wurde, weitere Artikel über die Frauenbank zu veröffentlichen; für jeden Uebertretungsfall wurde eine fiskalische Strafe von 1000 M. festgesetzt. Das Landgericht I habe, wie der Beklagte dann in einem weiteren Artikel sagt, diesen Angriff auf die Pressefreiheit abgewiesen. Das Amtsgericht habe anscheinend nicht erkannt, ein wie großer Schaden angerichtet werden könne, wenn eine Zeitung verhindert werde, auf Grund einwandfreien Materials unfundige Frauen, Witwen und Waisen vor dem Verlust ihres Vermögens zu bewahren, denn der Zusammenbruch der Frauenbank müsse in kurzer Zeit erfolgen. Bezeichnend sei, daß das Kaufmannsgericht am 15. Mai gegen die Frauenbank eine einstweilige Verfügung erlassen habe, 17 000 M. Wertpapiere herauszugeben und der Gerichtsvollzieher noch dreistündiger Durchsuchung die Papiere nicht gefunden habe, die Bank auch noch richterlichen Beschlusses jede Auskunft verweigere. Schließlich veröffentlichte der Kläger auch verschiedene Urteile gegen die Frauenbank, aus denen, nach seiner Ansicht, hervorgehe, daß die Bank arglistig gehandelt habe.

Von der klägerischen Partei wird demgegenüber behauptet, daß die sämtlichen Vorwürfe unwahr seien, es handle sich um eine von vier früheren im Unfrieden mit der Bank geschiedene Angestellte aufgeworfene schematische Gese. Bei diesem Kesseltreiben gegen die Frauenbank spiele Rachsucht und Verrat die Hauptrolle und das Verhalten der Gegner sei recht häßlich, da mit Hilfe von anonymen Zuschriften und Schmäddriefen ein gemeinnützig wirkendes Institut diskreditiert werden solle.

Nach längeren Erklärungen der Vertreter der Parteien, die beide für Erhebung des Wahrheitsbeweises eintraten, beschloß das Gericht, die Sache zu vertagen. Zu dem neuen Termin sollen eine Reihe Zeugen und ferner als Sachverständiger Professor Gräber, Generalanwalt der Deutschen Genossenschaftsbanken, geladen werden, eventuell soll auch noch ein von der klägerischen Partei namhaft zu machender Sachverständiger geladen werden.

#### Ländlicher Arbeiter, Gutsvorsteher und Landrat.

Ein Arbeiter, der bei dem Gutsvorsteher Rittergutsbesitzer Herrmann in Selin (Kreis Königsberg in der Neumark) landwirtschaftlich tätig war, hatte den Dienst aufgegeben und sich eine andere Stellung gesucht. Hier wurde er gelündigt, nachdem der Gutsvorsteher Herrmann zu seinem neuen Arbeitgeber gesagt hatte, der Arbeiter sei kontaktsüchtig geworden. Dieser erschien dann auf dem Landratsamt, gab das Sachverhältnis zu Protokoll und knäpste daran die Bitte, der Landrat möge veranlassen, daß der Gutsvorsteher nicht mehr über ihn unwahre Behauptungen verbreite und ihn dadurch schädige. Er bestritt, unberechtigt aus dem Dienst gegangen zu sein.

Der Landrat ersuchte darauf den Gutsvorsteher Herrmann um eine Auskunft darüber, wie sich die Sache verhalte. Dieser erklärte dem Landrat: Er lehne die Verantwortung der Frage ab, da es sich um eine private Angelegenheit handle; er gebe der Erwartung Ausdruck, daß der Landrat sich in Zukunft nicht mehr in seine persönlichen Angelegenheiten mischen werde.

Der Landrat verhängte dann über Herrmann als Gutsvorsteher die Disziplinarstrafe des Verweises. Der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. und das Oberverwaltungsgericht verwarfen die von Herrmann gegen den Landrat angelegte Klage. Begründend führte das Oberverwaltungsgericht aus: Allerdings sei das Verhältnis zwischen dem Arbeiter und dem Rittergutsbesitzer Herrmann ein privatrechtliches Verhältnis. Aber aus den Vorgängen hätte der Gutsvorsteher und Gutsvorsteher Herrmann doch erkennen müssen, daß es sich nicht um ein unberechtigtes Eingreifen in privatrechtliche Verhältnisse handle, sondern daß ein amtliches Interesse des Landrats vorlag. Aber selbst wenn man davon absehe, so sei der Zusatz, daß Herrmann erwarte, der Landrat werde sich in Zukunft nicht mehr in seine privatrechtlichen Verhältnisse mischen, ein Ungehörigkeit mit Rücksicht darauf, daß der Landrat der Dienstvorgeseht des Gutsvorsehers sei. Auch im

außerdienstlichen Verkehr sei der Kläger dem Dienstvorgesehten Achtung schuldig. Diese Achtung habe er verlegt. Deshalb sei die Strafe auf jeden Fall gerechtfertigt.

### Hypothekenschwindler vor Gericht.

In dem Betrugsprozeß gegen den umfangreicher Hypothekenschwindler bezichtigten Kaufmann Udo Klett wurde gestern, nach 28tägiger Verhandlung vor der 12. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsleiters Vilia das Urteil verkündet.

Es wurden verurteilt Klett wegen fortgesetzten Betruges zu 3 Jahren und 9 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von 9 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft, Graff zu 1 Jahr, Ernst zu 6 Monaten und Anger zu 4 Monaten Gefängnis. Bezüglich des Angeklagten Klett hob der Vorsitzende in der Urteilsbegründung hervor, daß er ein geistig minderwertiger Mensch sei, allerdings handle es sich bei ihm nicht um intellektuelle, sondern um moralische Defekte. Straferschwerend sei, daß der Angeklagte durch sein recht raffiniertes Vorgehen circa 60 000 M. erbeutet habe und daß seine Betrügereien zur Folge gehabt haben, daß Gutsherrn, die Hypotheken suchten, dies infolge der falschen Angaben des Angeklagten solange hinausgeschoben hatten, bis sie nicht mehr in der Lage waren, sich anderweitig Kapitalien zur Deckung der fälligen Hypothekenschulden zu beschaffen. Hierdurch sei es gekommen, daß mehrere der Zeugen Haus und Hof verloren. Aus diesem Grunde habe gegen Klett auf eine exemplarische Strafe erkannt werden müssen.

**Sportartikel Ober- und Niederösterreich.** Mittwoch, den 15. Juli, abends 8½ Uhr, im kleinen Saal des Restaurants „Waldschänke“: Mitgliederversammlung, Vortrag des Genossen Feinert-Markendorf.

# Lesen Sie dies

## Ohne jede Anzahlung

erhalten bei mir nach wie vor

### solvente Käufer Einzel-Möbel

ganz gleich, ob neue oder alte Kunden

### kompl. Wohnungs-Einrichtungen

**Enorm billig:**

- 1 einf. Zimm.-Einrichtung „Rekord“ M. 85.—
- 1 bess. Zimm.-Einrichtung „Hansa“ M. 155.—
- 1 bürgerl. Zimm.-Einrichtung „Berolina“ M. 245.—
- 1 eleg. Zimm.-Einrichtung „Modern“ M. 325.—
- 1- und 2-Zimmer-Wohnungen 405.— an

in zeitgemäßer, mod. Ausführung von M.

### ca. 75 Schlafzimmer-Einrichtungen

sind in allen Holz- und Stahlarbeiten und in jeder gewünschten Preislage am Lager zu beschaffen.

### Verliehen gewesen Zimmer

ganz bedeutend unter Preis.

In kolossaler Auswahl:

### Anzüge, Paletots

Jünglings- und Knaben-Cardorobe

### Kleider, Kostüme, Blusen, Röcke, Mäntel

Backfisch- und Mädchen-Konfektion

### Damenhüte

### Wäsche, Schuhwaren

Gegen Kasse

### bis 25% Ermässigung.

# KREDIT-FEDER

Zentrale Norden:

**Brunnenstrasse 1**  
Eingang Weinbergsweg 25  
Filiale Osten:

**Frankfurter Allee 89**  
Filiale Süden:

**Kottbuser Damm 103**  
Filiale Westen:

**Scharrenstrasse 5**

Gratis  
U-T-Billette

Allgemein-Vertriebes  
Trotzige Cigarettenfabrik.

**GARBÁTY**  
CIGARETTEN  
Qualität

Manoli-Zigaretten  
**Dandy 3 Pf**  
Jetzt auch mit und  
ohne Mundstück

**FREDY HARRY WALDEN**  
Cigaretten  
Überall erhältlich

**Ben Schira**  
Cigaretten.

**MAL-KAH**  
Berlin N. 20 Pankestr. 65.

**Muratti-**  
Cigaretten

**Syrowika**  
Cigaretten  
Raucher

**KADDA-Cigaretten**  
Rauchherbst  
Eigentlich

Allgemein-Vertriebes  
Grunow's Kaffee-Verd. Ursatzstr. 73  
Lindenstr. 100  
C. Nisch  
C. Nisch & Co. Leipzig, Br. Frankf. 4, 143.

**SUROL**  
-ESSIG Überall z. haben

**Arbeiter-Berufskleidung**  
Keller, Otto, Gerichtstraße 86.  
Partiwareng., Tegel, Strasse 49  
F. Zillert, Waldemarstr. 64a.

**Auto-Fahrchule**  
Auto-Technikum Berlin, Wuster-  
hausenstr. 16. Besatz mäßig.

**Bade-Anfalten**  
Admiralsgarten-Bad  
Alexanderstr. 3, Badendörferstr. 3  
Lorenzstr. 22, Pankestr. 4, Lötowstr. 24  
Arkun-Bad, Anklamer-Str. 34  
Bad Alt-Moabit 104  
Lief. aller  
Frankf.-Kass.

**Bad**  
Landsberger Str. 107  
Görlowstr. 41, Lief.  
sämmtlich. Krankenkl.

**Bad Borse**  
Diercksstr. 50.  
Neukölln  
Annenbrunnstr. 25.  
Koppenstr. 93  
skulptur. Bäder.  
Kaiser-Friedrich-Bad, Charl. 18  
Kur-Bad Treptow, Bouchestr. 15  
Liedtstr. 109, Salsgalla  
Liedtstr. 4, Lief. a. Kass.  
National-Bad, Brunnenstr. 9.  
Naturheilbad, Stephanstr. 40  
Bad Ostend  
Dönhag.-Str. 17  
Lief. all. Kasern.

**Original Lohmann-Bad**  
Wallstr. 70-71, Münsel  
Smil. Bäder, auch f. Krankk.

**Passage-Bad**  
Reform-Bad, Winder Str. 68  
Reform-Bad Wellensee, Ledertstr. 104  
**Schiller-Bad, Müllerstr. 153a.**

**Silesia-Bad**  
Schlesische Str. 21.

**Bäcker- u. Konditoreien**  
C. Adamek, Nkln., Jonasstr. 23  
A. Albat, Marktstr. 12/13, Reichenberger  
Albrecht, E., Fruchtstr. 23  
Landbrothbäcker, Herm. Albrecht  
P. Andersch, Zionskirchstr. 17  
R. Anderson, Thüringerstr. 22  
Assmus, Wilm., Teckmaderstr. 11  
E. Aust, Drontheimer Str. 40  
Willy Bagge, Waisenstr. 55a  
Willy Bär, Strasse 45  
Paul Berger, Mirbachstr. 29  
Paul Beyrer, Frankekystr. 45  
Josef Brokka, Kirchhofstr. 44/47  
Otto Billepp, Kasernen-Allee 21 & 22  
R. Block, Sauerstr. 12  
Paul Bock, Pankow, Görschestr. 11  
E. Böhm, Oderbergerstr. 48  
W. Böhme, Oderbergerstr. 39  
Alf. Bräcker, Komitenerstr. 40  
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a  
Waldfarm Brase, Dresdenstr. 3  
Broffabrik Heinersdorfer Mühle  
Hermann Bull, Grünauerstr. 13  
Hermann Bull, Brüselstr. 45  
M. Burchard, Waidenauerstr. 76  
Gust. Büchmann, Gubenstr. 26  
G. Bächner, Nordhausenerstr. 20  
Alb. Dachwig, N. Grusenstr. 37  
Davids Landbrot, Reichenbergerstr. 33  
Tillmann, 4, Wilmstr., E. Klischee

**Bäcker- u. Konditoreien**  
C. Adamek, Nkln., Jonasstr. 23  
A. Albat, Marktstr. 12/13, Reichenberger  
Albrecht, E., Fruchtstr. 23  
Landbrothbäcker, Herm. Albrecht  
P. Andersch, Zionskirchstr. 17  
R. Anderson, Thüringerstr. 22  
Assmus, Wilm., Teckmaderstr. 11  
E. Aust, Drontheimer Str. 40  
Willy Bagge, Waisenstr. 55a  
Willy Bär, Strasse 45  
Paul Berger, Mirbachstr. 29  
Paul Beyrer, Frankekystr. 45  
Josef Brokka, Kirchhofstr. 44/47  
Otto Billepp, Kasernen-Allee 21 & 22  
R. Block, Sauerstr. 12  
Paul Bock, Pankow, Görschestr. 11  
E. Böhm, Oderbergerstr. 48  
W. Böhme, Oderbergerstr. 39  
Alf. Bräcker, Komitenerstr. 40  
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a  
Waldfarm Brase, Dresdenstr. 3  
Broffabrik Heinersdorfer Mühle  
Hermann Bull, Grünauerstr. 13  
Hermann Bull, Brüselstr. 45  
M. Burchard, Waidenauerstr. 76  
Gust. Büchmann, Gubenstr. 26  
G. Bächner, Nordhausenerstr. 20  
Alb. Dachwig, N. Grusenstr. 37  
Davids Landbrot, Reichenbergerstr. 33  
Tillmann, 4, Wilmstr., E. Klischee

**Bäcker- u. Konditoreien**  
C. Adamek, Nkln., Jonasstr. 23  
A. Albat, Marktstr. 12/13, Reichenberger  
Albrecht, E., Fruchtstr. 23  
Landbrothbäcker, Herm. Albrecht  
P. Andersch, Zionskirchstr. 17  
R. Anderson, Thüringerstr. 22  
Assmus, Wilm., Teckmaderstr. 11  
E. Aust, Drontheimer Str. 40  
Willy Bagge, Waisenstr. 55a  
Willy Bär, Strasse 45  
Paul Berger, Mirbachstr. 29  
Paul Beyrer, Frankekystr. 45  
Josef Brokka, Kirchhofstr. 44/47  
Otto Billepp, Kasernen-Allee 21 & 22  
R. Block, Sauerstr. 12  
Paul Bock, Pankow, Görschestr. 11  
E. Böhm, Oderbergerstr. 48  
W. Böhme, Oderbergerstr. 39  
Alf. Bräcker, Komitenerstr. 40  
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a  
Waldfarm Brase, Dresdenstr. 3  
Broffabrik Heinersdorfer Mühle  
Hermann Bull, Grünauerstr. 13  
Hermann Bull, Brüselstr. 45  
M. Burchard, Waidenauerstr. 76  
Gust. Büchmann, Gubenstr. 26  
G. Bächner, Nordhausenerstr. 20  
Alb. Dachwig, N. Grusenstr. 37  
Davids Landbrot, Reichenbergerstr. 33  
Tillmann, 4, Wilmstr., E. Klischee

**Bäcker- u. Konditoreien**  
C. Adamek, Nkln., Jonasstr. 23  
A. Albat, Marktstr. 12/13, Reichenberger  
Albrecht, E., Fruchtstr. 23  
Landbrothbäcker, Herm. Albrecht  
P. Andersch, Zionskirchstr. 17  
R. Anderson, Thüringerstr. 22  
Assmus, Wilm., Teckmaderstr. 11  
E. Aust, Drontheimer Str. 40  
Willy Bagge, Waisenstr. 55a  
Willy Bär, Strasse 45  
Paul Berger, Mirbachstr. 29  
Paul Beyrer, Frankekystr. 45  
Josef Brokka, Kirchhofstr. 44/47  
Otto Billepp, Kasernen-Allee 21 & 22  
R. Block, Sauerstr. 12  
Paul Bock, Pankow, Görschestr. 11  
E. Böhm, Oderbergerstr. 48  
W. Böhme, Oderbergerstr. 39  
Alf. Bräcker, Komitenerstr. 40  
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a  
Waldfarm Brase, Dresdenstr. 3  
Broffabrik Heinersdorfer Mühle  
Hermann Bull, Grünauerstr. 13  
Hermann Bull, Brüselstr. 45  
M. Burchard, Waidenauerstr. 76  
Gust. Büchmann, Gubenstr. 26  
G. Bächner, Nordhausenerstr. 20  
Alb. Dachwig, N. Grusenstr. 37  
Davids Landbrot, Reichenbergerstr. 33  
Tillmann, 4, Wilmstr., E. Klischee

**Bäcker- u. Konditoreien**  
C. Adamek, Nkln., Jonasstr. 23  
A. Albat, Marktstr. 12/13, Reichenberger  
Albrecht, E., Fruchtstr. 23  
Landbrothbäcker, Herm. Albrecht  
P. Andersch, Zionskirchstr. 17  
R. Anderson, Thüringerstr. 22  
Assmus, Wilm., Teckmaderstr. 11  
E. Aust, Drontheimer Str. 40  
Willy Bagge, Waisenstr. 55a  
Willy Bär, Strasse 45  
Paul Berger, Mirbachstr. 29  
Paul Beyrer, Frankekystr. 45  
Josef Brokka, Kirchhofstr. 44/47  
Otto Billepp, Kasernen-Allee 21 & 22  
R. Block, Sauerstr. 12  
Paul Bock, Pankow, Görschestr. 11  
E. Böhm, Oderbergerstr. 48  
W. Böhme, Oderbergerstr. 39  
Alf. Bräcker, Komitenerstr. 40  
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a  
Waldfarm Brase, Dresdenstr. 3  
Broffabrik Heinersdorfer Mühle  
Hermann Bull, Grünauerstr. 13  
Hermann Bull, Brüselstr. 45  
M. Burchard, Waidenauerstr. 76  
Gust. Büchmann, Gubenstr. 26  
G. Bächner, Nordhausenerstr. 20  
Alb. Dachwig, N. Grusenstr. 37  
Davids Landbrot, Reichenbergerstr. 33  
Tillmann, 4, Wilmstr., E. Klischee

**Bäcker- u. Konditoreien**  
C. Adamek, Nkln., Jonasstr. 23  
A. Albat, Marktstr. 12/13, Reichenberger  
Albrecht, E., Fruchtstr. 23  
Landbrothbäcker, Herm. Albrecht  
P. Andersch, Zionskirchstr. 17  
R. Anderson, Thüringerstr. 22  
Assmus, Wilm., Teckmaderstr. 11  
E. Aust, Drontheimer Str. 40  
Willy Bagge, Waisenstr. 55a  
Willy Bär, Strasse 45  
Paul Berger, Mirbachstr. 29  
Paul Beyrer, Frankekystr. 45  
Josef Brokka, Kirchhofstr. 44/47  
Otto Billepp, Kasernen-Allee 21 & 22  
R. Block, Sauerstr. 12  
Paul Bock, Pankow, Görschestr. 11  
E. Böhm, Oderbergerstr. 48  
W. Böhme, Oderbergerstr. 39  
Alf. Bräcker, Komitenerstr. 40  
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a  
Waldfarm Brase, Dresdenstr. 3  
Broffabrik Heinersdorfer Mühle  
Hermann Bull, Grünauerstr. 13  
Hermann Bull, Brüselstr. 45  
M. Burchard, Waidenauerstr. 76  
Gust. Büchmann, Gubenstr. 26  
G. Bächner, Nordhausenerstr. 20  
Alb. Dachwig, N. Grusenstr. 37  
Davids Landbrot, Reichenbergerstr. 33  
Tillmann, 4, Wilmstr., E. Klischee

**Bäcker- u. Konditoreien**  
C. Adamek, Nkln., Jonasstr. 23  
A. Albat, Marktstr. 12/13, Reichenberger  
Albrecht, E., Fruchtstr. 23  
Landbrothbäcker, Herm. Albrecht  
P. Andersch, Zionskirchstr. 17  
R. Anderson, Thüringerstr. 22  
Assmus, Wilm., Teckmaderstr. 11  
E. Aust, Drontheimer Str. 40  
Willy Bagge, Waisenstr. 55a  
Willy Bär, Strasse 45  
Paul Berger, Mirbachstr. 29  
Paul Beyrer, Frankekystr. 45  
Josef Brokka, Kirchhofstr. 44/47  
Otto Billepp, Kasernen-Allee 21 & 22  
R. Block, Sauerstr. 12  
Paul Bock, Pankow, Görschestr. 11  
E. Böhm, Oderbergerstr. 48  
W. Böhme, Oderbergerstr. 39  
Alf. Bräcker, Komitenerstr. 40  
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a  
Waldfarm Brase, Dresdenstr. 3  
Broffabrik Heinersdorfer Mühle  
Hermann Bull, Grünauerstr. 13  
Hermann Bull, Brüselstr. 45  
M. Burchard, Waidenauerstr. 76  
Gust. Büchmann, Gubenstr. 26  
G. Bächner, Nordhausenerstr. 20  
Alb. Dachwig, N. Grusenstr. 37  
Davids Landbrot, Reichenbergerstr. 33  
Tillmann, 4, Wilmstr., E. Klischee

**Bäcker- u. Konditoreien**  
C. Adamek, Nkln., Jonasstr. 23  
A. Albat, Marktstr. 12/13, Reichenberger  
Albrecht, E., Fruchtstr. 23  
Landbrothbäcker, Herm. Albrecht  
P. Andersch, Zionskirchstr. 17  
R. Anderson, Thüringerstr. 22  
Assmus, Wilm., Teckmaderstr. 11  
E. Aust, Drontheimer Str. 40  
Willy Bagge, Waisenstr. 55a  
Willy Bär, Strasse 45  
Paul Berger, Mirbachstr. 29  
Paul Beyrer, Frankekystr. 45  
Josef Brokka, Kirchhofstr. 44/47  
Otto Billepp, Kasernen-Allee 21 & 22  
R. Block, Sauerstr. 12  
Paul Bock, Pankow, Görschestr. 11  
E. Böhm, Oderbergerstr. 48  
W. Böhme, Oderbergerstr. 39  
Alf. Bräcker, Komitenerstr. 40  
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a  
Waldfarm Brase, Dresdenstr. 3  
Broffabrik Heinersdorfer Mühle  
Hermann Bull, Grünauerstr. 13  
Hermann Bull, Brüselstr. 45  
M. Burchard, Waidenauerstr. 76  
Gust. Büchmann, Gubenstr. 26  
G. Bächner, Nordhausenerstr. 20  
Alb. Dachwig, N. Grusenstr. 37  
Davids Landbrot, Reichenbergerstr. 33  
Tillmann, 4, Wilmstr., E. Klischee

**Bäcker- u. Konditoreien**  
C. Adamek, Nkln., Jonasstr. 23  
A. Albat, Marktstr. 12/13, Reichenberger  
Albrecht, E., Fruchtstr. 23  
Landbrothbäcker, Herm. Albrecht  
P. Andersch, Zionskirchstr. 17  
R. Anderson, Thüringerstr. 22  
Assmus, Wilm., Teckmaderstr. 11  
E. Aust, Drontheimer Str. 40  
Willy Bagge, Waisenstr. 55a  
Willy Bär, Strasse 45  
Paul Berger, Mirbachstr. 29  
Paul Beyrer, Frankekystr. 45  
Josef Brokka, Kirchhofstr. 44/47  
Otto Billepp, Kasernen-Allee 21 & 22  
R. Block, Sauerstr. 12  
Paul Bock, Pankow, Görschestr. 11  
E. Böhm, Oderbergerstr. 48  
W. Böhme, Oderbergerstr. 39  
Alf. Bräcker, Komitenerstr. 40  
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a  
Waldfarm Brase, Dresdenstr. 3  
Broffabrik Heinersdorfer Mühle  
Hermann Bull, Grünauerstr. 13  
Hermann Bull, Brüselstr. 45  
M. Burchard, Waidenauerstr. 76  
Gust. Büchmann, Gubenstr. 26  
G. Bächner, Nordhausenerstr. 20  
Alb. Dachwig, N. Grusenstr. 37  
Davids Landbrot, Reichenbergerstr. 33  
Tillmann, 4, Wilmstr., E. Klischee

**Bäcker- u. Konditoreien**  
C. Adamek, Nkln., Jonasstr. 23  
A. Albat, Marktstr. 12/13, Reichenberger  
Albrecht, E., Fruchtstr. 23  
Landbrothbäcker, Herm. Albrecht  
P. Andersch, Zionskirchstr. 17  
R. Anderson, Thüringerstr. 22  
Assmus, Wilm., Teckmaderstr. 11  
E. Aust, Drontheimer Str. 40  
Willy Bagge, Waisenstr. 55a  
Willy Bär, Strasse 45  
Paul Berger, Mirbachstr. 29  
Paul Beyrer, Frankekystr. 45  
Josef Brokka, Kirchhofstr. 44/47  
Otto Billepp, Kasernen-Allee 21 & 22  
R. Block, Sauerstr. 12  
Paul Bock, Pankow, Görschestr. 11  
E. Böhm, Oderbergerstr. 48  
W. Böhme, Oderbergerstr. 39  
Alf. Bräcker, Komitenerstr. 40  
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a  
Waldfarm Brase, Dresdenstr. 3  
Broffabrik Heinersdorfer Mühle  
Hermann Bull, Grünauerstr. 13  
Hermann Bull, Brüselstr. 45  
M. Burchard, Waidenauerstr. 76  
Gust. Büchmann, Gubenstr. 26  
G. Bächner, Nordhausenerstr. 20  
Alb. Dachwig, N. Grusenstr. 37  
Davids Landbrot, Reichenbergerstr. 33  
Tillmann, 4, Wilmstr., E. Klischee

Erscheint 2 mal  
wöchentlich.

**Phänomen**  
MONA LISA  
Die neue 33  
Qualitäts-  
Cigarette

**Bäcker- u. Konditoreien**  
W. H. Gott, Emdenerstr. 30.  
O. Götz, Wiestr. 31, br. a. grass Km.  
E. Großbrunn, Wittstockstr. 7.  
Hugo Groth, Simon Dachs-Str. 1.  
Groß-Kbode, Reichenbergerstr. 25  
Groß-Möckel, Berlinstr. 11 West.  
A. Großkinsky, Boxhagenstr. 27.  
Paul Grisar, Pankow, Florastr. 19  
Paul Gärtner, Treckowstr. 44  
A. Günther, Gr. Frankfurterstr. 79

**Oskar Hanke's Brotbäckerei**  
75 Geschäfte  
in allen Stadtteilen Berlins  
sowie in Potsdam u. Treptow  
Gründet 1892.

**F. Hanke, Veit, W. Knie, Kariensbergstr. 7**  
R. Händl, N. Grusenstr. 4  
Karl Heidenreich, Müchenerstr. 44  
Karl Hennig, Steinmetzstr. 74  
Gust. Heintzel, Havelbergstr. 26.  
G. Henning, Schmidtstr. 8.  
Otto Hoff, Chorinerstr. 13.  
Joh. Hildebrandt, Rykestr. 32  
P. Hungen, Herbig, Lichtenbergstr. 1.  
L. Ihle, Gerlichstr. 32.

**Bernh. Jahn, Residenzstr. 75, T. 483**  
Reinhold, Wilmstr. 42  
Paul Jarrach, Sprengelstr. 33  
Jendreyko, Immanuelkirchstr. 10  
Fr. Jendreyko, Ohmstr. 9.  
O. Jenke, Libauerstr. 1  
Fr. Jung, Eibstr. 6 Neukölln  
B. Kantsch, Liechtenbergstr. 21  
A. Kell, Rostockerstr. 21.  
F. Klosewetter, Schivelbeinerstr. 18.  
R. Klink, Weidens., Ledertstr. 120.  
J. Kluck, Residenzstr. 155, Reichenberg

**Bäckerei, Konditorei Paul Koenig**  
Residenzstr. 42.  
R. Klein, Schulstr. 102  
Max Kluffert, Landeb. Allee 29  
Friedrich Knop, Bodestr. 31  
Paul Köbner, Wilm. Stolzstr. 35  
A. Kosmehl, Nkln, Donaustr. 25-23  
Albert Kramarek, Adalbertstr. 44.  
A. Koschke, Sparrstr. 179  
Alb. Kratyk, Cadinerstr. 18.  
F. Kroschka, Kycokstr. 7.  
Landr.-Bäck. Kröcher, Sauerstr. 35  
C. Kunze, Liebigstr. 1.  
Karl Kunter, Langestr. 40.  
Max Kühn, Triftstr. 9  
Felix Kynast, Dänenstr. 5.  
Ew. Liesegang, Danzigerstr. 42  
Adolf Lände, Lichtg., Wilmstr. 73

**Bäckerei, Konditorei Paul Koenig**  
Residenzstr. 42.  
R. Klein, Schulstr. 102  
Max Kluffert, Landeb. Allee 29  
Friedrich Knop, Bodestr. 31  
Paul Köbner, Wilm. Stolzstr. 35  
A. Kosmehl, Nkln, Donaustr. 25-23  
Albert Kramarek, Adalbertstr. 44.  
A. Koschke, Sparrstr. 179  
Alb. Kratyk, Cadinerstr. 18.  
F. Kroschka, Kycokstr. 7.  
Landr.-Bäck. Kröcher, Sauerstr. 35  
C. Kunze, Liebigstr. 1.  
Karl Kunter, Langestr. 40.  
Max Kühn, Triftstr. 9  
Felix Kynast, Dänenstr. 5.  
Ew. Liesegang, Danzigerstr. 42  
Adolf Lände, Lichtg., Wilmstr. 73

**Bäcker Künscher**  
Kantien-Allee 87  
Carl Lindenberg, Lybenerstr. 4.  
H. Loh, Reichenbergstr. 12  
Fritz Ludwig, Hohenlohestr. 3.  
W. Luxemann, O. Gabrielstr. 2  
W. Megow, Lichtg., Gärtnerstr. 5  
H. Markgraf, Charl., Goethestr. 49  
R. Mascher, Liebigstr., Güterstr. 27  
G. Meier, Grüner Weg 27.  
Alfred Meiner, Fuldstr. 55  
G. Mosler, Weidenburgerstr. 42  
E. Mühle, Mantuffelstr. 87  
Mühlsteff, Spandau, Bismarckstr. 1  
P. Müller, Wilhelm-Allee 42.  
G. Münch, Reichenbergstr. 111  
Carl Neudorfer, Stöckerstr. 76  
Wilhelm Niklas, Malplaquetstr. 6  
Gustav Nielsen, Lindowstr. 9  
P. Nitschke, Cadinerstr. 4.  
Robert Ostschke, Sprengelstr. 45.  
J. J. Papp, Anst. 104, Reichenbergstr. 94.  
Herrn Prager, Gr. Frankfurterstr. 25  
Fr. Pöhl, Osnabrückerstr. 26.  
Richard Ransch, Weichselstr. 64  
Fritz Richter Jr., Liebenwalderstr. 13  
Rob. Riedel, Reichenbergstr. 35  
G. Riess, Bismarckstr. 57  
C. Reisch, Sauerstr. 16, Nkln.  
Osw. Rausch, Gürtelstr. 27  
Gust. Reutenberg, Metzgerstr. 11  
Kurt Reuter, Franzstr. 13  
P. Reinhold, Treptow, Kiehlstr. 17  
F. Riechen, Samariterstr. 11.  
R. Riemer, Panzerstr. 4.  
Willy Rohde, Zellestr. 11  
Alfred Rost, Reichenbergstr. 135  
F. Sandmann, Treptow, Grätzstr. 25.  
H. Saunus, Allensteiner Str. 26.  
Wilhelm Sauter, Gadesauerstr. 14.  
W. Schaaf, Reichenbergstr. 14.  
Emil Schaller, Schreinerstr. 52.  
F. Schmalzer, Anklamerstr. 15.  
P. Schmeier, Reichenbergstr. 54  
Carl Schleich, O. Wählsch. 3.  
W. Schmalzer, Liebenbergstr. 19  
Paul Schneider, Komitenerstr. 9.  
Willy Schneider, Reichenbergstr. 13  
Rob. Schöpel, Nkln., Weidens., 29  
Gustav Schöpfung, Döhringstr. 31  
Paul Schön, Kopenhagenerstr. 74.  
Eberhard Schönwiese, Ledertstr. 5  
E. Schön, Knipoderstr. 8  
W. Schönwiese, Komitenerstr. 54  
Carl Schulz, Neukölln, Theaterstr. 26  
P. Schulz, Liebigstr., Grünbergstr. 18  
Paul Schunert, Stolpischerstr. 36.  
Adolf Schulz, Florastr. 78 Pank.  
F. Schulz, Dunkerstr. 78.  
Paul Schürer, Thilsterstr. 12.  
Reinh. Schurwald, Kasernen-Allee 44  
Karl Schwarz, Theaterstr. 37  
F. Schwarzbach, Weichselstr. 21  
Bruno Schwarz, Andreasplatz 1.  
E. Schwelger, Kiehlstr. 67  
Schwartz, Hermannstr. 23  
E. Seidler, Lenaustr. 7.  
Ernst Seifert, Reiterstr. 75  
Robert Sell, Mainerstr. 15  
Reinhold Spertling, Urbanstr. 61  
E. Spießhütter, Charlottenb., Kantstr. 53  
Otto Stieler, Warschauerstr. 20  
P. Sygusch, Schönb. Allee 160  
Georg Tanch, Christburgerstr. 20  
Carl Tänges, Wildenowstr. 17  
Carl Tennert, Schlossischestr. 19.  
E. Tessmer, Reichenbergstr. 125, Reichenberg  
Johann Treffer, Allee 47  
F. Tschetzsch, Wrangelstr. 45  
A. Unkrodt, Nkln., Waisenstr. 27  
Ludwig Walter, Hotelandsstr. 37.

**Bäcker Künscher**  
Kantien-Allee 87  
Carl Lindenberg, Lybenerstr. 4.  
H. Loh, Reichenbergstr. 12  
Fritz Ludwig, Hohenlohestr. 3.  
W. Luxemann, O. Gabrielstr. 2  
W. Megow, Lichtg., Gärtnerstr. 5  
H. Markgraf, Charl., Goethestr. 49  
R. Mascher, Liebigstr., Güterstr. 27  
G. Meier, Grüner Weg 27.  
Alfred Meiner, Fuldstr. 55  
G. Mosler, Weidenburgerstr. 42  
E. Mühle, Mantuffelstr. 87  
Mühlsteff, Spandau, Bismarckstr. 1  
P. Müller, Wilhelm-Allee 42.  
G. Münch, Reichenbergstr. 111  
Carl Neudorfer, Stöckerstr. 76  
Wilhelm Niklas, Malplaquetstr. 6  
Gustav Nielsen, Lindowstr. 9  
P. Nitschke, Cadinerstr. 4.  
Robert Ostschke, Sprengelstr. 45.  
J. J. Papp, Anst. 104, Reichenbergstr. 94.  
Herrn Prager, Gr. Frankfurterstr. 25  
Fr. Pöhl, Osnabrückerstr. 26.  
Richard Ransch, Weichselstr. 64  
Fritz Richter Jr., Liebenwalderstr. 13  
Rob. Riedel, Reichenbergstr. 35  
G. Riess, Bismarckstr. 57  
C. Reisch, Sauerstr. 16, Nkln.  
Osw. Rausch, Gürtelstr. 27  
Gust. Reutenberg, Metzgerstr. 11  
Kurt Reuter, Franzstr. 13  
P. Reinhold, Treptow, Kiehlstr. 17  
F. Riechen, Samariterstr. 11.  
R. Riemer, Panzerstr. 4.  
Willy Rohde, Zellestr. 11  
Alfred Rost, Reichenbergstr. 135  
F. Sandmann, Treptow, Grätzstr. 25.  
H. Saunus, Allensteiner Str. 26.  
Wilhelm Sauter, Gadesauerstr. 14.  
W. Schaaf, Reichenbergstr. 14.  
Emil Schaller, Schreinerstr. 52.  
F. Schmalzer, Anklamerstr. 15.  
P. Schmeier, Reichenbergstr. 54  
Carl Schleich, O. Wählsch. 3.  
W. Schmalzer, Liebenbergstr. 19  
Paul Schneider, Komitenerstr. 9.  
Willy Schneider, Reichenbergstr. 13  
Rob. Schöpel, Nkln., Weidens., 29  
Gustav Schöpfung, Döhringstr. 31  
Paul Schön, Kopenhagenerstr. 74.  
Eberhard Schönwiese, Ledertstr. 5  
E. Schön, Knipoderstr. 8  
W. Schönwiese, Komitenerstr. 54  
Carl Schulz, Neukölln, Theaterstr. 26  
P. Schulz, Liebigstr., Grünbergstr. 18  
Paul Schunert, Stolpischerstr. 36.  
Adolf Schulz, Florastr. 78 Pank.  
F. Schulz, Dunkerstr. 78.  
Paul Schürer, Thilsterstr. 12.  
Reinh. Schurwald, Kasernen-Allee 44  
Karl Schwarz, Theaterstr. 37  
F. Schwarzbach, Weichselstr. 21  
Bruno Schwarz, Andreasplatz 1.  
E. Schwelger, Kiehlstr. 67  
Schwartz, Hermannstr. 23  
E. Seidler, Lenaustr. 7.  
Ernst Seifert, Reiterstr. 75  
Robert Sell, Mainerstr. 15  
Reinhold Spertling, Urbanstr. 61  
E. Spießhütter, Charlottenb., Kantstr. 53  
Otto Stieler, Warschauerstr. 20  
P. Sygusch, Schönb. Allee 160  
Georg Tanch, Christburgerstr. 20  
Carl Tänges, Wildenowstr. 17  
Carl Tennert, Schlossischestr. 19.  
E. Tessmer, Reichenbergstr. 125, Reichenberg  
Johann Treffer, Allee 47  
F. Tschetzsch, Wrangelstr. 45  
A. Unkrodt, Nkln., Waisenstr. 27  
Ludwig Walter, Hotelandsstr. 37.

**Bäcker Künscher**  
Kantien-Allee 87  
Carl Lindenberg, Lybenerstr. 4.  
H. Loh, Reichenbergstr. 12  
Fritz Ludwig, Hohenlohestr. 3.  
W. Luxemann, O. Gabrielstr. 2  
W. Megow, Lichtg., Gärtnerstr. 5  
H. Markgraf, Charl., Goethestr. 49  
R. Mascher, Liebigstr., Güterstr. 27  
G. Meier, Grüner Weg 27.  
Alfred Meiner, Fuldstr. 55  
G. Mosler, Weidenburgerstr. 42  
E. Mühle, Mantuffelstr. 87  
Mühlsteff, Spandau, Bismarckstr. 1  
P. Müller, Wilhelm-Allee 42.  
G. Münch, Reichenbergstr. 111  
Carl Neudorfer, Stöckerstr. 76  
Wilhelm Niklas, Malplaquetstr. 6  
Gustav Nielsen, Lindowstr. 9  
P. Nitschke, Cadinerstr. 4.  
Robert Ostschke, Sprengelstr. 45.  
J. J. Papp, Anst. 104, Reichenbergstr. 94.  
Herrn Prager, Gr. Frankfurterstr. 25  
Fr. Pöhl, Osnabrückerstr. 26.  
Richard Ransch, Weichselstr. 64  
Fritz Richter Jr., Liebenwalderstr. 13  
Rob. Riedel, Reichenbergstr. 35  
G. Riess, Bismarckstr. 57  
C. Reisch, Sauerstr. 16, Nkln.  
Osw. Rausch, Gürtelstr. 27  
Gust. Reutenberg, Metzgerstr. 11  
Kurt Reuter, Franzstr. 13  
P. Reinhold, Treptow, Kiehlstr. 17  
F. Riechen, Samariterstr. 11.  
R. Riemer, Panzerstr. 4.  
Willy Rohde, Zellestr. 11  
Alfred Rost, Reichenbergstr. 135  
F. Sandmann, Treptow, Grätzstr. 25.  
H. Saunus, Allensteiner Str. 26.  
Wilhelm Sauter, Gadesauerstr. 14.  
W. Schaaf, Reichenbergstr. 14.  
Emil Schaller, Schreinerstr. 52.  
F. Schmalzer, Anklamerstr. 15.  
P. Schmeier, Reichenbergstr. 54  
Carl Schleich, O. Wählsch. 3.  
W. Schmalzer, Liebenbergstr. 19  
Paul Schneider, Komitenerstr. 9.  
Willy Schneider, Reichenbergstr. 13  
Rob. Schöpel, Nkln., Weidens., 29  
Gustav Schöpfung, Döhringstr. 31  
Paul Schön, Kopenhagenerstr. 74.  
Eberhard Schönwiese, Ledertstr. 5  
E. Schön, Knipoderstr. 8  
W. Schönwiese, Komitenerstr. 54  
Carl Schulz, Neukölln, Theaterstr. 26  
P. Schulz, Liebigstr., Grünbergstr. 18  
Paul Schunert, Stolpischerstr. 36.  
Adolf Schulz, Florastr. 78 Pank.  
F. Schulz, Dunkerstr. 78.  
Paul Schürer, Thilsterstr. 12.  
Reinh. Schurwald, Kasernen-Allee 44  
Karl Schwarz, Theaterstr. 37  
F. Schwarzbach, Weichselstr. 21  
Bruno Schwarz, Andreasplatz 1.  
E. Schwelger, Kiehlstr. 67  
Schwartz, Hermannstr. 23  
E. Seidler, Lenaustr. 7.  
Ernst Seifert, Reiterstr. 75  
Robert Sell, Mainerstr. 15  
Reinhold Spertling, Urbanstr. 61  
E. Spießhütter, Charlottenb., Kantstr. 53  
Otto Stieler, Warschauerstr. 20  
P. Sygusch, Schönb. Allee 160  
Georg Tanch, Christburgerstr. 20  
Carl Tänges, Wildenowstr. 17  
Carl Tennert, Schlossischestr. 19.  
E. Tessmer, Reichenbergstr. 125, Reichenberg  
Johann Treffer, Allee 47  
F. Tschetzsch, Wrangelstr. 45  
A. Unkrodt, Nkln., Waisenstr. 27  
Ludwig Walter, Hotelandsstr. 37.

**Bäcker Künscher**  
Kantien-Allee 87  
Carl Lindenberg, Lybenerstr. 4.  
H. Loh, Reichenbergstr. 12  
Fritz Ludwig, Hohenlohestr. 3.  
W. Luxemann, O. Gabrielstr. 2  
W. Megow, Lichtg., Gärtnerstr. 5  
H. Markgraf, Charl., Goethestr. 49  
R. Mascher, Liebigstr., Güterstr. 27  
G. Meier, Grüner Weg 27.  
Alfred Meiner, Fuldstr. 55  
G. Mosler, Weidenburgerstr. 42  
E. Mühle, Mantuffelstr. 87  
Mühlsteff, Spandau, Bismarckstr. 1  
P. Müller, Wilhelm-Allee 42.  
G. Münch, Reichenbergstr. 111  
Carl Neudorfer, Stöckerstr. 76  
Wilhelm Niklas, Malplaquetstr. 6  
Gustav Nielsen, Lindowstr. 9  
P. Nitschke, Cadinerstr. 4.  
Robert Ostschke, Sprengelstr. 45.  
J. J. Papp, Anst. 104, Reichenbergstr. 94.  
Herrn Prager, Gr. Frankfurterstr. 25  
Fr. Pöhl, Osnabrückerstr. 26.  
Richard Ransch, Weichselstr. 64  
Fritz Richter Jr., Liebenwalderstr. 13  
Rob. Riedel, Reichenberg

Chranthalen
Handels-Kurse
Molkereien
„Schweizerhof“
Möbelfabrik und-Versand
Rossien-Möbel
Gustav Richter
Clemens Steinke
Tiele Ncht.
Möbelmagazine
Görz
Friedrich Janitzkow
Möbel-Kamerling
Lange, Max
Ferd. Joachim Nachfolg.
C. Linkeholz
Möbel-Pich
H. Nolte
Wihl. Strohschier
Mestrichfabrik
Glagow & Schwabe
Yamborini Mestrich
Möbeltransport

Musikalien u. Instrumente
Nähmaschinen
Bellmann, E.
Obst, Gemüse
Kleine Markthalle
Optiker, Mechaniker
Dago, Paul
Partiewaren u. Rollläden
Patentanwälle
Pflandleihen
Schmidt, Fennstr. 3
Photographische Ateliers
R. Maatz
M. Albrecht
Hugo Schultz
Pianos
Cesare Donadoni & Pohl
R. Vierling
Redlichachtoreien
Schirma, Stöcke
P. Knappe

Räucherwaren, Fische
Schreibwaren
Schneidwaren
Schuhwaren, Schuhmach.
Singer Nähmaschinen
Seifen
Schneewittchen-Bleichseifenpulver
Tapeten, Wachstuche
Uhren und Goldwaren
Verpflichtungen
„Deutschland“ Berlin
„Iduna“ zu Halle a. S.
Warenhäuser
Carl Hoffmann
Wirtschaften, Etablierte
Weine, Liköre, Fruchtsäfte
E. Ballin & Co.

F. M. Höpner
Tugo Belling
P. Kirchner & Co.
Hagenbeck
Hackerpeter
Otto Hensel
W. E. Koloski
G. Lehmann
Die erste Selbstspiel. Doppelgelige Patzenhofer
Patzenhofer-Ausschank
Original-Schnitbier-Ausschank
Riebeck-Bier-Ausschank
Yoghurt-Präparate
Yoghurt-Milch-Kakao
Zahnärztler
Max Alm
P. Baroni
F. Bernart
F. Bielek
F. W. Briese
M. Dresler
D. Dübny
H. Frey
Goetze
Institut Friedr.
J. Junk
H. Lindeke
R. Menck
M. Moser
F. M. Müller
E. Sanger
Hermann Schultze
Emil Sami
Karl Sommer
Strauchmann
Weiss, Max
Witte, Max

A. Groll
Großdest. z. Sonne
Großdistillation zum Afrikaner
Hagenbeck
Hackerpeter
Otto Hensel
W. E. Koloski
G. Lehmann
Die erste Selbstspiel. Doppelgelige Patzenhofer
Patzenhofer-Ausschank
Original-Schnitbier-Ausschank
Riebeck-Bier-Ausschank
Yoghurt-Präparate
Yoghurt-Milch-Kakao
Zahnärztler
Max Alm
P. Baroni
F. Bernart
F. Bielek
F. W. Briese
M. Dresler
D. Dübny
H. Frey
Goetze
Institut Friedr.
J. Junk
H. Lindeke
R. Menck
M. Moser
F. M. Müller
E. Sanger
Hermann Schultze
Emil Sami
Karl Sommer
Strauchmann
Weiss, Max
Witte, Max

Britz
Aldershof
Bohndorf
Fredersdorf
Königs-Wutterhausen
Butterhandlung Monopol
Kaufhaus Emil Bergmann
Max Leib
Otto Schampe
R. Schütte
Schloß-Drogerie
W. Werdermann
R. Wilke
Iichterfelde
Mahlsdorf
Bud. Brunow
Mariendorf
A. Böckmann
Ferdinand Tittel
C. Mehlhose
E. Tietz
H. Wegner
Neukölln
E. Grob
H. Heiser
Kaufhaus Felix Wey
R. Kerstian

Krause, Kalk
Nieder-Schönhausen
Tegel
Spandau
Schöneberg
Siemensstadt
Siemensstadt-Drogerie
Straußberg
Tempelhof
Weidenhof
Weidenhof
Zossen
Butterhandlung Monopol
Warenhaus S. Cohen

Verkäufe.
Vorjährige elegante Herrenanzüge
Teppiche! (schlechte) in allen Größen
Gardinen! Steppdecken!
Schlappstühlewagen, hohelegante
Herrenanzüge, gutangetan
Wanatoanzüge und Sommer-
Herrenanzüge!
Reifenverkauf!
Möbel.
Chue Auszahlung den Vorwärt-
Möbel.
50 Küchen, moderne Ausföhrungen

Wanatoanzüge, Valetot, großes Lager
Teppiche! (schlechte) in allen Größen
Gardinen! Steppdecken!
Schlappstühlewagen, hohelegante
Herrenanzüge, gutangetan
Wanatoanzüge und Sommer-
Herrenanzüge!
Reifenverkauf!
Möbel.
Chue Auszahlung den Vorwärt-
Möbel.
50 Küchen, moderne Ausföhrungen

Möbel-Cohn, 1. Gehöft: Große
Wohnung
Möbel-Cohn, 2. Gehöft: Große
Wohnung
Möbel-Cohn, 3. Gehöft: Große
Wohnung
Möbel-Cohn, 4. Gehöft: Große
Wohnung

Konkurrenzlos billig kaufen
Freiaräder
Musikinstrumente.
Piano, Beschlein, wenig ge-
braucht, billig (auch Möbelverkauf)
Drummenstraße 88, Hofpartier.

Kaufgesuche.
Kupfer, Messing, Zinn, Zinn,
Blei, Stanniolpapier, Goldschalen,
Silberschalen, Platinabfälle, Cuedröber,
Kupferabfälle, „Metallmehl“ Cohn,
Drummenstraße 25.
Zahnabfälle, Goldschalen, Silber-
schalen, Platinabfälle, sämtliche
Edelmetalle, Schmelze, Chromat,
Kupferabfälle 20 a (gegenüber
Rammelsbergstraße).
Goldschmelze lauft höchstgütig
Kupferabfälle, alle Metalle, Wismut
Kupfer, nur Kopenickerstraße 157.
Fahrradverkauf, aus defekte,
Weberstraße 42.
Fahrradverkauf, Minnenstraße 27.
Mägen, Dreiermarken lauft (Brog-
mann, Spandauer Brücke 1b, Norden
10621.
Unterricht.
Unterricht in der englischen
Sprache für Anfänger und Fort-
geschrittene, einzeln oder im
Klasse, wird englischer Unterricht
auch werden Lieberungen ange-
fordert. G. Siewenty, Liebnecht
Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9
Barrtenhaus 111.
Violinunterricht, sehr lehrreich
durch bewährte Methode zur reinen
Tongabe und Vortragsweise bis zur
Meisterhaft. Ebenso vorzüglichen
Unterricht im Klavierspiel und in der
Komposition. Ver. Aktion von
1. Part an, Abend mit 25 Pfennig
bis 2 Part im Abonnement. Preisige,
talentvolle Unbemittelte werden er-
höhtlich berücksichtigt. Efferien an
Complexpedition des „Vorwärts“
unter G. 4.

Reifenverkauf!
Möbel.
Chue Auszahlung den Vorwärt-
Möbel.
50 Küchen, moderne Ausföhrungen

Gefunden u. verloren
Vermietungen.
Wohnungen.
Zimmer.
Schlafstellen.
Mietsgesuche.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Verschiedenes.
Stellenangebote.

Das Vereinsrecht in der Laubenkolonie.

Als die Laubenkolonisten anfangen, sich in Vereinen zusammenzuschließen, merken die Generalpächter sehr bald, daß ihnen da ein gefährlicher Gegner erwacht. Vor bisher der einzelne Kolonist dem Generalpächter auf Gnade und Ungnade überlassen gewesen, so konnte er fortan, wenn er die Gesamtheit hinter sich wußte, mit besserem Erfolg seine Rechte geltend machen. Der Verdruß, mit dem viele Generalpächter die Tätigkeit der Pflanzervereine beobachteten, steigerte sich zum Grimm und doch, als Laubenkolonisten durch ihre Organisation sogar selber als Pächter auftraten. Was sollte aus dem Generalpächter werden, wenn „seine“ Laubenkolonie ihn einfach als überflüssig beiseite schenkte und direkt vor dem Landbesitzer ihre Parzellen pachtete! Die Sorge um den fetten Profit, den die Generalpächter aus der Parzellenverpachtung und vor allem auch aus dem ihnen vorbehaltenen Kaminbetrieb hatten, ließ den Wunsch entstehen, die Pflanzervereine möglichst zu unterdrücken.

Zu den Gegnern der Pflanzervereine gehört die Generalpächter Heinrich Lehmann, der in Treptow (Baumschulenweg) nahe dem Teltowkanal auf Land der Stadt Berlin die Laubenkolonie „Waldegrund“ betreibt. Einen Pflanzerverein kam er in seiner Kolonie nicht brauchen und von der Gründung eines solchen will er nichts hören, aber gerade hier sind die Zustände so, daß unter den Kolonisten der Wunsch eines Zusammenschlusses und gemeinsamen Vorgehens rege werden und sich durchsetzen mußte. Die Reueerzürungen der Parzellenpächter haben dazu geführt, daß am Montag in einer Laubenkolonistenversammlung die Zustände der Laubenkolonie „Waldegrund“ näher beleuchtet und die Frage der Gründung eines Vereins für diese Kolonie erörtert wurde. Aus dem eingehenden Referat des Herrn Steinweg, Vorsitzenden vom Verband der Laubenkolonisten Berlins und Umgebung, sowie aus der sich daran anschließenden sehr ausgedehnten Diskussion, in der sich eine starke Erregung kundgab, erhob man manches Merkwürdige über den Kolonienbetrieb dieses Generalpächters.

Herr Lehmann sieht, wie schon gesagt, auf Land Berlins, aber das ist ihm kein Hindernis, da draußen eine Gastwirtschaft zu haben. Berlin verpachtet Lauben und draußen jetzt unter der Bedingung, daß auf ihm der Generalpächter keine Kantine betreiben darf, so daß nicht das Wohl und Wehe des Kolonisten von dem Mehr oder Weniger seines Alkoholkonsums abzuhängen braucht. Herr Lehmann aber hat neben seiner Laubenkolonie noch ein besonderes, gleichfalls der Stadt Berlin gehörendes Landstück gepachtet und darauf ein Gartenlokal eingerichtet, in dem er nicht nur Spaziergänger und Ausflügler, sondern auch eine Kolonie als Gäste willkommen heißt. So erfüllt er die Bedingung, daß ein mit Berlin sein Geschäft machender Generalpächter auf dem Laubland keine Kantine haben darf, und weiß doch gleichzeitig dafür zu sorgen, daß ihm seiner Kolonisten zu verdursten braucht. Herr Lehmann, der trotz der Bestimmungen und Bedingungen des Magistrats von Berlin zwei Seelen, eine Generalpächters- und eine Gastwirtschaftsseele, in seiner Brust trägt, scheint deshalb in Berliner Rathhaus, wenn man nach seinen Reden urteilen darf, nicht weniger gut angeschrieben zu sein. Er soll einmal geradezu erklärt haben: „Ja habe den Magistrat in der Tasche!“

Im Vollgefühl seiner Machtstellung glaubt er, auf dem Laubland der Stadt Berlin als Generalpächter machen zu können, was er will. Er hat zu einer Zeit, wo nicht ihm selber die Pacht gesteigert worden war, die Kolonisten durch Nachsteigerung überrascht, hat Kündigungen versucht, ohne einen Grund anzugeben, hat erklärt, daß er keinen Pflanzerverein dulde, und hat die Zurücknahme einer Kündigung von der Bedingung, keinem solchen Verein anzugehören, abhängig gemacht. In Verhandlungen zwischen Magistrat und Laubenkolonisten hat Oberbürgermeister Wermuth einmal gesagt, es sei unmöglich, daß auf Berliner Laubland ein Generalpächter grundlos einem Kolonisten kündigt, der sich anständig betragt. Nun, was wird der Magistrat, den der Herr Lehmann „in der Tasche“ zu haben glaubt, zu der Vereinsbekämpfung dieses Generalpächters sagen? Dem Vorstand der Laubenkolonisten, der von Berlin pachtete, hat der Magistrat die Bedingung gestellt, daß kein Laubenkolonist zum Eintritt in einen Verein genötigt werden darf. Da wäre es doch nur konsequent, wenn nun der Generalpächter Lehmann belehrt würde, daß der Magistrat auch keine Laubenkolonisten an dem Eintritt in einen Verein hindern zu sehen wünscht. Oder wie denkt man hierüber im Rathhaus? Schon vor zwei Jahren sind, so wurde in der Versammlung gesagt, Lehmannsche Laubenkolonisten genötigt gewesen, den Staub der Kolonie „Waldegrund“ von ihren Füßen zu schütteln, weil der Herr Generalpächter kein Vereinsmitglied ist. Daß auch im Rathhaus die Pflanzervereine nicht sonderlich beliebt sind, diese Ansicht wurde mehrfach geäußert. Den Wünschen der Vereine komme Berlin noch zu wenig entgegen. Generalpächter könne man gegeneinander ausspielen, so daß durch ihre Ueberbietungen, von denen der Referent sehr drastische Proben anführte, die Pacht maßlos in die Höhe getrieben werde. Ließe der Magistrat sich nicht mehr mit Generalpächtern, sondern nur noch mit Vereinen ein, dann wären solche Ueberbietungen und Pachtsteigerungen unmöglich.

Referat und Diskussion gipfelten in der Forderung (die auch in einer Resolution zum Ausdruck kam), durch Zusammenfassung der Kolonisten den Nachgelassenen der Generalpächter einen Damm entgegenzusetzen. Beschlossen wurde für „Waldegrund“ die Gründung eines Vereins — trotz Herrn Lehmann, der so etwas auf seiner Kolonie nicht mag. Wird er nun zu dem Abwehrmittel greifen, beim nächsten Kündigungsstermin seine Kolonie durch eine Massenündigung zu „säubern“? Na, vielleicht überlegt er sich's noch.

Parteiangelegenheiten.

Sechster Wahlkreis.

Die Genossinnen der 22. Abteilung veranstalten am Donnerstag, den 16. Juli, einen Ausflug nach Ziegelrot-Jörßfelde, Restaurant Korbisch, Jörßfelde. Abfahrt 9 Uhr mit der Straßenbahn nach Ziegel (Endstation).

Bei dem am Sonntag stattgefundenen Sommerfest in Weihensee sind folgende Gegenstände verkauften gegangen: 1 Schirm mit Ueberzug, abzugeben bei Hermann Vogelgesang, Ruppiner Str. 26, v. pt. 1 schwarzer Damenmantel, abzugeben bei Emil Peter, Ryehener Straße 28, Seitenstr. II.

Gefunden ist 1 weißer Damenhandschuh, abzuholen im Bureau, Gerichtstr. 71.

Jugendsektion 2. Kreis. Den Jugendgenossen und Genossinnen zur Kenntnis, daß die diesmalige Versammlung ausfällt und dafür am Mittwoch, den 15. Juli, ein Spielabend auf dem Tempelhofer Feld (am Ausgang der Friesenstraße) vorgelassen ist. Gäste sind willkommen.

Neußeln. Die Versammlung der Jugendsektion findet heute abend 8 1/2 Uhr bei Vortsch, Hermannstr. 49, statt. Genosse Müller hält Vortrag über: „Die Gewerbe der Mark“. Der Vortrag ist als Einführung zu der am 19. Juli stattfindenden Wanderversammlung nach Kloster Chorin gedacht und wird sicher das Interesse aller jungen Arbeiter und Arbeiterinnen erregen.

Weihensee. Donnerstag, den 16. Juli: Mitgliederversammlung im Weihensee, Donnerstags, Charlottenburger Str. 150. Tagesordnung: „Die Justiz im Dienste der Politik“. Referent: W. Zisch. Stellungnahme zum Parteitag. Bezirksangelegenheiten.

Jugendsektion Pankow-Niederhagenhausen. Am Mittwoch, den 15. Juli: Versammlung der jungen Genossen im Alter von 18—22 Jahren bei Larsen, Pankow, Orchemste. 48. Vortrag.

Radow. Am Donnerstag, den 16. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Palm: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Röpenitz. Am Donnerstag, den 16. Juli, abends 7 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt.

Berliner Nachrichten.

Auf, nach den Ferienspielflächen!

Das alte liebe Bild entrollt sich jetzt wieder wochentäglich auf unseren sechs städtischen, außerhalb des Berliner Reichbildes gelegenen Ferienspielflächen, läßt jedem Kinderfreund das Herz höher schlagen. In früher Morgenstunde versammeln sich die Kinder an ihren Sammelstellen, um von hier aus die Reise nach dem zuständigen Ruhenspielfeld anzutreten. Der Fahnenträger voran, so geht der Abmarsch vonstatten. Ueberall frohe Gesichter und fröhliche Stimmung. Und nun erst der Betrieb auf den Plätzen selbst. Ungebundenheit und Ausgelassenheit ist allgemein. Wer jemals den Plätzen einen Besuch abgestattet hat, der wird selber in die Jugend veretzt und gibt dem Wünsche Ausdruck: Gähst du doch in deiner Jugend dich auch so austollen können, wie diese Kinder, die das hier tun können!

Und wie heißhungerig fallen die Kinder über die ihnen dargelegte Muggisuppe her und wie schnuckelvoll wird die Milch und schließlich der Nachmittagskaffee mit den beiden Schnecken erwartet, der jedem Kinde ohne Entgelt gereicht wird.

Jeder Besucher verläßt den Spielplatz mit dem Wunsch: Ich möchte doch recht viele Kinder an diesen Ferienspielen der Stadt teilnehmen können, damit sie herauskommen aus dem Steinhäusen der Großstadt, wo sie vielfach auf sich selber angewiesen sind.

Leider fehlt es vielen Eltern an den Mitteln, ihre Kinder zu den Ferienspielen zu senden. Zwanzig Pfennige pro Tag Fahrgehalt für ein Kind zu zahlen, kann nicht jede Arbeiterfamilie, wenn noch mehr Kinder im Hause sind, in einem Spieljahre hatte der Magistrat den Einheitspreis von 10 Pf. pro Kind für die Beförderung festgesetzt, alle überschüssigen Kosten trug die Stadt. Und siehe da — die Spielplätze sind nie wieder so stark besucht gewesen. Es hatten eben auch diejenigen Eltern, welche diesen einen Nickel täglich, aber mehr nicht, allenfalls entbehren konnten, ihre Kinder hinausgeschickt. Der zweite Nickel täglich spielt im Arbeiterhaushalt unter den heutigen Zeitverhältnissen schon eine Rolle, und der dritte Nickel, der für den Ferienspielfeld-Buch benötigt wird, ist nur für wenige Familien erschwinglich. Dem Magistrat war die einmalige Festsetzung des Einheitspreises zu teuer, und so wurden die Beförderungskosten wieder den Eltern aufgelegt. Zwar hat man Freifahrten bewilligt, aber es ist nicht jedermanns Sache, um Freifahrten einzufommen, und Freifahrten werden auch nur für die Wochentage ausgedehnt. Warum nicht für die ganze Ferienzeit? Ueberall Engherzigkeit! So auch in der Behandlung der Spieloberleiter, die seit Jahren wegen der Ausgaben in ewigem Kampfe mit der knausernden Verwaltung liegen. Wir haben auf einigen Ferienspielfeldern Umbau gehalten und von Fachmännern übereinstimmend gehört, daß der Rückgang in diesem Sommer, wenn auch die nicht sonderlich günstige Witterung der ersten Ferienwoche in Betracht kommt, doch in der Haupt Sache auf die herrschende ungünstige wirtschaftliche Konjunktur zurückzuführen sei. Da diese Konjunktur dem Magistrat nicht unbekannt ist, hätte er mit Rücksicht auf sie ganz besonders tief in den Staatskassell greifen sollen. Steht doch fest, daß etwa nur die Hälfte derjenigen Eltern, welche Freifahrten beantragten, Freifahrten erhalten. Das alles spricht mit, daß selbst auf dem geradezu idealen Ferienspielfeld im Treptower Plänterwald, von dem täglich abwechselnd 200 Kinder zum Baden geführt werden, ein Rückgang der Frequenz zu bemerken ist.

Weider ist der siebente Spielplatz, der in der Wahlheide bei Köpenitz angelegt wird, nicht fertig geworden. Mit einiger Umsicht wäre die Fertigstellung wohl möglich gewesen. Dabei dürfte gerade dieser neue Ferienspielfeld in den nächsten Jahren die allergrößte Anziehungskraft ausüben, denn die Kinder sollen täglich in mehreren Dampfern befördert werden, da sich eine Dampfergesellschaft erhoben hat, im Interesse der guten Sache für die Hin- und Rückbeförderung pro Kind zusammen nur 10 Pf. zu berechnen. In Magistratskreisen bestehen zwar gegen diese Art der Beförderung noch Bedenken. Man soll doch aber nicht ängstlich sein. Die Dampferfahrt ist schließlich nicht gefährlicher als die Fahrt mit Straßenbahn und Eisenbahn. Je besser die Leitung, die ja in besten Händen liegt, desto geringer die Verantwortung. Für die Beförderung am unrechten Ende ein klassisches Beispiel: es war angeregt worden, in jeder Woche einmal an abwechselnden Tagen zur Muggisuppe ein Paar Würstchen zu geben. Das wurde abgelehnt, damit sich die Kinder an dieser in vielen Arbeiterfamilien heutzutage allerdings sehr beliebten Delikatesse — nicht den Wagen verderben!

Zwischen Ziegel und Heiligensee war von einer Terraingesellschaft ein größeres, gut geeignetes Gelände auf Jahre hinaus unentgeltlich als Ferienspielfeld zur Verfügung gestellt worden. Die Beförderung mit Straßen- oder Eisenbahn dorthin ist bequem. Die Verhandlungen sollen sich gütlich schlagen haben.

Stark benachteiligt ist der hundertfache Stadteil Moabit. Die Kinder müssen von hier nach dem Grunewald oder nach Plänterfelde. Beide Spielplätze sind viel zu weit entfernt, so daß die Beteiligung aus Moabit nur schwach ist. Warum werden keine Anstalten getroffen, das nahe städtische Gelände in der Jungfernhöhe, auf dem der Hagenbedische Tierpark nach Jahren angelegt werden soll, einzuteilen als Ferienspielfeld einzurichten? Die Einrichtungskosten dürfen im Verhältnis zum Wert der Sache nicht ins Gewicht fallen und auch dem Stadteil des Wedding zugute kommen.

Die man sieht, kann noch sehr viel zur Hebung des Besuches auf den Ferienspielfeldern geschehen. Man muß aber erst mal

die Hemmnisse ausschalten und sich den nötigen Ruck geben, um die fast stillstehende Organisation großzügig auszubauen.

Wer es irgend ermbüßigen kann, dem kann geraten werden, seinen Kindern die Freuden des Besuchs der Ruhenspielfläche zu ermöglichen. Ist auch da und dort manches noch zu bessern, so dient doch die Einrichtung lediglich der Erholung unserer Kinder.

Die Niederläufiger Brickettgesellschaft ist auf den Gedanken gekommen, in Berlin auf eigenartige Weise von sich reden zu machen. Sie hat sich entschlossen, sechs Dampferfreifahrten nach Regenhals für arme Schulkinder zu veranstalten, um ihnen die Ferien zu verschönern. Mit jedem Dampfer werden 250 Schüler befördert und tagsüber gespeist und gesellig unterhalten, so daß etwa 1500 Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren dieser Vergünstigung teilhaftig werden. Am Montag hat die erste Fahrt stattgefunden.

Unnötige Plackereien

Wodan vielfach denjenigen bereitet, die im Freien ein erstklassiges Bad nehmen wollen. So werden und verschiedene Beschwerden aus dem Freibad Wannsee unterbreitet, wo den Badenden verbieten wurde, ihre eigenen kleinen Badezelte aufzubauen. Wahrscheinlich aus dem Grunde, damit die eingerichteten Garderoben für die Aufbewahrung der Sachen in Anspruch genommen werden. Aber die Garderoben reichen gar nicht aus, alle Sachen aufzunehmen, so daß z. B. am letzten Sonntag bereits vormittags 10 Uhr Garderoben nicht mehr abgenommen wurden. Die Privatzelte läßt man jedoch trotzdem nicht mehr aufstellen.

Auch von anderer Seite wird Beschwerde über Polizeibeamte geführt, welche eine förmliche Jagd auf Badende unternahmen, die an verbotener Stelle ins Wasser gehen. Besonders das Große Fenster an der Habel erfreut sich der besonderen Aufmerksamkeit der Beamten.

Alle diese Maßnahmen tragen einen recht kleinlichen Charakter, sie sind doch höchstens ein Beweis dafür, daß die vorhandenen Freibadgelegenheiten längst nicht mehr ausreichen und es deshalb höchste Zeit ist, daß die Behörden dem gesteigerten Badebedürfnis Rechnung tragen und recht schnell neue Freibäder einrichten.

Die spanischen Schahschwindler immer noch bei der Arbeit.

Obwohl es kürzlich gegläut ist, einer Bande spanischer Schahschwindler das Handwerk zu legen, wird das Treiben auf diesem Gebiete immer noch fortgesetzt. Es hat den Anschein, als ob die Schwindelgesellschaft eine weitverzweigte ist, und als ob mit der Bewachung einer solchen Schwindlerbande nur ein kleiner Teil des ganzen Konjunktions unschädlich gemacht worden ist. Seit einigen Tagen gehen die Gauner in der Mark Brandenburg wieder auf den Zügen gepimpelt aus. In einer Reihe von Kasbarorten, so in Köpenitz, Oberschöneweide und Karlshorst, haben wieder eine ganze Anzahl von Einwohnern die üblichen Schwindelbriefe aus Madrid von dem Befangenen und dessen Koffer mit den berüchtigten 800 000 Franken erhalten. Offenlich genügen diese Zeilen, um die Empfänger der Briefe vor unüberlegten Schritten zu warnen.

Ein verhängnisvoller Automobilunfall.

bei dem drei Personen schwer und zwei leichter verletzt wurden, hat sich am Dienstagmorgen in Schöneberg ereignet. Zur genannten Zeit fuhren zwei Geschäftsautomobile die Hauptstraße entlang. An der Ecke der Eisenacher Straße bog einer der Kraftwagen plötzlich schief nach links hinüber. Das Auto sauste infolge der schnellen Gangart über die Bordsteinkante hinweg auf die in der Mitte der Hauptstraße sich hinziehende Promenade und prallte mit voller Wucht gegen eine große Linde und eine von mehreren Personen besetzte Bank. Die Bank wurde umgerissen und fünf Personen wurden verletzt. Der 21jährige Arbeiter Robert Schmidt und der 55 Jahre alte Arbeiter Erich Henrich, die zwischen das Auto und einen Baum gepreßt wurden, erlitten schwere innere Verletzungen; die 18jährige Ida Wunderlich trug eine schwere Quetschung des rechten Oberarmes und einen Bruch des Unterschenkels davon. Diese drei Personen wurden mittels des Krankenautomobils nach Krankenhäusern gebracht. Zwei Leichtverletzte konnten sich in ihre Wohnungen begeben.

Unfall in einer Möbelfabrik. In der Berliner Möbelfabrikfabrik May u. Co. geriet der Gerber R. Hoffmann mit der rechten Hand in die Karbenpresse, die Verletzung war so schwer, daß ihm vier Finger an der Hand abgenommen wurden. Hoffmann war, als er verunglückte, erst seit einigen Stunden an der Maschine tätig.

Ein tödlicher Unglücksfall

ereignete sich Dienstagmorgen in der Hammerstraße der Schwarzkopffischen Reichsanstalt, Scheringstraße 18. Ein ungefähr 10 Zentner schwerer, heißer Eisenblock sollte transportiert werden. Derselbe fiel vom Wagen und traf den 45 Jahre alten Fabrikarbeiter F. Alexander, Puffitenstraße 40 wohnhaft, so unglücklich, daß derselbe nach wenigen Minuten starb. Alexander hinterläßt Frau und fünf Kinder.

Kindesmord in Köpenitz.

Auf ein schreckliches Verbrechen deutet ein Fund hin, der in Köpenitz gemacht worden ist. Dort wurden gestern in der Pumpstation des Kanalisationswerkes an der Guttenbergstraße mehrere Leichenteile aufgefunden, die an dem Gitter, das vor dem Einfluß der Abwässer in die Sammelgrube angebracht ist, angeschwemmt worden waren. Es handelt sich um einen Fuß, eine Hand und einen Oberarm, die zu dem Körper eines Kindes gehören. Diese Gliedmaßen sind, wie die ärztliche Untersuchung einwandfrei ergeben hat, sämtlich mit einem scharfen Instrument abgetrennt worden. Der Kindesmord — um einen solchen handelt es sich nach Ansicht der Behörde zweifellos — muß bald nach der Geburt verübt worden sein. Auf Anordnung der Köpenitzer Kriminalpolizei wurden die Kanalisationsanlagen gründlich abgesehen, doch wurden der Rumpf der Leiche oder andere Körperteile nicht gefunden. Da in die Pumpstation an der Guttenbergstraße die Abwässer aus der Köpenicker Vorstadt und Spindlersfeld fließen, so dürfte die Tat in diesen Stadtteilen verübt worden sein. Die Kriminalpolizei hat sofort eine eingehende Untersuchung nach der unsatthlichen Mutter eingeleitet.

Selbstmord einer Almosenempfängerin. In der Stettiner Str. 43, einem ganz kleinen Häuschen, hat sich die 78 Jahre alte Witwe Henriette Vogt geb. Fyglaf, die von Armenunterstützung lebte, verhängt. Seit vergangener Freitag hatte man sie im Hause nicht mehr gesehen. Die Nachbarn schöpften Verdacht und jetzt verurteilte der Wirt, die Tür zu öffnen. Dies gelang ihm und einem hinzugegerufenen Schutzmännchen jedoch nicht. Als man dann die Türhänge eingeschlagen hatte, vermochte man noch nicht einzudringen, denn jetzt stellte sich heraus, daß die Greisin die Tür nicht nur verschlossen, verriegelt und verriegelt hatte, sondern auch noch alle bewegliche Inventar, einen Tisch, einen Schrank, Stühle usw. herangerückt hatte. Erst als dies weggeschafft war, konnte man eintreten. Die



Ortskrankentag.

Darmstadt, 13. Juli.

In der heutigen Hauptversammlung waren eine Reihe Vertreter von Behörden zugegen. Das Reichsversicherungsamt und zugleich das Reichsamt des Innern vertritt Regierungsrat Dr. Gappe-Berlin, das Hessische Landesversicherungsamt Geheimrat Dr. Dieck-Darmstadt, die Hessische Regierung und das Oberversicherungsamt Oberregierungsrat Krug von Ribba-Darmstadt, die Stadt Darmstadt Oberbürgermeister Dr. Gläffing. Außerdem sind noch mehrere Versicherungsämter und die österreichischen Krankenkassen vertreten.

Die Sitzung begann mit den üblichen Begrüßungsreden, die der Vorsitzende der Darmstädter Ortskrankenkasse, Redakteur Knoblauch eröffnete. Er begrüßte die Versammlung aufs herzlichste und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Delegierten sich in Darmstadt wohl fühlen möchten.

Der Vorsitzende des Vorstandes, Frähdorf, ließ die Delegierten und die Vertreter der Behörden herzlich willkommen sein. Er hob dann die Aufgaben des Hauptverbandes hervor: die allgemeine Krankenkasse, Sammelstelle für alle wichtigen Entscheidungen, das Interesse der Krankenkassen zu fördern, Stellungnahme zu den Forderungen der Ärzte. So sind uns eine Fülle von Aufgaben geworden. Wir hoffen, diese Aufgaben nach der Organisation noch besser erfüllen zu können.

Regierungsrat Dr. Gappe-Berlin wünscht, daß die Verhandlungen gedeihlichen Verlauf nehmen und manche strittige Frage der Reichsversicherungsordnung durch die Tagung ihrer Lösung näherkomme.

Oberregierungsrat Krug v. Ribba-Darmstadt ließ den Kongress in dem „sozial fortgeschrittenen Hessen“ freundlich willkommen sein. Es wird anerkannt, daß Sie seit Dresden viel erreicht haben, manches im harten Kampfe. Die zu überwindenden Schwierigkeiten sind aber noch nicht zu Ende, besonders in der Rechtsprechung werden noch große Aufgaben zu lösen sein. Ich besitze den Grundsatze, daß nicht unnütz in die Selbstverwaltung der Kasse — die schon beschränkt ist — eingegriffen werden darf. (Lebhafte Zustimmung.) Lassen Sie uns auch fernerhin zusammenarbeiten: die Krankenkassen und die Versicherungsbehörden, zum Wohle der Versicherten. (Lebhafte Beifall.)

Oberbürgermeister Dr. Gläffing begrüßt die Tagung namens der Stadterwaltung. Die Ortskrankenkassen seien die ersten Träger der sozialen Beschäftigung. Er wünscht den Beratungen besten Erfolg.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Dieck freut sich besonders, an der Tagung teilnehmen zu können. Da er auch an der Gründungsversammlung in Frankfurt teilgenommen habe. Er verweist auf die engen Beziehungen zwischen Krankenkassen und Landesversicherungsamt. Ihre Angelegenheiten sind auch unsere Angelegenheiten und umgekehrt. (Sehr richtig!) Wir haben das eine Ziel im Auge: zum Behen der Allgemeinheit zu arbeiten. (Beifall.) Es wird nun in die Tagesordnung eingetreten.

Der Redakteur der „Ortskrankenkasse“, Rechtsanwalt Dr. Berlin machte Mitteilungen über das Verbandorgan, das frei von aller Parteipolitik im Sinne einer fortgeschrittenen Sozialpolitik geleitet werde. Alle Richtungen kämen im Organ zum Wort. Daß dieses auf dem richtigen Wege sei, zeige, daß auf der einen Seite gesagt werde, die Zeitschrift sei sozialdemokratisch, auf der anderen, sie sei reaktionär. Redner bittet um größere Mitarbeit der Praktiker an dem Organ und um dessen größere Verbreitung. Frähdorf ersucht, diese Mahnung des Referenten zu beachten. Das Organ müßte eine größere Verbreitung finden.

Die unmittelbare Abgabe von Arzneien und Heilmitteln durch die Krankenkassen

referierte nun der Vorsitzende der Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M.

Gräßl: Die Ausgaben für Arzneien und Heilmittel seien so bedeutend gestiegen, daß man nicht achsellos daran vorüber gehen könne. Die Patienten der Krankenkassen würden viel mehr Arznei verbrauchen als die Privatpatienten. Da gemäß § 28 der Reichsversicherungsordnung die Kassenorgane die ihnen anvertrauten Gelder mindestlicher zu verwalten hätten, also für eventuell nachweisbaren Schaden haften, sei es eine besondere Pflicht derselben, auch beim Einkauf und Bezug von Waren für ihre Mitglieder die denkbar größten Ersparnisse zu machen. Der Engroßbezug von Waren und die direkte Abgabe derselben an die Kassenmitglieder bringe erfahrungsgemäß so erhebliche Ersparnisse mit sich, daß keine Kassenvertretung achlos an der Frage der sogenannten Selbstdispensation vorübergehen sollte. Der Engroßbezug ermögliche es auch, bessere Qualitäten einzuführen und eine größere und auch sichere Kontrolle auszuüben. Nährpräparate und auch kleinere Heilmittel, wie Irrigatorien, Inhalationsapparate usw., können ohne Bedenken von den Kassen direkt abgegeben werden, da derartige Besordnungen meist von den Verwaltungen durch Abkempfung erst genehmigt werden. Verhandstoffe usw. durch die Sprechstunden des Kassenarztes werden wohl ebenso bedenkenlos direkt bezogen werden können. Bei anderen Artikeln ist zu erwägen, ob die Wege, die zum Teil den Mitgliedern zugemutet werden, im Verhältnis zu den Ersparnissen stehen. Jedenfalls darf den Kassen das Recht der Selbstdispensation unter keinen Umständen genommen oder irgendwie geschmälert werden. Es ist auf das entschiedenste dagegen zu protestieren, daß die Lieferantenverbände, die durch Gründung von Einkaufsgenossenschaften selbst rücksichtslos den Zwischenhandel ausgeschaltet haben, jetzt versuchen, Ausnahmestellen gegen die Krankenkassen zu ermitteln. Auch die Gründung von Badeanstalten, Jahnkliniken usw. bringen neben ganz erheblichen Ersparnissen die Möglichkeit, den Mitgliedern größere Leistungen zu gewähren zu können. Die Errichtung eigener Badeanstalten sollte an manchen Orten auch von den Ärzten aus Gründen der Hygiene und der Bekämpfung des Kurpfuschertums unterstützt werden. Die Frage eigener Verstellungsstätten für optische Gegenstände, Bandagen usw. muß von Fall zu Fall erwogen werden, unter Anwendung größter Vorsicht und eingehender Prüfung und Würdigung aller in Frage kommenden Geminnisse. Gräßl schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß hier Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenstehen müßten, um auf diesem Gebiete die Interessen der Kassen zu wahren. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion ergänzten die Redner die Ausführungen des Referenten durch Beispiele aus der Praxis. Sie zeigten, wie durch eigene Abgabe von Arzneien und Heilmitteln Ersparnisse für die Kasse gemacht werden können. Gegen jede Einschränkung der Selbstversorgung von Arzneien durch die Kassen müsse man sich mit aller Entschiedenheit wenden.

Frähdorf-Dresden schilderte, wie bei der Dresdener Kasse die Prüfung der Rezepte und der ganzen ärztlichen Tätigkeit vorgenommen wird. Was für die Mitglieder notwendig sei, müsse gegeben werden. Aber wenn man alles so gehen lasse, könne man

den Schwerkranken keine besondere Zuwendungen machen. Man müsse vermeiden, daß die Gelder unnötig ausgegeben werden. Die Krankenkassen sollten durch Schaffung eigener Einrichtungen eine gewisse Konkurrenz bilden, die fördernd wirke im Interesse der Krankenkassen.

Referent Vorhardt-Welbert betonte, daß seine Kasse durch die Abgabe der freigegebenen Arzneimittel große Ersparnisse gemacht habe.

Mänch-Worms (Apotheker) schlug vor, eine Kommission unter Zugiehung von Ärzten einzusetzen, die die ganze Frage gemeinsam berate. Man solle das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

Vorsitzender Schölem erklärte, der Vorstand werde dieser Anregung nachkommen.

Rach weiteren Ausführungen stimmte der Kongress einstimmig den Leitsätzen des Referenten, die im Sinne seines Vortrages gehalten sind, zu.

Ueber die Formulare der Ortskrankenkassen verbreitete sich hierauf der Direktor der Berliner Ortskrankenkasse, Rohn-Berlin. Seine Ausführungen haben nur für die Fachleute Interesse. Mit dem Kongress ist eine Formulareausstellung verbunden, die der Referent besprach.

Direktor Thier-Galle sprach sodann über:

Die Stellung der Zwangskassen zu den Ersparnissen.

Er legte seinem Vortrag Leitsätze zugrunde, in denen gesagt wird: Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung sind alle Personen, die in versicherungspflichtiger Beschäftigung stehen, zur Krankenversicherung anzumelden. Die Mitglieder der Ersparnkassen haben das Recht, das Ruhen der Rechte und Pflichten zu beantragen. Für diesen Fall ist dem betreffenden Arbeitgeber der Arbeitgeberbeitrag anzurechnen, während der Beitrag, der auf das Ersparnkassenmitglied entfällt, bei den Pflichtkassen unerhöht bleibt. Diese Neuvorschrift hat eine wesentliche Vermehrung der betriebswirtschaftlichen Arbeit herbeigeführt. Sollte der jeweilige Nachweis der Ersparnkassenmitglieder nur den Zweck haben, daß alle versicherungspflichtigen Personen bei den Pflichtkassen zur Anmeldung kommen, so würde dieser rein statistische Zweck dem Verwaltungskostenkonto sehr teuer zu stehen kommen. Aus diesem Grunde wird man sich auf den Standpunkt stellen können, daß, wenn 1/2, dieser Beiträge an die Ersparnkasse selbst abgeführt werden müssen, die gesetzlichen Bestimmungen dahin abzuändern sind, daß die Mitglieder der Ersparnkassen dem Meldezwange nicht mehr unterliegen. Die Pflichtkassen haben kein Interesse daran, wenn sie 1/2 der Arbeitgeberbeiträge an die Ersparnkasse abführen müssen, die Ersparnkassenmitglieder durch ihre Bücher zu führen, weil der damit verbundene Kostenaufwand größer ist als das 1/2, welches der Kasse verbleibt. Es kann daher die heutige Bestimmung nur zu der Entschärfung führen, für den Fall, daß der Bundesrat von der Bestimmung des § 518 der Reichsversicherungsordnung weitgehenderen Gebrauch macht, die Reichsversicherungsordnung dahin abzuändern, daß die Meldepflicht der Ersparnkassenmitglieder aufgehoben wird.

In der Debatte betonte Rohn-Berlin, die jetzige Anmeldepflicht hätte Zustände herbeigeführt, die jeder Beschreibung spotten.

Frähdorf-Dresden: Der Vorstand hat in der Angelegenheit alles getan, um einen solchen Bundesratsbeschluss abzuwenden. Es ist ihm leider nicht gelungen. Es ist im höchsten Maße empörend, wie dieser Bundesratsbeschluss die Ortskrankenkassen in kaum glaublicher Weise belastet und zu Handlangern der Ersparnkassen macht. Sehen Sie eine Bestimmung des Bundesrats so verächtlich wie diese, man muß sich gegen sie mit aller Entschiedenheit wenden. Kommerzialrat Simon-Berlin betont, die Entziehung Frähdorfs sei durchaus berechtigt. Es sei notwendig, genügende Aufklärung über diese Bestimmung zu schaffen.

Die Leitsätze des Referenten finden hierauf fast einstimmige Annahme.

Am Schluß der Sitzung wird mitgeteilt, daß 211 Kassen durch 408 Delegierte, darunter 146 Arbeitgeber, 200 Versicherte und 121 Angestellte, vertreten sind.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Darmstadt, 14. Juli.

Ueber die Entwicklung des Kassenbeamtenrechts seit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung

sprach heute Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal: Die Reichsversicherungsordnung zeigt, daß der eine Teil der Dienstordnung von fortgeschrittenem, der andere von rückwärtschrittlichem Geiste beherrscht ist; auf der einen Seite sucht die Reichsversicherungsordnung dem Dienstverhältnis einen sozialen Inhalt zu geben, während sie auf der anderen Seite aus politischen Gründen die Festlegung der Krankenkassen und ihrer Angehörigen erstrebt. Der Hauptverband der Ortskrankenkassen hat auf dem Wege eines Tarifvertrages eine Musterdienstordnung den angeschlossenen Kassen empfohlen, wobei unter Achtung der Selbstverwaltung die sozialpolitischen Leistungen des Dienstvertrages besonders betont werden. Dagegen bieten die zur Ausführung der Reichsversicherungsordnung berufenen Behörden, in erster Reihe die preussische Regierung, alles auf, um die Freiheit der Krankenkassen und die Staatsbürgerlichen Rechte der Angestellten einzuschränken. Das beabsichtigt man vor allen Dingen auf dem Wege des durch die Dienstordnung für Krankenkassen vorgeschriebenen Genehmigungsverfahrens, indem man Prüfungsordnungen und Prüfungsausschüsse hineinzubringen versucht, durch welche das Angestelltenrecht der Kassenverbände ausgeschaltet werden kann. Man liebt im Begriffe, durch Landesverordnungen und Landesgesetze alle mit Anrecht auf Ruhegehalt Angestellten die Rechte und Pflichten der Gemeindebeamten zu übertragen. Dadurch werden diese Angestellten der Disziplinar-gewalt der Krankenkassenverbände entzogen und derjenigen der Staatsbehörden und vor allem des Landrates überantwortet. Sie werden zum Treueid verpflichtet, aber sie sollen, wenn sie sich durch ihr Verhalten in und außer ihrem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens unwürdig zeigen, mit Dienstentlassung bestraft werden. Die Disziplinarordnung der Beamten in Preußen enthält u. a. auch noch die Möglichkeit von Arreststrafen. Die Befugnisse dieser Bestimmungen sind außerordentlich große. Jede Staatsbürgerliche Freiheit kann auf diese Weise unterbunden werden. Was ist nicht alles unter der Voraussetzung des Ansehens, der Achtung und des Vertrauens unter einer gewissen, vielfach geklügelten Rechtsauslegung gemacht worden! Es ist ein Irrtum derjenigen Verbände, die diese Entwicklung des Beamtenrechts begrüßt haben, weil sie der Meinung waren, daß dieses Vorgehen sich gegen sozialdemokratische Angestellte richte. Die Entwicklung der letzten 60 Jahre zeigt, wie diese Auslegung gegen jede unbenommene politische oder religiöse Richtung der Angestellten angewendet wird. Erinnert sei nur an den Fall des Bürgermeisters Schöning, nicht nur für sozialdemokratische, sondern für alle freihetlich gesinnten Angestellten bedeuten diese Bestimmungen eine große Gefahr. Das Vorgehen Preußens widerspricht dem Geiste des § 354 R.V.O., der den Angestellten das Recht der freien religiösen und politischen Betätigung außerhalb der Dienstpflicht und die Ausübung des Vereinigungsrechtes gewährleistet. Es wird sich nun fragen, in welcher Weise die Krankenkassen und ihre Angestellten diesen Schlag Preußens, dem jedenfalls auch andere Bundesstaaten bald nachfolgen werden, parieren können. Es kann nur empfohlen werden, künftig kein Anrecht auf Ruhegehalt mehr zu gewähren. Es sollte aber den Angestellten das Recht eingeräumt werden, zwischen einer Anstellung mit dem Recht auf Ruhegehalt und einer Anstellung ohne dieses Recht, aber mit einer Gehaltszulage, wählen zu dürfen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt. Dazu gehört auf alle Fälle die Pflicht des Angestellten, einer öffentlichen oder privaten Pensionsbank beizutreten, wenn dazu die Krankenkasse einen Beitrag zu leisten ver-

bunden wäre. Auf diesem Wege würde auch das Erfordernis der Genehmigung des Oberversicherungsamtes bei jeder einzelnen Anstellung ausgeschaltet werden. Dieses Erfordernis kann von vornherein die Anstellung jedes politisch Richtigem verhindern. Im Interesse des sozialen Friedens ist es außerordentlich zu bedauern, daß Preußen wieder einmal an der Spitze des sozialen Rückschritts marschiert. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist bedauerlich, daß ein Teil der Angestellten den Preussland höher schätzt als die politische Freiheit. (Sehr richtig!) Es gibt kein Gebiet der öffentlichen Betätigung, das der Freiheit nötiger bedürfte, als das Gebiet der Beamtenanstellung. (Lebhafte Zustimmung.) Wir kommen sonst zu einer Unrentierigkeit und Höflichkeit, und dagegen wollen wir lebhaft unsere Stimme erheben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Besprechung über dieses Referat wurde einstweilen zurückgestellt.

Es folgte zunächst ein Vortrag des Professors Dr. Dergheimer von der Frankfurter Hauptklinik über die

Salvarsanbehandlung der Syphilis.

In vier Jahren zwei Monaten sind in der Frankfurter Hauptklinik 11 500 Patienten mit Salvarsan behandelt worden. Für den Sachmann steht die Bedeutung des Salvarsans längst fest. In neuerer Zeit ist viel von den Nebenwirkungen der Salvarsanbehandlung die Rede gewesen. Unter den 11 500 Frankfurter Fällen sind nur einige wenige vorübergehende Nahrungsercheinungen aufgetreten, wie sie bei jeder Quecksilberbehandlung, der organischen Arsenbehandlung usw. vorkommen. Todesfälle, Erblindungen oder Ertaubungen sind nicht beobachtet worden. Nun sollen aber Todesfälle anderwärts vorgekommen sein. Der Assistent der Straßburger Klinik hat aus der Weltliteratur 274 Todesfälle zusammengestellt, die ernst kritisch hat aber nur 7 bis 8 anerkannt. Das ist nicht viel, denn man muß bedenken, daß bei der Anwendung der unentbehrlichsten Mittel, bei Chloroform, selbst bei Digitalis, Quecksilber usw., Todesfälle vorkommen. Sogar bei Anwendung von Beruhigungsmitteln, bei Buxen und selbst bei Rochsalz, haben sich Todesfälle ereignet. Es ist damit der Beweis erbracht, daß die Ärzte das Recht haben, Salvarsanbehandlung vorzunehmen. Im Anfang glaubte man, mit Salvarsan allein die Heilung erzielen zu können; es gibt auch heute noch eine Reihe fremdsprachlicher Autoritäten und auch österreichische Militärärzte, die erklären, mit reinem Salvarsan auszukommen. Es hat sich aber herausgestellt, daß das beste Verfahren die kombinierte Salvarsan-Quecksilber-Methode ist. Der Redner erörtert die Einwirkung dieser Methode auf die Syphilis in ihren verschiedenen Stadien und auch die Frage der Rückfälle. Die mit der kombinierten Methode behandelten Kranken hatten bei der Untersuchung keine Veränderung der Rückenmarksflüssigkeit aufzuweisen. Das ist eine sehr erfreuliche Tatsache, denn ein japanischer Gelehrter hat festgestellt, daß sowohl Gehirnverweichung wie Rückenmarksschwindsucht direkt syphilitische Krankheiten sind und nicht, wie man früher annahm, nachsyphilitische Erscheinungen. Tatsächlich gelingt es uns, mit der kombinierten Methode die Symptome der Rückenmarksschwindsucht zum Schwinden zu bringen. Mit der Gehirnverweichung verhält es sich ähnlich. Bei der Spätsyphilis ist es der deutschen Forschung gelungen, nachzuweisen, daß die Herzsphilis eine große Rolle spielt. 75 Proz. der Erkrankungen der großen Herzschlagader beruhen auf syphilitischen Ursachen und können mit Salvarsan erfolgreich bekämpft werden. Die höchst gefährliche galoppierende Syphilis, früher der Schrecken der Ärzte, wird ebenfalls mit Salvarsan-Quecksilber behandelt. Auch die Befestigung der Anheftungsgeschwüre durch Hautausschläge im ersten Stadium der Krankheit kann wirksam durch eine schnelle Anwendung der kombinierten Methode im Frühstadium herbeigeführt werden. Für die Krankenkassen ist die Anwendung der kombinierten Methode dadurch von großer finanzieller Bedeutung, daß die Hospitalverpflegung viel kürzer ist und so finanzielle Ersparnisse gemacht werden. Dazu kommt der Wegfall der Rückfälle und der Behandlung zur Vermeidung der Rückfälle, die bei Quecksilber notwendig ist. Günstig ist auch die Einwirkung auf die erbliche Syphilis; 80 Proz. der mit Salvarsan behandelten syphilitischen Frauen brachten lebende Kinder ohne jede syphilitische Erscheinung zur Welt. Für die Heilbarkeit der Syphilis durch die kombinierte Methode spricht die große Zahl der Wiedererkrankungen; denn es ist klar, daß eine Wiedererkrankung erst erfolgen kann, wenn die Mikroorganismen vollständig aus dem Körper verschwunden sind. Bis 1906 hatte die Weltliteratur nur 14 Fälle von Wiedererkrankung zu verzeichnen, während Dr. Wenio in Frankfurt am Main in der kurzen Zeit der Anwendung der Salvarsanbehandlung bereits 41 Fälle von Wiedererkrankung festgestellt hat. Den Vertretern der Ortskrankenkassen brauche ich die fürchtbare Gefahr der Syphilis nicht erst darzulegen. In Frankreich sterben nach einer Statistik jährlich 25 000 Menschen an Syphilis, in Paris allein 3000. Noch sind diese Zahlen wohl zu niedrig gefasst, weil nur ein geringer Teil der Syphilitischen obduziert wird und diese Krankheit zum Teil auch verheimlicht wird. Wir haben also alle Veranlassung, das alle Verfahren aufzugeben und uns dem neuen zuzuwenden.

Der Referent legte der Versammlung folgende Leitsätze vor:

Bei jedem syphilitisch erkrankten Menschen ist, je frühzeitiger, desto besser, eine kombinierte Salvarsan-Quecksilber-Behandlung einzuleiten. Das Salvarsan soll nach genauer Untersuchung des Patienten im Krankenhaus angewendet werden, wo der Patient mindestens die nächsten 24 Stunden verbleiben soll. Durch diese Kur wird die Ansteckungsgefahr anderen Menschen und speziell der Familie gegenüber nach dem heutigen Stande der Wissenschaft am besten entgegengewirkt. Da durch die genannte Behandlung die Syphilis geheilt wird oder doch die Rückfälle außerordentlich eingeschränkt werden, so erwächst, neben den Vorteilen für die Patienten und für die Allgemeinheit, auch für die Krankenkassen ein sehr wesentlicher finanzieller Vorteil.

Frähdorf-Dresden: Es kann für uns nur die Richtung geben, daß wir uns auf den Boden der Wissenschaft stellen. (Lebhafte Zustimmung.) In der Bekämpfung dieser fürchtbaren Krankheit werden wir nicht erlahmen. Wir müssen hier energisch eingreifen, auch wenn dadurch die Kassen erheblich belastet werden. Wir haben ja eben gehört, daß wir in Zukunft Ersparnisse machen werden. Wenn wir in diesem Sinne tätig sind, dienen wir nicht nur unseren Kassen, sondern auch der Allgemeinheit und im besten Sinne des Wortes dem Vaterlande. (Lebhafte Zustimmung.) — Der kühnere Redner Knobloch-Darmstadt teilt mit, daß eine ganze Reihe von Wortmeldungen vorliegen. Es sei aber wohl kein Zweifel, daß in diesem Kreise nicht eine Debatte über die wissenschaftliche Seite der Frage stattfinden könne. — Gräßl-Frankfurt a. M. gibt bekannt, daß Geheimrat Ehrlich durch Krankheit, wegen deren er sich in einem Sanatorium befinde, am Erscheinen verhindert sei. Der Redner erörtert dann die Frage, wie die hohen Kosten für das Salvarsanverfahren herabgemindert werden könnten. Der Redner macht Mitteilung über die Verhandlungen, die er mit den höchsten Fachwerken wegen einer Preisermäßigung geführt hat. Es gibt eine Reihe Krankenkassen, die von den Krankenhäusern verlangen, daß die zum Pflegen von 220 M. und 250 M. untergebrachten Kranken auch mit Salvarsan behandelt werden. Sit solchen Forderungen wird aber die intensive Anwendung des Salvarsans verhindert. Man muß darauf einwirken, daß die Krankenkassen die Salvarsaninjektionen extra bezahlen, dann wird auch hier von den Krankenhäusern anders vorgegangen werden. Das Reosalvarsan läßt sich heute auch schon sehr gut in den Sprechstunden der Ärzte gebrauchen. Mit den höchsten Fachwerken ist die Vereinbarung getroffen worden, daß sie auf jede Krankenhausrechnung den Kassen 10 Proz. Preisermäßigung gewähren. Das ist zwar sehr wenig, aber doch wenigstens ein Anfang. Man muß nunmehr dafür sorgen, daß von dem Salvarsan möglichst aus-

giebig Gebrauch gemacht wird. (Zustimmung.) — Weis hätte es für wünschenswert gehalten, wenn man auch die Gegenseite hier gebührend hätte. Man sollte warten, bis die Meinung der Ärzte vollständig gefaßt ist und die wahren Stimmen zum Schweigen gebracht sind. — Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal tritt diesem Standpunkte entschieden entgegen. Wenn man erst warten sollte, bis die Ärzte sich alle einig sind, dann kommt man überhaupt nicht mehr zur Anwendung des Salvarsans. Der führende Teil der Ärzteschaft der ganzen Welt tritt aber für das Reosalvarian ein, und wir müssen uns auf Nachteile von Weis zurückziehen. — Prof. Dr. Herzheimer: Sie haben gehört, daß in Frankfurt 11 500 Patienten ohne wesentliche Unfälle geheilt worden sind. Es gibt aber kein Mittel, bei dem nicht Unfälle vorkommen. Salvarsan-Quecksilber, vorsichtig angewendet, ist die beste Methode, weil sich die günstigsten Resultate bei der geringsten Gefahr erzielen lassen. Mir persönlich ist es gleichgültig, welches Mittel ich anwende, als Arzt habe ich aber die Pflicht, das beste Mittel anzuwenden. Ich selbst bin nur zögernd an das Salvarsan herangegangen, erst nachdem es in 8000 Fällen erprobt war. Nachdem ich aber zur Erkenntnis seiner Vortrefflichkeit gekommen bin, nachdem der überragende Teil der Ärzte der ganzen Welt es anwendet und nachdem Millionen Patienten behandelt sind, halte ich daran fest. (Stürmischer Beifall.)

Die Leitsätze des Referenten werden darauf gegen 2 Stimmen angenommen.

Es folgte die zurückgestellte Besprechung über den Vortrag des Justizrates Dr. Mayer-Frankenthal. (Siebel vom Verband der Bureauangestellten wendet sich mit Schärfe gegen das Vorgehen der preussischen Regierung, das im Widerspruch steht mit den Erklärungen, die die Reichsregierung abgegeben habe. Er empfiehlt, in allen Streitfällen das Reichsversicherungsamt anzurufen, zu dessen Unabhängigkeit er volles Vertrauen habe. (Beifall.)

Dann referierte Rechtsanwalt Dr. Baum-Verlin über das Berliner Arztabkommen vom 23. Dezember 1913.

Er führte aus: Wie eine Erfindung hat man es begrüßt, als noch im letzten Augenblick der drohende Generalfreistreck vermieden wurde und es durch Vermittlung der Regierung gelang, die Parteien zu einem friedlichen Abkommen zu führen. Die erste Hauptforderung der Ärzte, die organisierte freie Arztwahl, ist von vielen nicht erreicht worden, ebenso nicht ihre zweite Hauptforderung: die grundsätzliche Bezahlung der ärztlichen Spezialleistungen. Das Abkommen sieht nur eine Entschädigung vor, die im übrigen sich nach den wirklichen Verhältnissen richtet und durch delikate Schiedsgerichte bestimmt wird. Auch die Art der Honorarzählung bedeutet keine Niederlage der Krankenkassen. Die Auswahl der Ärzte erfolgt durch einen paritätischen Ausschuss, sie kann nicht geknüpft werden an die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Verbande. Damit ist der Organisationszwang der Ärzte beseitigt. Eine Niederlage liegt auch darin nicht, daß die Anstellung nicht in das freie Ermessen der Kassen gestellt wird, sondern einem paritätischen Ausschuss überwiesen wird. Die Bestimmung, daß zur Abfindung der Notbesser von jedem Teil die Hälfte getragen wird, ist ebenfalls keine Niederlage der Krankenkassen, sondern das ist etwas, was den Juristen bei jedem gerichtlichen Vergleich üblich erscheint. Für alle Kassen erwächst die moralische Pflicht, ihre Bevollmächtigten nun nicht im Stich zu lassen. Die Kassen müssen die Vertragsstreue wahren. (Zustimmung.) Sie können mit dem Berliner Abkommen und dem darin Erreichten zufrieden sein. Ob mehr erreicht werden wäre, wenn es zum Kampf gekommen wäre, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hätte der Kampf zu schweren Schädigungen des Wirtschaftslebens geführt und wäre auf Kosten der Versicherten gegangen. Das Vermeiden des Kampfes war eine soziale Tat und bewahrte unser Wirtschaftsleben vor schweren Erschütterungen. Der Redner kritisierte dann eingehend die Forderungen der Ärzte. Wenn die Ärzte für die freie Arztwahl nach dem Interesse des einzelnen Patienten eintreten, dann müßte man sie doch auch beim Militär einführen. Ich habe aber noch niemals von Seiten der Ärzte den Ruf nach Einführung der freien Stabsarztwahl gehört. Deshalb rufen die Ärzte denn nicht auch nach freier Wahl der Gesundheitsbetreuer? (Weiterkeit.)

Gegenüber der Forderung des standesgemäßen Einkommens der Ärzte muß darauf hingewiesen werden, daß der Leipziger Verband selbst die Heberfüllung des Berufes auf 50 Proz. beziffert. Die Versorgung der überzähligen Ärzte ist doch nicht Sache der Krankenkassen und der Krankenversicherung. An einzelnen Orten funktioniert die freie Arztwahl ganz gut, aber im allgemeinen ist ihrer Einführung überall in Deutschland nicht das Wort zu reden. Die Bezahlung nach Einzelleistungen ist zu verwerfen, weil den Kassen jede Einwirkung auf die Ärzte hierbei fehlt. Es kann nur empfohlen werden, jede Forderung der Ärzte nach dieser Richtung glatt abzulehnen. Eine angemessene Entschädigung aber muß den Ärzten unter allen Umständen bewilligt werden. Freilich geben die Ansichten darüber auseinander, wie hoch die standesgemäße Versorgung der Ärzte zu beziffern ist; der Leipziger Verband beziffert das Einkommen eines Landarztes auf 18 000 M. (Hört! hört!), ein anderer auf 12—15 000 M. Der Anwaltsstand wäre froh, wenn er solche Zahlen aller Durchschnittseinkommen hätte. Die Sicherung der ärztlichen Versorgung ist eine Hauptaufgabe der Krankenkassen, aber nicht die einzige. Die Krankenversicherung hat auch dafür zu sorgen, daß die Gesundheitschancen beseitigt werden, und vor allem muß sie schonverhütend wirken. Die Allgemeinheit darf daher nicht dulden, daß durch übermäßige Forderungen der Ärzte die Krankenkassen an der Erfüllung ihrer Aufgaben gehindert werden. Beide Seiten haben aber durch das Abkommen bewiesen, daß sie sich nicht durch Prinzipienreiterei und Starrsinn leiten lassen wollen. So ist ein Zustand herbeigeführt worden, der auf zehn Jahre ein friedliches Nebeneinanderarbeiten ermöglicht. Kassen und Ärzte haben damit nicht nur ihrem Stande einen großen Dienst erwiesen, sondern dem ganzen deutschen Volke. Interessant war in diesem Kampf die Konstellation der Parteien. Auf der einen Seite stand das ganze deutsche Volk geschlossen, die organisierte Arbeiterschaft und die organisierten Unternehmer, ohne Unterschied der politischen Anschauung, auf der anderen Seite ein einzelner fest organisierter Berufsstand. Die in den Krankenkassen tätigen Gewerkschaftsführer haben in diesem Kampfe mit Mitteln gearbeitet, die im Lohnkampf gegen die Gewerkschaften von ihren Gegnern benutzt werden; sie wehrten sich gegen die Ärzte mit Mitteln, die sonst die Unternehmer gegen sie anzuwenden pflegen. Das zeigt, daß der einzelne sich nicht den sozialen Verhältnissen entziehen kann. Man hat den Ernstkrankenlisten den Vorwurf gemacht, daß sie die Mittel zur Abfindung der Notbesser aus den Krankenkassen bewilligt haben. Das Verhalten der Kassenmitglieder berechtigt sie aber nicht, den Kassen hieraus einen Vorwurf zu machen. Aus diesem Kampfe erwächst die Lehre, daß die Kampfmittel im wirtschaftlichen Kampfe keine Produkte staatsfeindlicher Gesinnung sind, ebenso aber auch, daß die Abwehrmittel der Unternehmer auf keine niedrige Gesinnung zurückzuführen sind. Jeder steht an seinem Posten und hat pflichtgemäß zu handeln. Nach dieser Richtung werden die Erfahrungen hoffentlich auch eine Rolle spielen, wenn die Befehgebung anrufen werden wird bei der Forderung der Streiks, Boykotts, des Arbeitswilligenschupes usw. (Gespann kann man sein auf die erste gerichtliche Entscheidung, wenn ein Streikender angeklagt ist, der dem Arbeitswilligen das berühmte Wort „Notbesser“ zugerufen hat. (Weiterkeit.) Die organisierte Arbeiterschaft wird einsehen lernen, daß nicht alles, was der Unternehmer unternimmt, absolut verwerflich ist. So wird der Ärztestreik eine wertvolle Lehre für die freie sozialpolitische Betätigung aller Parteien sein und hoffentlich mit beitragen zur Beseitigung unserer sozialen Verhältnisse. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Der Redner unterbreitete der Versammlung folgende Resolution:

„Die 21. Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ernstkrankenlisten erkennt das Berliner Einigungsabkommen vom 23. Dezember 1913 grundsätzlich an. Es verpflichtet die drei Verbände insbesondere, die im Abschnitt 11 des Abkommens vorgesehenen Beiträge zur Abfindung der während der Konfliktzeit angehaltenen Ärzte zu entrichten. Das soll auch geschehen in den süddeutschen Staaten, in denen besondere Ab-

kommen bestehen, wenn die dort tätigen Kassenärzte sich gleichfalls an der Aufbringung der Mittel, die im Berliner Abkommen vorgesehen sind, beteiligen.“

In der Besprechung nahm als Erster das Wort der von der Regierung zum kommissarischen Vorsitzenden der Ernstkrankenliste Dresden ernannte Arbeitgeber-Arzt Dr. Meyer-Frankenthal: Wenn die Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht so einmütig und geschlossen zusammengekommen hätten und wenn die Regierung nicht ihre Mithilfe gewährt hätte, dann wäre das Berliner Abkommen mit seinen Abfindungen und der Abfindung der überzähligen Forderungen der Ärzte nicht zustande gekommen. Der Redner übt an dem Verhalten des Vorstandes in bezug auf die Angehörigen in der Abfindung der Notbesser sehr scharfe Kritik. Bezüglich des künftigen Friedens teilt er nicht die optimistische Ansicht des Referenten: Es kriselt überall und es wird nicht lange dauern, dann wird der Kampf wieder losgehen. In den Schiedsgerichten habe ich überhaupt jedes Vertrauen verloren. Im übrigen, den Berliner Vertrag kann man nach 8 bis 4 Seiten hin auslegen.

Der Vorsitzende Frähdorf verteidigt sich gegen die gegen ihn gerichteten Angriffe, daß er eine andere Haltung beim Friedensabkommen eingenommen habe als vorher in Dresden und Köln. Von ihm als Vorsitzenden wäre es falsch gewesen, sich in eine Richtung zu verrennen; er glaube, tatsächlich richtig gehandelt zu haben. Das Verhalten des Leipziger Verbandes kann ich nicht billigen. Eine große Anzahl von den ihm angeschlossenen Ärzten haben sich aus unklarerer Motiven zur Heberfüllung der ärztlichen Tätigkeiten bereit erklärt. Man muß an die Billigkeit dieser Herren appellieren, daß sie für die Abfindung nicht Unsummen verlangen. Die Schiedsgerichte in ihrer heutigen Zusammenfassung halte auch ich nicht für glücklich. Ich selbst habe Erfahrungen mit ihnen in Halle gemacht. Ich hoffe, daß die Vorsitzenden der Oberberufungsämter sich ihrer Pflicht bewußt sein und im Sinne des Erfolges des preussischen Ministers handeln werden, und daß innerhalb des Berliner Abkommens wieder gesunde Verhältnisse eintreten werden, unter denen die Ärzte ihr Recht und die Krankenkassen wieder ihre Pflicht haben werden. (Beifall.)

Vollender-Leipzig äußert sich eingehend über die Kollektivverträge.

Frähdorf beantragt, in dem letzten Satz der Resolution einzufügen: „auf den Boden des Abkommens stellen und sich“.

Da noch mehrere Redner zum Wort gemeldet waren, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Hoch-Karlsruhe: Die Resolution ist für uns unannehmbar. Wir protestieren gegen den Schluß der Debatte, ehe wir nicht zu Worte gekommen sind.

Gräf-Frankfurt a. M.: Die Frage ist so wichtig, daß ich beantrage, die Verhandlung auf morgen zu versetzen. — Gegen den Widerspruch des Vorsitzenden Frähdorf beschließt die Versammlung mit großer Mehrheit, die Besprechung auf morgen zu versetzen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

## Sozialdemokratischer Landesparteitag Sachsens.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung des dritten Verhandlungstages bildete das Referat über die sächsische Politik und den nächsten Landtagswahlkampf. Der Referent Fleißner gab ein allgemeines Bild der Lage. Er behandelte die wichtigsten Fragen der sächsischen Politik, ging näher auf die bisherige Entwicklung ein und kennzeichnete besonders die traurige Rolle, die der sächsische Liberalismus gespielt hat. Bei der Erörterung des national-liberal-fortschrittlichen Wahlabkommens wies Redner besonders auf die Doppelmöglichkeit und die Aufschieberei der liberalen Kartellbrüder hin. Daß der Kampf gegen die Konfer-

bativen mit aller Schärfe nach wie vor geführt werden müsse, sei selbstverständlich. In den wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Fragen haben wir in Sachsen tatsächlich eine einzige reaktionäre Masse gegen uns. Dem Wahlkampf gehen wir gerüstet und freudig entgegen. Ueber die Taktik im einzelnen wird später zu sprechen und zu beschließen sein. Die Liberalen mögen sich aber nicht einbilden, daß sie unsere Stimmen bei Stichwahlen ohne jede Voraussetzung erhalten. Jedenfalls gelte es, den Wahlkampf so intensiv wie möglich zu gestalten. Sachliche Stoff haben uns der letzte Landtag und die Reichspost in Halle geliefert.

An der lebhaften Diskussion beteiligten sich die Genossen Rolkenbuhr, Geher, Sindermann und Lange. Einwendungen gegen das Referat und gegen die Tätigkeit der Landtagsfraktion wurden nicht erhoben. Die schon mitgeteilte Resolution gegen die Streikverordnung, die scharf gekennzeichnet worden war, wurde einstimmig angenommen. Die Landtagskandidaturen wurden ohne weiteres sanktioniert. Nur in zwei Kreisen sind noch keine Kandidaten vorgeschlagen. Der Antrag, die Zahl der Delegierten der Landesversammlung zu beschränken, wurde nach kurzer Besprechung gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Eine längere Diskussion entsetzte ein Antrag Heilmann-Chemnitz, nach welchem dem Landesvorstand und den Bezirksvorständen je eine Genossin angehören muß. Die Begründung dieses Antrages fand lebhaften Widerspruch. Außer dem Antragsteller sprach nur noch die Genossin Hennig Leipzig dafür. Die Vertreter der Parteinstanzen stellten unter Zustimmung der Landesversammlung fest, daß eine sachliche Notwendigkeit zu dieser Organisationsänderung nicht vorliege. Schließlich wurde der Antrag gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Für den Landesvorstand wurde außer den bisherigen Mitgliedern noch Genossin Gradnauer-Dresden vorgeschlagen. Die Stimmzettwahl ergab: Sindermann 141, Schulze 129, Braune 122, Frau Gradnauer 85 Stimmen. Der alte Landesvorstand ist also wiedergewählt. — Der nächste Landesparteitag wird in Chemnitz abgehalten.

In einem Schlusssatz faßte Genosse Lipinski-Leipzig das Ergebnis der Beratungen zusammen. Mit einem begeisterten Nachdruck die internationale, völkerverbindende Sozialdemokratie wurde nach der Parteitag geschlossen.

## Jugendveranstaltungen.

Weihensee. Am Sonntag, den 19. Juli, findet eine Baderpartie nach dem Morin-See bei Schönwalde statt. Treffpunkt: morgens 6 1/2 Uhr, Antonplatz. Fahrgeld hin und zurück 40 Pf. Badesetz und Lagerproviand mitbringen.

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 13.7. 12.7. cm	seit 12.7. cm <sup>1)</sup>	Wasserstand	am 13.7. 12.7. cm	seit 12.7. cm <sup>1)</sup>
Memel, Iltis	88	+1	Saale, Großk.	130	-10
Regel, Inherburg	48	-3	Oabel, Spandau	36	+3
Reichel, Thorn	102	-2	Ratzenow	9	0
Ober, Ratibor	133	-18	Spree, Spremberg	16	+10
„ Krollen	57	+1	„ Beetzow	80	-1
„ Brankfurt	66	+4	„ Witten	201	-17
Wartze, Schrimm	30	0	„ Witten	290	-25
„ Landsberg	28	-3	Rhein, Ratzmiltankau	280	-18
Rege, Vordamm	26	+22	„ Raub	368	-3
Elbe, Leimberg	41	-21	„ Rbin	361	-2
„ Dresden	74	-24	Redar, Peilbrom	106	+1
„ Barde	87	-4	Rain, Gnanu	165	-7
„ Magdeburg	79	-5	„ Rojel, Trier	41	-8

1) + bedeutet Hoch, — Fall, — \*) Unterpegel.

Auf unser

# Preisausschreiben

sind so

## zahlreiche Bewerbungen

eingegangen, daß der Umfang des zu prüfenden Materials weit erheblicher ist, als wir erwarteten. Es wird daher bei aller Anstrengung nicht möglich sein, die bei der Disconto-Gesellschaft deponierten

### 12 000.— M.

schon am 15. Juli zur Verteilung zu bringen. Um den Preisrichtern eine eingehende und gerechte Würdigung der einzelnen Einsendungen zu ermöglichen, muß die

### Preisverteilung

noch um einige Wochen hinausgeschoben werden, und bitten wir die verehrten Einsender, sich bis dahin freundlichst zu gedulden.

**Providol Ges. m. b. H., Berlin NW.**

## Tod u. Teufel †††

Reichel's

# Wanzen-Schwaben-

Fluid „Radikal“ tötet die Wanzen auf der Stelle u. ist absolut nicht siedend. Flasche 50 Pf., 1.—, 2.—, 3.—, Vierflasche 5.—, Sprühpapparat 50 Pf. und 1.50.

Reichel's

# Spezialpulver „Poudre Martial“

unlöslich, unfehlbar sicher zur Schwaben-Austrichtung. Pack. 50 Pf., 1.—, 2.—, Pfund 4.—, Vierpackung 50 Pf. und 75 Pf.

**Totale restlose Vernichtung der Brut.**

Aether, wohlruchend, fl. 75 Pf., 1.50 und 2.50.

Reichel's

# Motten-Pulver

unvergänglich, Pack 50 Pf., 1.—, 2.—, Pfund 3.—.

Seit fast 25 Jahren als sicherer Mottenschutz bewährt.

Reichel's Spezialmittel sind von ungeheurer Stärke und übermächtiger Wirkungskraft.

Kaufe in den Drogerien nur Reichel's Original- Packungen und weide unwirksame Nachahmungen. Einzig echt und garantiert nur mit Karte Tod u. Teufel.

Alleiniger Fabrikant Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4. Fernspr. Mpl. 4781-53.

Anerkennungen aus aller Welt.

## Speise-Eis-

Fabrikanten u. Händler

die Reichel's Eis-Aroma-Essenzen verarbeiten, erhöhen ihren Absatz durch die vollendete feine Qualität. Sämtl. Sorten in Himbeer-, Erdbeer-, Ananas-, Vanille-, Zitronengeschmack usw. und alle sonst zugehörigen Substanzen billigst.

Erprobt Recepte gratis. Bestellungen durch d. Drog. od. bei Otto Reichel, Berlin SO 43, Eisenbahnstr. 4



Kufeke

- Kindernahrung  
- Krankenkost

Tausendfach bewährte Nahrung bei:

**Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.**

Arbeiter-

Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Haben Sie Stoff?

ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass. schick. d. w. Zutat von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Städt. Bäre.)

Achtung!!

Borneo erste Gänge

Strickblatt, hell, sehr preiswert pro Pfd. 2.50.

Hamburger Rohrtabak - Haus

Hilfste: Berlin N, Brunnenstraße 25.

280/0\*

## Spezialarzt

Dr. med. Wockentau,

Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Kata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.

Spr. vorm. 9—8 ab. Sonnt. 9—11

Vertrieb von Erzeugnissen sächs.

# Gardinen-Fabriken

Johann Pellet & Co., Kommandit-Gesellschaft

# Saison-Ausverkauf!

Verkauf zu unseren Original-Preisen nur:

**C. Rosenthaler Str. 2,** am Rosenthaler Tor

**O. Gr. Frankfurter St. 5-6,** Ecke Fruchtstraße

**O. Grüner Weg 28,** gegenüber der Markthalle

**O. Niederbarnimstr. 13,** Ecke Boxhagener Straße

**S. Oranienstr. 37,** nahe beim Oranienplatz

**S. Kottbuser Damm 65,** nahe Hermannplatz

**N. Schönhauser Allee 83,** nahe Hochbahn Nordring

**C. Neue Königstr. 61-64** Zentrals und Versand

Auffallend billig

# Gardinen

Stores - Bettdecken - Halbstores

Allover - Net - Fensterdekorationen.

Gediegene Qualitäten

Engros - Sortimente